

Der Angriff auf die DKP ist abgewehrt, aber nicht abgehakt. In dieser Ausgabe beleuchten wir den juristischen Gehalt des Bescheides der Bundesverfassungsrichter, die Planmäßigkeit der Attacke und die Rolle der Medien. Die „ARD“-Kritiker Volker Bräutigam und Friedhelm Klinkhammer sagen: Das war Beihilfe. Derweil halten sich die Genossinnen und Genossen der DKP nicht lange beim Sekt auf, sondern starten in die heiße Phase des Bundestagswahlkampfes.

Sauer und streikbereit

Handel: Kein Ende im Arbeitskampf absehbar. Unternehmer wollen Reallohnverluste



Foto: ver.di Handel Bayern

Kämpferisch: Die Beschäftigten im Lidl-Zentrallager im bayrischen Graben legten bereits zum zweiten Mal die Arbeit nieder.

Die Gewerkschaft ver.di hat die Tarifverhandlungen für den Einzelhandel in Bayern für gescheitert erklärt. Nachdem die Gespräche mit den Unternehmern am Donnerstag vergangener Woche ergebnislos abgebrochen wurden, „bleibt uns nur, den Druck in den Betrieben noch zu vergrößern, um zu einer Lösung zu kommen“, kündigte ver.di-Verhandlungsführer Hubert Thiermeyer an. Seit Beginn der Tarifrunde im April gab es allein in Bayern mehr als 800 Streikaktionen in mehr als 100 Betrieben.

Die Tarifverhandlungen im Handel werden regional geführt. Gerungen wird um neue Flächentarifverträge für den Einzel- und Versandhandel sowie für den Groß- und Außenhandel. ver.di fordert mehr oder weniger überall gleich eine Lohnerhöhung von 4,5 Prozent plus 45 Euro bei einer Laufzeit von maximal zwölf Monaten. Zudem sollen die untersten Gehälter auf mindestens 12,50 Euro pro Stunde angehoben werden.

Die Gegenseite stellt sich stur und bietet lediglich Einkommenssteigerun-

gen in Höhe von etwa 2 Prozent an – gestreckt auf drei Jahre! Zu Recht hat die Gewerkschaft das als Provokation zurückgewiesen, denn allein in diesem Jahr wird mit einer Inflationsrate von rund 4 Prozent gerechnet – massive Reallohnverluste sollen nach Ansicht der Konzernherren also die Belohnung für den Einsatz der „Heldinnen und Helden“ in den Monaten der Pandemie sein. Das würde für die Beschäftigten eine Verschärfung der jetzt schon drohenden Einkommens- und Altersarmut bedeuten, warnt ver.di-Bundesfachgruppenleiter Orhan Akman. „Das ist ein Schlag ins Gesicht der Kolleginnen und Kollegen, die Tag für Tag ihre Gesundheit auf Spiel gesetzt haben, um die Versorgung der Bevölkerung sicherzustellen.“

Die Unternehmer fordern außerdem eine „Differenzierung“ des Tarifabschlusses. Demnach sollen Unternehmen, die „von der Pandemie betroffen“ waren, die Lohnerhöhung um Monate verschieben dürfen. Nach welchen Kriterien ein Unternehmen in diese Kategorie fällt, lassen sie be-

wusst offen. Akman spricht deshalb von einem „Wünsch-dir-was“, das mit der Gewerkschaft nicht zu machen sei: „Die Ausgaben, die die Beschäftigten zu schultern haben, differenzieren auch nicht nach Teilbranchen.“

Im Handel in Deutschland arbeiten mehr als fünf Millionen Menschen, rund 3,1 Millionen von ihnen – vor allem Frauen – im Einzelhandel. Die Arbeitsbedingungen haben sich in den vergangenen Jahrzehnten immer weiter verschlechtert, Vollzeitstellen mit existenzsichernden Löhnen gibt es kaum noch. Hatte im Jahr 2000 noch die Hälfte der Beschäftigten im Einzelhandel in Vollzeit gearbeitet, sind es inzwischen nur noch 38 Prozent – ein Beleg dafür, dass die ständige Ausweitung der Ladenöffnungszeiten nicht zu neuen Arbeitsplätzen geführt hat. Selbst von den sozialversicherungspflichtig in Vollzeit angestellten Beschäftigten im Handel erhält nach Angaben der Bundesregierung knapp ein Viertel nur einen Niedriglohn, jede sechste der angelernten Beschäftigten muss Aufstockerleistun-

gen der Arbeitsagentur in Anspruch nehmen, weil das Einkommen nicht zum Leben reicht.

Für die Gewerkschaft ist der Arbeitskampf eine komplizierte Herausforderung. Der Organisationsgrad ist gering, auch weil viele Beschäftigte neben ihrem Teilzeitjob im Handel noch einer zweiten oder dritten Tätigkeit nachgehen müssen. Wenn sie schließlich um 22, 23 oder gar 24 Uhr endlich nach Hause gehen können, denken die wenigsten noch daran, sich gewerkschaftlich zu organisieren. Trotzdem ist die Kampfbereitschaft beeindruckend: Täglich legen bundesweit tausende Beschäftigte die Arbeit nieder, oft unangekündigt und von wechselnder Dauer. „Die Beschäftigten sind sauer und streikbereit. Applaus allein reicht nicht“, betont Jörg Lauenroth-Mago, ver.di-Verhandlungsführer in Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen. „Wir werden die nächsten Wochen bis zum nächsten Verhandlungstermin nicht abwarten, sondern zu weiteren Streiks aufrufen.“

Katja Schnitter

Betroffene haben die Nase voll

In Hochwassergebieten fehlt vielen das Nötigste, Politiker beginnen über Aufbaufonds zu diskutieren

„Es läuft, wie es eben läuft, wenn man in einem kriegsähnlichen Umfeld lebt“, sagt eine Anwohnerin aus Bad Neuenahr gegenüber UZ. Erst seit wenigen Tagen hat sie wieder Strom und Wasser, das sie jedoch immer erst abkochen muss. Die Corona-Inzidenzzahl ist auf 45 gestiegen, während sie (bei Redaktionsschluss) im Bundesdurchschnitt bei 17,9 liegt. „Vorher habe ich mich penibel an alles gehalten, aber jetzt braucht man die Nähe“, sagt sie. Im Kreis Bad Neuenahr-Ahrweiler sind nach ersten Schätzungen zwei Drittel der Häuser zerstört. Sie hatte Glück im Unglück, ihre Wohnung liegt auf einem Hügel. Die Aufräumarbeiten verlau-

fen schleppend. „Die Zerstörungen auf über 50 Kilometer sind einfach zu groß. Wir haben kaum noch Infrastruktur hier“, sagt sie.

Derweil prüft die Staatsanwaltschaft Koblenz, ob sie Ermittlungen einleiten soll. Es geht um den „Anfangsverdacht der fahrlässigen Tötung und der fahrlässigen Körperverletzung infolge möglicherweise unterlassener oder verspäteter Warnungen oder Evakuierungen der Bevölkerung“. Der beschuldigte Landrat Jürgen Pföhler (CDU) weist mögliche Versäumnisse von sich. Diese, in Deutschland sehr beliebte, Einzeltäter-These dürfte jedoch den Ministerpräsidenten von Rheinland-

Pfalz und Nordrhein-Westfalen gefallen.

NRW-Chef und CDU-Kanzlerkandidat Armin Laschet wurde erst kürzlich bei einem Besuch in Swistal-Odendorf von Anwohnern angegangen. „Bei mir liegen die Nerven blank“, klagte eine Frau. Sie sei chronisch krank und sie fürchte, dass sie ihre Medikamente nicht bekommt. Ein anderer fragt nach der versprochenen Hilfe, die man nirgendwo sehe. „Ich verstehe Sie!“ ist Laschets Antwort. Wortgewaltiger wird er, als ihm ein junger Mann vorwirft, das sei doch für ihn nur Wahlkampf. „Die Leute wollen Hilfe und das ist mein Job. Das hat mit Wahlkampf Null Komma Null

zu tun“, entgegnet der Wahlkämpfer dem Mann.

Am 10. August will die Ministerpräsidenten-Konferenz über einen Wiederaufbaufonds diskutieren. Eine Sondersitzung, wie von der FDP beantragt, soll es im Bundestag nicht geben. Laschet sagte im ebenfalls betroffenen Schleiden, dass er den Wiederaufbaufonds per Bundesgesetz regeln will. „Damit ist nämlich verlässlich für alle, die jetzt auf Geld warten, gesichert, dass dieses Geld auch kommt.“ Die Anwohnerin aus Bad Neuenahr weiß jedoch jetzt schon genau, was sie am dringendsten braucht: „Eine Trinkwasser-Aufbereitungsanlage.“

Christoph Hentschel

Hiroshima und Nagasaki mahnen

In vielen Orten finden an diesem Freitag Gedenk- und Friedensveranstaltungen anlässlich des 76. Jahrestages der Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki am 6. und 9. August 1945 statt. Wir veröffentlichen eine Auswahl:

FREITAG, 6. AUGUST

Aachen: Kunstaktion der DFG-VK am Obelisk des Dreiländerecks, 11.59 Uhr

Berlin: Gedenkveranstaltung der Friedensglockengesellschaft Berlin, Weltfriedensglocke im Volkspark Friedrichshain, Großer Teich, 16 bis 18 Uhr

Bremen: Kundgebung des Bremer Friedensforums für den Abzug der US-Atomwaffen aus Deutschland, Marktplatz, 12 Uhr

Düren: „Gesicht zeigen für den Atomwaffenverbotsvertrag“, Stefan-Schwer-Strasse 4, 17 Uhr

Frankfurt/Main: Kundgebung „Hiroshima mahnt: Atomwaffenverbot durchsetzen“, Paulsplatz/An der Paulskirche, 17 Uhr

Hamburg: Gedenkundgebung mit Kai Degenhardt, Alsteranleger/Jungfernstieg, 18.30 Uhr

Karlsruhe: „Bewegliche Mahnwache“ des Friedensbündnisses Karlsruhe, Start- und Endpunkt am Platz der Grundrechte in der Karl-Friedrich-Straße, 17.30 Uhr

Kassel: Gedenkveranstaltung des Kasseler Friedensforums, Hiroshima Ufer, 20 Uhr

Köln: Gemeinsamer Gang des Kölner Friedensforums zum Mahnmahl „Atomwaffen abschaffen!“, Auftakt Aachener Weiher, Musik von Klaus der Geiger, 18 Uhr

Krefeld: Mahngang des Krefelder Friedensbündnisses mit Die-In auf dem Neumarkt, Treffpunkt Hochstraße/Ecke Schwanenmarktbrunnen, 17 Uhr

Leipzig: Mahnwache von Greenpeace mit einer „Nuke.Map“, die das Ausmaß der möglichen Zerstörung Leipzigs nach einem Atombombenabwurf zeigt, Petersstraße/Thomas-Kirchhof, 15 Uhr

Mainz: Gedenken von DFG/VK und anderen: „Hiroshima – Ein Akt der Unmenschlichkeit und des Grauens!“, Gutenbergplatz, 18 Uhr

Mannheim: Gedenken von DFG/VK und anderen, Paradeplatz, 17 Uhr

Marburg: Mahnwache von Greenpeace mit einer „Nuke.Map“, die das Ausmaß der möglichen Zerstörung Marburgs nach einem Atombombenabwurf zeigt, Erwin-Piscator-Haus, Biegenstraße 15, 17 Uhr

Müllheim: „Für eine Welt in Frieden ohne Atomwaffen“, Kundgebung, Vorplatz Stadtkirche Müllheim, 18 Uhr

München: „Hiroshima und Nagasaki mahnen“, Kundgebung, Marienplatz, 17 bis 21 Uhr

Nürnberg: „Hiroshima ist überall – wir gedenken der Opfer“, vor der Lorenzkirche, 18 Uhr

Offenbach: „Hiroshima mahnt – Atomwaffenverbot jetzt“, Hafentreppe Offenbach, 20 Uhr

Saarbrücken: „20 Wecker klingeln“, Aktion des Friedensnetzes Saar, die Wecker stehen für die 20 in Büchel stationierten Atombomben, Ludwigsplatz, 15 Uhr

Tübingen: „Für eine Welt ohne Atomwaffen“, Kundgebung des Friedensplenums mit Konstantin Wecker, Holzmarkt, 17 bis 18 Uhr

Stuttgart: „Hiroshima & Nagasaki mahnen“, Kundgebung, Schlossplatz, vor der Commerzbank, 17 Uhr

Würzburg: Kundgebung der DFG/VK, Unterer Markt, wuerzburg.dfg-vk.de

Weitere Infos und Termine auch am Wochenende: www.friedenskooperative.de

Beilagenhinweis

Dieser UZ liegt ein Werbeflyer des „Neuen Deutschland“ bei.

Preise steigen

Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes sind die Verbraucherpreise in Deutschland im Juli gegenüber dem Vorjahresmonat um 3,8 Prozent gestiegen. Der Anstieg der Verbraucherpreise ist nun sieben Monate in Folge zu verzeichnen. Für die steigende Inflation macht das Amt einen „Basiseffekt verantwortlich, der auf die coronabedingte Senkung der Mehrwertsteuer im Jahr 2020 zurückzuführen ist“.

Abschluss bei Thüringer Bahnen

Die EVG hat für ihre Mitglieder bei der Erfurter Bahn GmbH und Süd-Thüringen Bahn GmbH einen Tarifvertrag abgeschlossen. Neben einer Corona-Beihilfe in Höhe von 600 Euro steigen die Einkommen um insgesamt 3,2 Prozent. Ab dem 1. Januar 2022 gibt es im Volumen von 1,3 Prozent mehr vom EVG-Wahlmodell, dann sind beispielsweise bis zu zwölf Tage mehr Urlaub für die Beschäftigten wählbar. Ab dem 1. Januar 2023 steigen die Einkommen um weitere 1,9 Prozent.

Mehr Lohn für Fleischer

Die Beschäftigten im Fleischerhandwerk Baden-Württemberg erhalten zum 1. August 2021 2,5 Prozent mehr Lohn und Gehalt. Darauf haben sich die NGG und der Landesinnungsverband für das Fleischerhandwerk Baden-Württemberg geeinigt. Der Lohn- und Gehaltstarifvertrag hat eine Laufzeit von 12 Monaten und kann frühestens zum 31. Juli 2022 gekündigt werden.

Materialmangel

Das Ifo-Institut hat im Juli rund 2.700 Industrieunternehmen befragt, danach wird Materialmangel für die deutsche Industrie zu einem immer ernsteren Problem. Fast zwei Drittel der vom Ifo-Institut befragten Unternehmen sahen Engpässe, die sich in der Produktion auswirken, wenngleich häufig noch Hersteller die Nachfrage aus ihren Lagern bedienen könnten. Besonders betroffen seien die Hersteller elektrischer Ausrüstungen sowie die Automobilindustrie.

Mindestlohnbetrug

Der Bundesvorsitzende der Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU), Robert Feiger, hat strengere Maßnahmen gegen Mindestlohnbetrug in Deutschland gefordert. Die Zahl der Arbeitgeber, die sich nicht an die gültigen Lohnregeln hielten, sei nach wie vor hoch, kritisierte der Gewerkschaftschef. Feiger verwies auf Zahlen, die das Bundesfinanzministerium für das vergangene Jahr vorgelegt hat. Danach leitete die Finanzkontrolle Schwarzarbeit bundesweit 4.220 Ermittlungsverfahren wegen Mindestlohnverstößen ein – Fälle, in denen entweder der gesetzliche Mindestlohn oder bestehende Branchenmindestlöhne nicht korrekt an die Beschäftigten gezahlt wurden.

Reform überfällig

Nach Auffassung der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) hat die Große Koalition die überfällige Reform des BAföG die ganze Wahlperiode über blockiert. „Auch als die Corona-Krise überdeutlich machte, dass die staatliche Ausbildungsförderung nur noch einen Bruchteil der Studierenden erreicht, reagierte das Bundesministerium für Bildung und Forschung achselzuckend mit einer halbherzigen Überbrückungshilfe und verzinsten Bankkrediten. Insofern ist es zu begrüßen, dass Ministerin Karliczek endlich eine BAföG-Reform in Aussicht stellt. Der Kurswechsel kommt aber leider zu spät und nur in Timpelschritten“, kritisierte Andreas Keller, stellvertretender Vorsitzender und Hochschulexperte der GEW.

Lohnmauer einreißen

Streik bei „Teigwaren Riesa“ verdeutlicht Arbeitsbedingungen in Ostdeutschland



Teigwaren Riesa will frühestens ab dem Jahr 2022 über höhere Löhne verhandeln. Die Gewerkschaft hat deshalb zum Arbeitskampf aufgerufen.

Die Mauer muss weg“ war ein häufig gehörter Ruf im Herbst 1989 in der DDR. Wenige Monate später war der sozialistische Staat Geschichte und das Land mit seinen Bewohnern westdeutschen Konzernen und der Treuhand schutzlos ausgeliefert. Im sächsischen Riesa soll nun dreißig Jahre nach diesen dramatischen Ereignissen eine ganz andere Mauer verschwinden. „Lohnmauer einreißen. Jetzt! 30 Jahre Wende. Endlich Lohngerechtigkeit schaffen“, war auf einem Transparent der streikenden Beschäftigten des Nudelproduzenten „Teigwaren Riesa“ zu lesen.

Die Gewerkschaft Nahrung-Genuß-Gaststätten (NGG) hatte diese am 27. Juli zu einem mehrstündigen Streik aufgerufen. Die Produktion in der sächsischen Teigwarenfabrik stand

bis zum nächsten Morgen still. Ziel des Arbeitskampfes war, durch den Abschluss eines neuen Entgelttarifvertrags die bestehende Lohnlücke zu vergleichbaren Betrieben in Westdeutschland zu schließen. Die NGG beziffert diese im Schnitt mit weit über 700 Euro monatlich. Die unterste Lohngruppe liege aktuell nur 34 Cent oberhalb des Mindestlohns. Selbst Facharbeiter erhalten gerade einmal 13 Euro pro Arbeitsstunde. Durch einen verbindlichen Stufenplan soll nun die große Lohnlücke gegenüber dem Westniveau Stück für Stück verringert werden.

Die Kapitaleseite hat sich allen Verhandlungen verweigert. Frühestens 2022 sei man bereit, über Lohnerhöhungen zu sprechen. Lohnerhöhungen waren aus Sicht der Unternehmer schon immer gleichbedeutend mit dem

eigenen wirtschaftlichen Ruin. Dieser Logik folgend behauptet die Betriebsleitung, dass selbst eine schrittweise Lohnangleichung vom Unternehmen nicht zu leisten sei, und schürte die Angst vor einer möglichen Insolvenz unter den Beschäftigten.

Das niedrige Lohnniveau bei Riesa ist kein Einzelfall, sondern steht stellvertretend für die Arbeitsbedingungen in Ostdeutschland. Generell gilt zwischen Eisenach und Görlitz die Regel: Es wird länger gearbeitet als im Westen und dies für deutlich weniger Lohn. Jeder dritte sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in Ostdeutschland arbeitet im Niedriglohnsektor. Im Vergleich dazu liegt der Anteil der Niedriglohnempfänger in Vollzeitjobs in den westdeutschen Bundesländern bei „nur“ 16,5 Prozent. In absoluten

Zahlen ausgedrückt müssen mehr als 1,2 Millionen in Vollzeit Beschäftigte im Osten ihre Arbeitskraft für weniger als 2.203 Euro brutto im Monat verkaufen.

Noch bis in die 2010er Jahre wurde diese extreme Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft in einigen „neuen Bundesländern“ sogar offensiv als Standortfaktor beworben. So legte die ehemalige CDU-geführte Landesregierung in Erfurt eine Werbekampagne mit dem Titel „Niedriglohnland Thüringen“ auf. Diese wurde zwar mit dem Regierungswechsel zu „Rot-Rot-Grün“ eingestellt, aber an dem Lohnniveau im Freistaat hat sich nach dieser kosmetischen Maßnahme nichts geändert. Hierzu hätte an anderen Stellschrauben gedreht werden müssen, wie zum Beispiel der niedrigen und seit Jahren zurückgehenden Tarifbindung. Im Osten wird gerade noch in 20 Prozent der Betriebe nach Tarif gezahlt. Nur 45 Prozent der Beschäftigten erhalten einen Tariflohn und auch dieser ist in der Regel niedriger als vergleichbare Löhne im Westen.

Die Ursachen für die Lohnmauer liegen jedoch tiefer und sind die Folge der Ereignisse von 1989/90. Nachdem „die Mauer weg“ und die DDR von der politischen Landkarte verschwunden war, wurde die bis dahin achtgrößte Volkswirtschaft der Erde in eine „Sonderwirtschaftszone Ost“ transformiert. Aus den ehemals volkseigenen Betrieben und Kombinat, die die Privatisierungen und den Kahlschlag durch die Treuhand überlebten, wurden „verlängerte Werkbänke“ westlicher Konzerne. Diese Entwicklung war kein bedauerlicher „Unfall“ oder Kollateralschaden im sogenannten Einigungsprozess, sondern war von den neuen Herren politisch und ökonomisch genau so gewollt. Ostdeutschland diente ihnen in den 1990er Jahren als Experimentierfeld und Blaupause für die neoliberale Umgestaltung, die dann auch im Westen folgen sollte.

Ulf Immelt

Steuerbetrug war immer Betrug

Bundesgerichtshof bestätigt Verurteilung von Cum-Ex-Profiteuren

Am 28. Juli entschied der 1. Strafsenat des Bundesgerichtshofs letztinstanzlich und bestätigte die Verurteilung zweier Aktienhändler im „Cum-Ex“-Komplex vom 18. März 2020 durch das Landgericht Bonn. Das in die kriminellen Geschäfte involvierte Hamburger Bankhaus Warburg muss zudem einen Steuerschaden von circa 176 Millionen Euro an den Fiskus zurückerstatten. Hunderte von Strafverfahren stehen noch an, im größten Steuerskandal der deutschen Nachkriegsgeschichte sind durch illegale Aktiendeals die Finanzämter um ein Steuervolumen in zweistelliger Milliardenhöhe betrogen worden.

Vereinfacht geht es bei „Cum-Ex“ darum, dass durch die Koordination mehrerer Handlungsvorgänge, bei denen immer eine Bank involviert sein muss, die Kapitalertragssteuer mehrfach vom Finanzamt erstattet wird, obschon nur ein steuererheblicher Verkauf vorliegt. Unter Rückgriff auf das Instrument des „Leerverkaufs“ (ein Aktienpaket wird verkauft, obwohl der Verkäufer es lediglich geliehen hat) wurde dem Finanzamt vorgespielt, die an einem festgelegten Stichtag ausgezahlte Dividende sei mehrmals angefallen. Dieses Verwirrspiel führt dann im Ergebnis dazu, dass die bei einer Aktientransaktion entstehende Kapitalertragssteuer (KESt = 25 Prozent der Dividende) mehrfach vom Fiskus rückerstattet wird und die Beteiligten sich die Steuerbeute teilen.

Das Ganze funktioniert nur, wenn Fonds oder Banken in den Betrug eingebunden sind, denn nur diese haben – im Unterschied zu Privatpersonen –



Schöne Fassade: Die Warburg-Bank

das Privileg, eine Rückerstattung der KESt verlangen zu können.

Vertreter der Warburg-Bank hatten zu einem Zeitpunkt, als die Ermittlungen der Steuerfahndung Köln schon liefen (2016/2017), Kontakt zum früheren Hamburger Bürgermeister Scholz gesucht. Inzwischen aufgetauchte Dokumente belegen das Motiv dieser Kontaktaufnahmen. Am 7. September 2016 versandten Beamte der hamburgischen „Abteilung für Strukturpolitik“ ein Informationsschreiben an die Senatskanzlei des Bürgermeisters. Dort war für den gleichen Tag um 18.45 Uhr eine Besprechung von Scholz mit den Warburg-Abgesandten Christian Olearius und Max Warburg angesetzt. Im

Papier ist die Rede von bereits eingeleiteten Ermittlungen der Kölner Staatsanwaltschaft gegen Warburg, ein Steuerschaden von 150 Millionen Euro stehe im Raum.

Im später gefertigten Tagebucheintrag von Olearius ist über das Treffen mit Scholz zu lesen: „Ich meine, sein zurückhaltendes Verhalten so auslegen zu können, dass wir uns keine Sorgen zu machen brauchen.“ Die Stadt Hamburg ließ Steuernachforderungen gegen Warburg (47 Millionen Euro) verjähren. Erst vier Jahre später zahlte das Bankhaus Warburg unter öffentlichem Druck 155 Millionen Euro zu Unrecht erstatteter Steuern zurück. Olaf Scholz, inzwischen Bundesfinanzminister und

Kanzlerkandidat, kommentierte das BGH-Urteil von letzter Woche mit den Worten: „Die Entscheidung ist wirklich eine gute Sache für uns als Steuerzahler und für die Gerechtigkeit.“ Das Gericht habe klargestellt, „dass Cum-Ex zu keinem Zeitpunkt legal war und die Steuerschuld nie verjährt ist“.

Zu keinem Zeitpunkt? Also auch nicht an jenem 7. September 2016, dem ersten von drei Treffen (weitere am 26. Oktober 2016 und 10. November 2017) von Scholz mit den Emissären der Warburg-Bank? Vor dem Untersuchungsausschuss zu „Cum-Ex“ flüchtete Scholz sich in die „fehlende Erinnerung“ an jene Treffen. Schließlich habe ein Bürgermeister einen vollen Terminkalender. Da könne man sich nicht alles merken.

Ralf Hohmann



Foto: Christoph Braun / wikipedia / public domain

Olaf Scholz fehlen Erinnerungen



Foto: Currenta GmbH & Co. OHG

Üben für den Ernstfall: Löschfahrzeug der Bayer-Werksfeuerwehr

Keine Überraschung

Explosion in Leverkusen: Für Betreiber und Politik waren Profite wichtiger

Am 27. Juli explodierten in Leverkusen mehrere Tanks in einer Sondermüllverbrennungsanlage, die bis 2019 der Bayer AG gehörten. Die Leverkusener Feuerwehr setzte eine Warnung der Kategorie „Extreme Gefahr“ ab. Mehrere Arbeiter starben, Betreiber und Bezirksregierung weisen die Schuld von sich. UZ sprach mit Jan Pehrke von der „Coordination gegen Bayer-Gefahren“ (CBG).

UZ: Welche Ausmaße hatte denn die Explosion in Leverkusen?

Jan Pehrke: Das war schon ein sehr großer Knall. Das Detonationsgeräusch war 40 Kilometer weit zu hören. Es stieg eine riesige Giftwolke auf. Es sind drei Tanklager in die Luft gegangen. Fünf Menschen sind bis jetzt gestorben, zwei werden immer noch vermisst, 31 wurden verletzt. In diesem Entsorgungszentrum arbeiten 50 bis 60 Menschen. Zwei Drittel der Belegschaft sind also in Mitleidenschaft gezogen worden. Neben Currenta-Beschäftigten gab es da Leute von Leiharbeitsfirmen. Da muss man fragen, ob die überhaupt eine Schulung erhalten haben. Die IG BCE hat zwar Beileidsbekundungen abgegeben, umarmt aber weiter die Chemieindustrie, statt für sichere Arbeitsplätze für ihre Mitglieder zu kämpfen. Das ist sehr enttäuschend.

Die ganze Bevölkerung war alarmiert. Es gingen zwei Zentimeter große Rußpartikel nieder von der Giftwolke und die Feuerwehr hat sofort gewarnt, man solle die ja nicht anfassen, weil man nicht weiß, was da drin ist. Die Stadt Leverkusen hat die Kinderspielplätze gesperrt, weil man Angst hatte, dass die Kinder sich damit vergiften. Zwischen 9 und 10 Uhr morgens war die Explosion und gegen halb eins hatte die Feuerwehr alles löschen können. Die Gefahr bestand bis zuletzt, dass das Feuer auf ein viertes Tanklager übergreift, das ebenfalls Lösungsmittel enthielt. Currenta hat mittlerweile den Behörden

mitgeteilt, was in den Tanks drin war. Die Öffentlichkeit weiß davon immer noch nichts, geschweige, von welchen Firmen das alles kam.

UZ: Wie kann es sein, dass die größte Giftmülldeponie Europas sich in einem Wohngebiet befindet?

Jan Pehrke: Das ganze Chemiepark-Areal von Bayer war zuerst da und drum herum ist die Stadt gewachsen. Nach dem großen Chemieunglück in Seveso wurden die Richtlinien verschärft. Es wurde festgesetzt, dass es mindestens 1.500 Meter Abstand zwischen so gefährlich störanfälligen Anlagen und der Wohnbevölkerung geben muss. In Leverkusen sind die ersten Wohnsiedlungen rund 800 Meter entfernt und es werden neue gebaut.

UZ: Die Betreiberfirma Currenta, die früher zu Bayer gehörte, hat vor drei Jahren noch die Erlaubnis bekommen, die Brennöfen zu erweitern. Also hat man bewusst mit dem Risiko gespielt?

Jan Pehrke: Schon zu Bayer-Zeiten gab es 2010 einen Brand und 2009 einen Defekt bei der Abluftbehandlung im Werk. Bayer wollte aber aus Müll Geld machen, nachdem die Auflagen verschärft wurden. Früher hat man einfach den Giftmüll verbuddelt. Ab da ging es nicht mehr darum, möglichst wenig Müll zu produzieren, sondern der „Bayer-Industrial-Service“; später Currenta, haben Müll akquiriert. Die CBG konnte zum Beispiel mit anderen verhindern, dass

Giftmüll aus Australien in die Öfen kommt.

Weil der Müll ein Geschäft ist und Currenta nie weiß, ob kurzfristig noch ein großer Auftrag reinkommt, wissen die nie, wie viel Sondermüll pro Tag anfällt. Deswegen mussten sie Zwischenlager schaffen, die Tanks, die jetzt explodiert sind. Die Tanks standen so dicht beieinander, dass es eine Kettenreaktion gab.

UZ: Also war es keine Überraschung, dass irgendwann so ein Unglück passiert?

Jan Pehrke: Nein. Eine Woche vor dieser großen Explosion gab es einen Stoffaustritt und schon Mitte Juni gab es weiteren Stoffaustritt, bei dem es zwei Verletzte gab. Dazu kommt, das es eine sehr alte Anlage ist. Den ersten Ofen hat Bayer 1967 und den zweiten 1976 gebaut. Der Bestand ist über 50 Jahre alt.

UZ: Von staatlicher Seite gab es da nie Beanstandungen?

Jan Pehrke: Die Aufsicht obliegt der Bezirksregierung. Die hat das Tanklager zuletzt im Januar 2016 inspiziert. In einer Stunde war die Sache für sie gegessen. Im April dieses Jahres hätte eine erneute Prüfung stattfinden sollen, aber das ging angeblich wegen Corona nicht. Die Bezirksregierung konnte nur per Internet mit den Ingenieuren sprechen. Die CBG kritisiert schon lange, dass die Bezirksregierung bei allen Sparten von Bayer, und was damit zu tun hat, nicht genau hinschaut. Zum Beispiel hat 2012 nicht die Bezirksregierung, sondern die US-amerikanische Gesundheitsbehörde FDA Alarm geschlagen, weil damals Rückstände einer Arznei in einer anderen gefunden worden waren. Daraufhin musste Bayer eine ganze Produktionsstraße schließen.

Das Gespräch führte Christoph Hentschel

Fataler Rückschritt

Home-Office verschärft Doppelbelastung von Frauen

Nicht nur während der Zeit der Pandemiemaßnahmen hat sich herausgestellt, dass durch Home-Office keine Geschlechtergleichheit oder größere Vereinbarkeit von Beruf und Familie stattfindet. Doppelbelastung und traditionelle Rollenaufteilungen haben weiter Bestand, sie verschärfen sich sogar. Zu Beginn der Pandemie empfanden Eltern manches Mal den Trend zum Home-Office als Erleichterung. Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie schien leichter umsetzbar. Es sei „eine Erleichterung für Beruf und Familie“, so Jutta Allmendinger, Präsidentin des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung. Aber diese Erleichterung habe „leider ein Geschlecht: das weibliche Geschlecht“.

Für weibliche Beschäftigte, die auch in der Corona-Krise zumeist die Verantwortung für die Kinderbetreuung trugen, ging die Schließung von Kitas und Schulen trotz und wegen Home-Office meist mit einer enormen Erhöhung der Doppelbelastung aus Erwerbs- und Sorge-Arbeit einher. Allmendinger weist darauf hin, dass Frauen schon immer diese Vereinbarkeit schulterten. Jetzt – durch Home-Office – werde ihnen das leichter gemacht. Und genau damit verfestige sich die Ungleichheit zwischen Männern und Frauen.

Denn die Unterschiede in Stundenlöhnen, Arbeitszeiten, Rentenniveau werden durch Home-Office nicht reduziert, auch nicht die „Positionsgewinne“ – im Gegenteil. Frauen haben lange darum gekämpft, den öffentlichen betrieblichen und politischen Raum zu betreten. Jetzt werden sie teilweise in die Familien zurückgeholt. Ein katastrophaler gesellschaftlicher und feministischer Rückschritt. Nicht nur ihre Care-Arbeit wurde unsichtbar, jetzt auch noch ihre durch Unternehmer ausgebeutete Lohnarbeit. Schwer, da eine Gehaltserhöhung durchzusetzen. „Vor allem für Frauen dürfte sich eine dauerhafte Ausgrenzung aus betrieb-

lichen Netzwerken und Machtstrukturen als Karriereblockade erweisen“, so Allmendinger.

Die Spreizung der Arbeitsrealität von Frauen und Männern, ergab eine Befragung in Österreich, wurde augenfällig: Home-Schooling, „Distance Learning“ und andere Formen der Kinderbetreuung mit dem gleichzeitigen Anspruch, unvermindert zu arbeiten, ist, bei aller „Erleichterung“ für Vereinbarkeit, eine in dieser Form bisher unbekannte Belastung für Frauen und ein Kraftakt, der grundsätzlich nicht gelingen kann.

Eine massive Ausfransung der Arbeitszeiten für Frauen wurde erlebt und in Studien belegt. Schon Clara Zetkin stellte 1889 fest, es sei „die Rücksicht auf die Aufgaben in der Familie“, die Frau sei nicht ein „Nur-Mensch“, sie sei ein weiblicher Mensch und habe als Mutter, als Gattin Sonderaufgaben zu erfüllen. Die kapitalistische Gesellschaftsordnung mache aber in den meisten Fällen einen Konflikt zwischen Berufspflichten und Familienpflichten unvermeidlich, so Zetkin. „Bald müssen die einen, bald die anderen leiden; nur ausnahmsweise starke Frauenindividualitäten können beiden gerecht werden, und auch sie nur um den Preis einer vorzeitigen Hinopferung ihrer Kraft. Ein harmonisches Ausleben als Vollmensch wird damit der Mehrzahl der Frauen zur Unmöglichkeit.“

Es hat sich zudem deutlich gezeigt, dass die technische Ausstattung im Home-Office für Frauen ungleich schlechter ist. Die ergonomische Beanspruchung ist für Frauen wesentlich negativer, weil Frauen im Home-Office häufig am „Küchenstockerl“ arbeiten. Eine Befragung zeigte, dass es sich dabei nicht bloß um Anfangsschwierigkeiten handelte. Die besonders schlechte Ausstattung mit Möbeln und digitalen Arbeitsmitteln manifestierte sich über die Monate der Pandemie bei etwa einem Drittel der Betroffenen.

Anne Rieger

Corona verfestigt Dauerarbeitslosigkeit

Auswirkungen sind für Millionen verheerend

Der Deutsche Paritätische Wohlfahrtsverband befürchtet, dass sich die Zahl der Langzeitarbeitslosen in der Covid-19-Pandemie auf über eine Million verfestigt. Damit ist ein so hoher Stand der Langzeitarbeitslosigkeit erreicht, wie er vor der Pandemie zuletzt im Frühjahr 2015 zu verzeichnen war. Die DKP hat in ihren Kernaussagen zur Bundestagswahl 2021 formuliert: „Die Corona-Pandemie hat noch einmal verdeutlicht, was die Beschäftigten im Kapitalismus wert sind. Millionen Menschen wurden und werden in Kurzarbeit oder in die Arbeitslosigkeit geschickt.“

Um 47 Prozent ist während der Pandemie nach Angaben des Verbandes die Zahl der Langzeitarbeitslosen gestiegen und verharrt seit der Jahreswende auf über einer Million. „Trotz der überraschend positiven Arbeitsmarktentwicklung der letzten Monate dürfen wir die über eine Million Langzeitarbeitslosen jetzt nicht aus dem Blick verlieren und zu den arbeitsmarktpolitischen Opfern der Pandemie werden lassen“, mahnt Hauptgeschäftsführer Ulrich Schneider. Für die Betroffenen und ihre Familien seien die Folgen von langjähriger Arbeitslosigkeit – Armut, soziale Ausgrenzung und gesundheitliche Belastungen – verheerend. „Wir müssen schnell handeln, um zu verhindern, dass sich die erschreckend hohe Zahl der Langzeitarbeitslosen dauerhaft verfestigt“, so Schneider.

Der Gesamtverband fordert die Arbeitsverwaltung auf, jetzt in die Of-

fensive zu gehen. Nur etwa 3 Prozent der Langzeitarbeitslosen hätten zuletzt ihre Arbeitslosigkeit durch ein Angebot öffentlich geförderter Beschäftigung beenden können und nur etwa 1,5 Prozent erhielten die Möglichkeit, an einer beruflichen Weiterbildung teilzunehmen. Auf Sanktionen müsse völlig verzichtet werden.

Zu befürchten ist auch, dass sich die dramatische Entwicklung noch fortsetzt, denn sie ist nicht nur der Pandemie geschuldet. Ebenfalls in ihren Kernpunkten zur Bundestagswahl sagt die DKP: „Die Stahlindustrie droht mit dem Abbau von tausenden Arbeitsplätzen, um Subventionen zu erpressen. Die Automobilindustrie lässt sich ihren Umbau von den Beschäftigten und Steuerzahlern bezahlen. Gewinner sind die großen Banken und Konzerne. Ihre Interessen werden von den Regierenden gegen die Interessen der Mehrheit der Menschen durchgesetzt.“ In der Sprache der Bosse heißt das anders, zum Beispiel beim Autobauer Daimler. Nach Einschätzung seines Chef Ola Källenius werde die Umstellung von Verbrennungsmotoren hin zur Elektromobilität Arbeitsplätze kosten. „Man muss auch ehrlich mit den Menschen sein: Die Montage eines Verbrennungsmotors bringt mehr Arbeit mit sich als der Bau einer Elektroachse“, sagte Källenius der „Welt am Sonntag“. „Selbst wenn wir den kompletten elektrischen Antriebsstrang selbst bauen würden, werden wir Ende der Dekade weniger Menschen beschäftigen.“ WSK

Störfälle

Auf ihrer Homepage dokumentiert die „Coordination gegen Bayer-Gefahren“ Unfälle in den Bayer-Betrieben, wir haben einige wenige von deutschen Standorten ausgewählt. Komplette gibt es die Liste unter www.cbgnetwork.org.

18. April 2016

Im Wuppertaler Pharma-Betrieb von Bayer kam es zu einem Unfall. An einem Kanal-Schacht entstand eine Leckage, aus der eine größere Menge Abwasser in einen Fluss gelangte.

30. Mai 2018

Auf dem Gelände von Bayers Berliner Pharma-Standort im Stadtteil Wedding kam es zu einem Unfall. Es trat eine gefährliche Substanz aus, deren Dämpfe zwei Personen verletzten.

8. Januar 2019

Im Wuppertaler Bayer-Werk ereignete sich ein Störfall, bei dem eine größere Menge Chinolon-Carbon-Säure austrat. Nach Bayer-Angaben sollen 280 (!) Kilogramm des Stoffes ausgetreten sein. Der Gefahrstoff ist reizend und explosiv.

15. November 2019

Am Bayer-Standort Bitterfeld kam es zu einem Brand. Bei Dacharbeiten auf einem Hochregal-Lager hatten sich Dachplatten entzündet. Auf mehrere Kilometer Entfernung waren die Rauchschwaden zu sehen.

19. November 2019

In der Tankreinigungsstation des Dormagener Chemie-„Parks“ brach ein Brand aus. Bei der Säuberung eines Behälters fing ein Lösemittel Feuer. Fünf Beschäftigte mussten zur Untersuchung ins Krankenhaus.

Toi, toi, toi

In einigen Bundesländern hat das neue Schuljahr begonnen. „Präsenzunterricht – das ist für alle das Ziel. Und wir haben natürlich heute viel mehr Möglichkeiten, als wir sie im letzten Jahr hatten“, sagte Bundesbildungsministerin Anja Karliczek (CDU) dem „ARD-Hauptstadtstudio“. „Viele Kinder und Jugendliche sind nicht geimpft und dadurch wirklich auch voll empfänglich für dieses Virus. Da hätte man erwarten können, dass man sich jetzt einfach vorbereitet“, kritisiert Dario Schramm, Generalsekretär der Bundesschülerkonferenz. Es fehle an Konzepten, Luftfiltern und Tests, um eine erneute Schließung im Herbst zu verhindern. „Wir starten jetzt wieder in den Unterricht in den Bundesländern mit dem Credo ‚Das wird schon gutgehen – toi, toi, toi‘; aber ohne sich tatsächlich ausnahmsweise mal einen Plan gemacht zu haben“, so Schramm.

Lücken für alle

Polizei, „Verfassungsschützer“ und Nachrichtendienste dürfen neuerdings verschlüsselten Nachrichtenaustausch zum Beispiel bei Messenger-Apps im Rahmen der sogenannten Quellen-Telekommunikationsüberwachung abhören oder mitlesen. Sie dürfen die Ende-zu-Ende-Verschlüsselung knacken, wenn es um Terrorismus, Mord oder schwere Drogendelikte geht. Dafür müssen die Anbieter der Dienste technische Sicherheitslücken offenhalten. Stephan Thomae, Stellvertreter der Fraktionsvorsitzender der FDP im Deutschen Bundestag und Mitglied im Parlamentarischen Kontrollgremium (PKGr), kritisiert nun, dass damit Kriminelle und fremde Mächte zu Cyberangriffen und Datenklau quasi eingeladen werden würden. Die Sicherheitspolitik von Union und SPD sei so selbst zum Sicherheitsrisiko geworden, so Thomae.

Abschieben geht immer

CDU-Kanzlerkandidat Armin Laschet will weiterhin nach Afghanistan abschieben. Wie schon Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) argumentiert er, man wolle lediglich Straftäter abschieben. „Wenn ein Inhaftierter einen Teil seiner Strafe erlassen bekommt, reist er vielleicht freiwillig aus“, sagte Seehofer dazu am vergangenen Wochenende.

Ärzte gegen Impfung von Jugendlichen

Hausärzte werfen den Gesundheitsministern eine „Missachtung der Kompetenz“ der „Ständigen Impfkommission“ (STIKO) vor. Auf Unverständnis stößt der Beschluss der Gesundheitsminister, allen Kindern von zwölf Jahren an ein Corona-Impfangebot zu machen. „Das Ganze klingt ein wenig nach Wahlkampfgetöse“, sagte der Bundesvorsitzende des Deutschen Hausärztesverbandes, Ulrich Weigelt, und plädierte deshalb für eine Debatte über eine Impfpflicht für Kita- und Lehrpersonal. Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) verteidigte unterdessen die Entscheidung von Bund und Ländern. Spahn sagte, die Impfung solle freiwillig bleiben.

Kein Recht auf Ausverkauf?

Wegen Verstoßes gegen die Berufsfreiheit und das Grundrecht auf Eigentum reichten Kunst- und Antiquitätenhändler sowie Auktionshäuser Verfassungsbeschwerden gegen das Kulturgut-Schutzgesetz ein. Seit 2016 regelt das Gesetz die Ein- und Ausfuhr von Kulturgütern. Fundstücke beispielsweise aus illegalen Ausgrabungen oder Plünderungen dürfen nicht nach Deutschland eingeführt werden. Das Bundesverfassungsgericht lehnt die Klage mit der Begründung ab, die Kläger hätten sich zuvor an die Fachgerichte wenden müssen.

Was für den Frieden tun

In die SED wollte er nicht, zur NVA schon. Heute kandidiert Frank Ehrhardt für die DKP

In die SED wollte er trotz mehrfacher Aufforderung nicht aufgenommen werden. „Die Schönfärberei hat mich abgestoßen“, sagt er. Heute steht Frank Ehrhardt für die DKP als Direktkandidat in Potsdam zur Wahl – die einzige Partei, die den DDR-Sozialismus verteidigt.

Wie passt das zusammen? Von Kollegen oder Bekannten hört er manchmal: „Du malst ja den Teufel an die Wand.“ Dann warnt er wieder davor, dass die Politik der Bundesregierung und ihrer Verbündeten dazu führen könnte, dass die NATO Krieg gegen Russland oder China führt. Die Kollegen glauben nicht, dass es in Mitteleuropa noch einmal Krieg geben könnte. Vielleicht wäre es bequemer, den Diskussionen aus dem Weg zu gehen – „aber das dürfen wir nicht“, sagt Ehrhardt, „das ist ja unsere Aufgabe, immer wieder den Finger daraufzulegen: Der Krieg wird vorbereitet, von der Nato und von der Bundesregierung.“

„Frieden mit Russland und China“ ist das zentrale Thema im Wahlkampf der DKP in Potsdam. In Ehrhardts Wahlkreis haben die großen Parteien prominente Kandidaten aufgestellt: Für SPD und Grüne treten deren Kanzlerkandidaten Olaf Scholz und Annalena Baerbock an. Die CDU hat mit Saskia Ludwig eine besonders rechte Kandidatin aufgestellt. In unterschiedlichen Varianten betreiben alle diese Parteien eine aggressive Politik. Die DKP verteilt Aufkleber: „Wer Baerbock wählt, wählt Krieg“ – angelehnt ans Parteilog der Grünen, die Blätter der Sonnenblume werden hier zu einem Fächer gelber Raketen. Und die Aufforderung: „Frieden mit Russland wählen: DKP“.

„Wer Scholz wählt oder Laschet oder die AfD, wählt auch nicht den Frieden“, sagt Ehrhardt, „aber die größte Gefahr geht von der grünen Partei aus – Baerbock will die Aufrüstung und will schärfere Sanktionen gegen Russland, das ist aktive Kriegsvorbereitung“, eine Kollegen sind keine Grün-Wähler. „Sie sehen nur: Die Grünen wollen Verbrennungsmotoren verbieten, wollen Fliegen teurer machen – da kann ich nur noch einmal im Jahr nach Malle fliegen ... Das ist doch nicht das größte Problem.“

Kriegstreiber zu bekämpfen – das ist der Zweck, der Ehrhardt treibt, politisch aktiv zu sein. Zehn Jahre nach der Konterrevolution muss er feststellen, dass er nun in einem Land lebt, das einen Angriffskrieg führt: 1999 hatte die Bundeswehr sich daran beteiligt, Jugoslawien zu überfallen. Ehrhardt sah sich um, wie er politisch aktiv werden könnte. Das Ergebnis: 2001, am Weltfriedenstag, wurde er Mitglied der DKP.

Mit seiner Parteigruppe unterstützt er seit 2005 eine Bürgerinitiative und



Foto: Uwe Hilsch/flickr.com/CC BY-NC-SA 2.0

Die DKP in Aktion für den Frieden, hier 2016 in Berlin.

auch diese Arbeit hat damit zu tun, den Militarismus zu bekämpfen: Die Initiative steht „Für ein Potsdam ohne Garnisonkirche“. Diese Kirche wurde 1945 beim großen britischen Luftangriff zerstört, die Ruine blieb, bis sie 1968 gesprengt wurde. Bald nach der Konterrevolution begannen Regierungspolitiker, Preußen-Nostalgiker und Kirchenfunktionäre, den Wiederaufbau zu betreiben, seit 2017 wird gebaut. Ehrhardt erinnert daran, dass diese Kirche ein „Symbol des Militarismus“ ist – nicht erst, seit Hitler hier im März 1933 die Hand des Reichspräsidenten Hindenburg schüttelte und mit dieser Inszenierung zeigte, dass kaiserliche und faschistische Kriegstreiber zusammengehörten. Hier ließ Preußen



Trophäen ausstellen, die seine Truppen im Krieg erobert hatten, hier wollte der Kaiser zeigen, dass Gott auf Seiten der deutschen Eroberer stand.

Ehrhardt stellt fest, dass in vielen Schulen und Turnhallen in Potsdam Geld für staatliche Baumaßnahmen

nützlich wäre. Allein der Turm der Garnisonkirche wird über 40 Millionen Euro kosten, er wird das höchste Gebäude in Potsdam sein. Das Ergebnis werde sein, die Potsdamer Innenstadt zu einem „Preußen-Disneyland“ zu machen, zugeschnitten auf die Bedürfnisse der Touristen, nicht der Bewohner. Und Ehrhardt befürchtet, dass die Garnisonkirche ein „Wallfahrtsort“ für Faschisten und Militaristen werden könnte, wie sie es in der Weimarer Republik bereits war. „Die Wiederaufbaumühmungen haben ihre Wurzeln bei als rechtsextrem eingestuftem ehemaligen Militärs“, macht die Bürgerinitiative klar.

Auch in der DDR stand für Ehrhardt die Frage, was er für den Frieden tun könne. Freunde von ihm, die zum Wehrdienst einberufen wurden, beschlossen, „für den Frieden“ den Dienst mit der Waffe zu verweigern. Sie dienten als Bausoldaten – und „wurden dort auch drangsaliert“, erzählt Ehrhardt. Er ließ sich davon nicht abhalten, mit solchen Anhängern der DDR-„Friedensbewegung“ befreundet zu sein. Aber um etwas für den Frieden zu tun, beschloss Ehrhardt 1982, nicht nur die 18 Monate Grundwehrdienst in der NVA zu leisten, sondern sich für drei Jahre als „Unteroffizier auf Zeit“ zu verpflichten. „Ich wollte nicht nur eine große Klappe haben und ich war der Meinung: Der Dienst in der NVA ist ein Dienst für den Frieden“, sagt Ehrhardt, „es ging darum, den Frieden mit der Waffe in der Hand zu verteidigen.“

Ehrhardts Vater war Arzt, er gehört zur Generation der Arbeiterkinder, die an der Arbeiter-und-Bauern-Fakultät auf ihr Studium vorbereitet wurden – der Sozialismus ermöglichte ihnen eine Bildung, die für ihre Eltern nicht

zugänglich war. Auch Ehrhardt selbst hat einen Aufstieg durch Bildung erlebt – unter ganz anderen Bedingungen: In den 80er Jahren arbeitete er als Elektromonteur im Energiekombinat Potsdam, dem regionalen Energieversorger, heute ist er Mitarbeiter in einem Planungsbüro. Kurz vor der Konterrevolution begann er ein Meisterstudium neben dem Beruf. „Das Volkseigentum wurde plötzlich zu Staatseigentum und das wurde von der Treuhand als Privateigentum verkauft.“ Sein Kombinat wurde Aktiengesellschaft, Ehrhardt stand vor der Frage, wie er die Arbeitslosigkeit vermeiden könnte. Er konnte sein Meisterstudium beenden und ein kaufmännisches Studium anschließen – „Das hat einen Haufen Geld gekostet, du musstest hellwach bleiben, wenn du abends bis zehn auf der Schulbank gesessen hast – nach der Arbeit, mit fast vierzig Jahren“, erzählt er. In der DDR war Bildung keine Privatsache. Ehrhardt ärgert sich, wenn gesagt wird, in der DDR sei „nicht alles schlecht“ gewesen – „Richtig ist doch: In der DDR war leider noch nicht alles gut.“

Einen Vorzug sieht Ehrhardt bei der DKP gegenüber der SED: „Bei uns tritt keiner aus Karrieregründen ein.“ Zu den Schwächen der SED habe gehört, dass viele Mitglied geworden seien, weil es einfacher war für den Beruf oder das Studium – Ehrhardt nennt sie „Portemonnaie-Kommunisten“. Zumindest dieses Problem hat die kleine und schwache DKP nicht: „Da habe ich Genossen an meiner Seite, die einem auch mal den Kopf waschen, mit denen ich mir gemeinsam eine Meinung erarbeite und mich bilde – das ist eine Gemeinschaft nicht nur aus dem Kopf heraus, sondern auch aus dem Herzen.“

Olaf Matthes

Systemfehler

Wer eine Impfpflicht haben will, braucht ein funktionierendes Gesundheitswesen

Am 2. August meldete das Robert-Koch-Institut, dass 52,3 Prozent der Bundesbürger mittlerweile eine vollständige Impfung erhalten haben. Die zur Erreichung der „Herdenimmunität“ erforderliche Impfquote von 85 Prozent liegt in weiter Ferne. Gleichzeitig fällt die Impfrate tagtäglich, eine vierte Welle kündigt sich für den Herbst an, die Wartezimmer in den Impfzentren sind leer, tausende vorgehaltene Impfdosen landen im Müll.

In Afrika liegt die durchschnittliche Impfquote unter 2 Prozent. Dort fehlen die Vakzine. Um den Preis hochzuhalten, werden Lieferbeschränkungen verhängt, die internationalen Pharma-Konzerne bestehen auf ihrem Patentschutz und weigern sich, die Lizenzproduktion in ärmeren Ländern zuzulassen. Die weltweit größten Impfstoffhersteller Pfizer und Moderna freuen sich über den bis Ende Juli

erzielten Rekordumsatz mit Vakzinen in Höhe von 52 Milliarden US-Dollar. Das entspricht in etwa der Summe des Bruttoinlandsprodukts (BIP) der 15 ärmsten Länder in Afrika.

In Deutschland stochern die bürgerlichen Parteien im Nebel, wie auch schon in den mittlerweile 17 Monaten Corona-Pandemie zuvor. Die Politik der Konzeptlosigkeit und des Abwartens hat sich inzwischen bis in die Redaktionsstuben der Springerpresse herumgesprochen. In der „Welt“ vom vergangenen Freitag war zu lesen: „Welche Corona-Maßnahmen wirken? Die Bundesregierung weiß es nicht genau.“ Eine Impfpflicht jedenfalls verwirft die Bundesregierung. Kanzleramtsminister Helge Braun (CDU) testete vor wenigen Tagen zwar die mediale Wirkung einer Impfpflicht „durch die Hintertür“, musste inzwischen aber wieder zurückrudern. Olaf

Scholz (SPD) hält sich ohnehin bedeckt, von den Grünen hört man, „im Moment“ sei keine Impfpflicht geplant, könne aber auch nicht ausgeschlossen werden (Ministerpräsident Winfried Kretschmann). Aus dem Umfeld der „Wirtschaftsweisen“ kommt der Vorschlag, Impfunwilligen durch Geldprämien von 500 Euro die Entscheidung zu erleichtern („Münchner Merkur“ vom 16. Juli).

Am Unwillen und der Unfähigkeit, für ein Gesundheitssystem zu sorgen, das diesen Namen auch verdient, hat sich seit 60 Jahren nichts verändert. Am 29. Juni 1961 sandte DDR-Minister Willi Stoph ein Telegramm an Konrad Adenauer. Die DDR hatte mit einer früh eingeführten Polio-Impfpflicht die Zahl der Infizierten auf vier reduzieren können, während zur selben Zeit in Westdeutschland, das über keinen Impfstoff verfügte, 4.673 Menschen

erkrankt waren. Stoph bot die sofortige Lieferung von 3 Millionen Vakzindosen an. Bonn lehnte ab – und wartete lieber zwei Jahre auf den US-Impfstoff.

Die seit den frühen 1950er Jahren eingeführte Impfpflicht in der DDR ging einher mit einer breiten Aufklärungskampagne unter dem eingängigen Motto: „Der Sozialismus ist die beste Prophylaxe“. Die DDR sorgte sich um die ausreichende Bereitstellung von Vakzinen bis ins kleinste Dorf. Für die Bekämpfung der Immunschwächekrankheit AIDS erhielt die DDR das Lob der Weltgesundheitsorganisation (WHO). Der „Spiegel“ vom 3. Dezember 1989 zog das Fazit: „Und da gibt es kein zweites Land, das die bedrohliche Aids-Situation vergleichsweise so erfolgreich gemeistert hat wie die DDR – bis zur deutsch-deutschen Verbrüderung am 9. November.“

Elias Cente

DKP kandidiert

Bundesverfassungsgericht liest Bundeswahlleiter die Leviten



#KeinMarxistIllegal: Vor dem Urteil gingen DKP und SDAJ auf Straße.

Die Entscheidung des Bundeswahlausschusses vom 8. Juli hatte enormen Druck aufgebaut. Die Welle der Solidarität für die DKP gab dagegen Zuversicht und Stärke, gutes juristisches Handwerk, das es zuweilen auch braucht, erledigte den Rest. Viel Zeit war nicht. Der Berliner Rechtsanwalt Hans-Eberhard Schultz und sein Team, die sich mit verfassungsrechtlichen Verfahren bestens auskennen, mussten in kürzester Zeit treffsicher agieren. Das Bundeswahlgesetz gab nur vier Tage zur Beschwerde. Nicht vier Werktage, sondern Kalendertage. Das auf die Entscheidung des Bundeswahlausschusses am 8. Juli folgende Wochenende also eingeschlossen.

Nachdem die Partei am Mittag des 8. Juli über Medienberichte von der Entscheidung des Wahlausschusses erfahren hatte, eine förmliche an den Parteivorstand adressierte Übersendung der Verfügung aber ausblieb, mussten zunächst einmal alle Hebel in Bewegung gesetzt werden, um schnellstmöglich den konkreten Text der Entscheidung in Erfahrung zu bringen. Der Parteivorstand drängte beim Berliner Bundeswahlausschuss auf sofortige

Übersendung per Mail. Diese ging, obwohl für den 8. Juli zugesagt, erst am folgenden Freitag um 12:19 Uhr ein. Angefügt war der Unterrichtungsbrief des Bundeswahlleiters Georg Thiel.

Bei Durchsicht stellte sich heraus, dass Thiel, dem natürlich die Viertagesfrist bekannt war („Fristen sind Fristen“), diesen Brief lediglich als einfaches Einschreiben (nicht etwa per Eil- oder Expresszustellung) versandt hatte. Der Einschreibebrief traf dann erst am 12. Juli, dem Tag des Fristablaufs, ein. Da die Frist mit der öffentlichen Bekanntgabe, nicht mit postalischem Zugang, zu laufen begann, lag hierin ein weiteres offenkundiges Manöver, um eine fristgerechte Beschwerde der DKP zu vereiteln. Dazu passt auch folgendes: Die Partei hatte sich mit Mail vom 5. September 2020 an den Bundeswahlleiter mit der Bitte um eine Antwort, „ob wir die nun neue Voraussetzung zur Kandidatur (gemäß Paragraph 23 Parteiengesetz, Rechenschaftslegung) erfüllen“; gewandt. Das Büro des Wahlleiters gab sich unwissend und antwortete am 8. September 2020, man möge sich „mit dem zuständigen Referat des Bundestags“ in Verbindung setzen. Doch auch

die Vorsprache bei diesem Referat blieb ohne Antwort. „Die Beschwerdeführerin ist also mit der Entscheidung des Bundeswahlausschusses buchstäblich kalt erwischt und völlig überfahren worden“ heißt es hierzu in der Nichtanerkennungsbeschwerde, die am 12. Juli dem Bundesverfassungsgericht durch die Kanzlei Schultz übermittelt wurde.

Weiter wurde gerügt, dass der Wortlaut des Parteiengesetzes von einer „Nichtabgabe“ der Rechenschaftsberichte ausgehe und damit verspätete Einreichungen nicht gemeint sein können. Auch sei das mildere Mittel der Zwangsgeldverhängung (Paragraph 38 Absatz 2 Parteiengesetz) nicht erwogen worden. Stattdessen und unter Verstoß gegen den Verhältnismäßigkeitsgrundsatz hatte Thiel sofort die Aberkennung der Parteigenschaft aus dem Zylinder gezogen. In der Beschwerde wird weiter ausgeführt, die starke Verankerung des Parteiprivilegs im Grundgesetz verbiete den Entzug der Parteigenschaft allein aus Gründen, die bloß formale Mängel in der Abgabe der Rechenschaftsberichte betrafen.

Nachdem der Beschwerdeschriftsatz auf den Weg gebracht war, bestand tagelang Unklarheit, ob der Bundeswahlleiter noch entgegenen würde. Ohne Vorankündigung traf dann kurz nach 12 Uhr am Freitag, den 16. Juli, ein Schriftsatz von ihm ein. Das Bundesverfassungsgericht setzte zunächst Frist zur Erwiderung für die DKP bis Montag 12 Uhr, übersandte dann aber am Tag des Fristablaufs weitere 54 Seiten aus den Akten des Bundeswahlleiters und verlängerte die Frist bis zum 20. Juli, 18 Uhr. In großer Eile gefertigt, aber mit Stringenz und dem Sinn für das Wesentliche, widerlegte der Verfahrensbevollmächtigte der DKP die Auffassung des Bundeswahlleiters, der die fristgerechte Einreichung von Rechenschaftsberichten in seiner Stellungnahme zum Maß aller Dinge erklärt hatte. Thiels Argumentation verfiel auch beim 2. Senat des Verfassungsgerichts nicht. Ausnahmslos in allen Punkten las ihm das höchste deutsche Gericht die juristischen Leviten.

Ralf Hohmann

Druschba! Auf Brandenburgisch

Die DKP lädt in Strausberg zu ihrem Sommerfest ein

„Druschba!“ – russisch: „Freundschaft!“. Unter diesem Motto läutet die DKP Brandenburg eine neue Runde in der deutsch-russischen Freundschaft mit ihrem Sommerfest am 14. August in Strausberg ein. Ein freundliches, aber auch eindeutiges „Druschba!“ sehen die Brandenburger Kommunisten im Bundestagswahlkampf nicht nur als richtige Antwort auf Annalena Baerbock, die grüne Bundeskanzlerkandidatin und Spitzenkandidatin in Brandenburg, mit ihrer aggressiven NATO-Propaganda gegen Russland und China. Das Sommerfest der DKP soll gleichzeitig auch ein Zeichen der Solidarität und des gemeinsamen Beisammenseins sein nach über einem Jahr anhaltender Vereinsamung und Isolierung.

Um bei sommerlichen Temperaturen die deutsch-russische Freundschaft zu feiern, hat die DKP Brandenburg für alles gesorgt: Vom 12-köpfigen deutsch-russischen Chor „Iwuschka“ aus Eberswalde bis hin zu russischen Spezialitäten von herzhaft bis süß – vom Wodka bis zur russischen Antwort auf Cola: das durch Brotgärung hergestellte Getränk „Kwas“. Zur musikalischen Unterstützung reist aus Berlin Isabel Neuenfeldt an, die zeigen wird, wie DDR-Klassiker als Chansonversion am Akkordeon klingen. Als Ehrengast präsentieren die Brandenburger Genossen schließlich Herz, Rückgrat und Kopf des berühmten Oktoberklubs: Hartmut König an der Gitarre.

Als weitere Gäste werden in Strausberg Hans Bauer, Vorsitzender der Gesellschaft zur Rechtlichen und Humanitären Unterstützung e.V., und der

DKP-Parteivorsitzende Patrik Köbele erwartet. Nicht zuletzt ist am frühen Abend geplant, einen Vertreter des Sekretariats der Kommunistischen Partei der Volksrepublik Donezk per Videokonferenz live auf dem Druschba!-Fest zu den Bedingungen vor Ort zu interviewen. Bis dahin hoffen die Brandenburger Genossen, möglichst viele Lose bei ihrer Tombola verkauft zu haben. Denn der Erlös wird vollständig den Genossen in der Volksrepublik gespendet, um unter anderem die soziale Arbeit in Kinderheimen vor Ort zu unterstützen.

Das alles präsentiert die DKP in Brandenburg wie andernorts in diesem Sommer auch natürlich kostenlos beziehungsweise zu fairen Preisen für Speisen und Getränke. Das ist möglich, weil alle Genossinnen und Genossen in Brandenburg ehrenamtlich zum Gelingen des Druschba!-Festes beitragen – und weil die DKP Brandenburg auf zahlreiche Spender setzt, um das Einläuten einer neuen Runde der deutsch-russischen Freundschaft in Brandenburg zu ermöglichen.

Druschba!-Fest – Das Fest für alle Freunde des Friedens mit Russland (und allen, die es werden wollen).

Männer Grüß

Samstag, 14. August 2021
Ab 14.30 Uhr
Mehrgenerationenhaus
Strausberg | Wirtschaftsweg 70
S-Bahn-Station: Strausberg Stadt
(13 min. Fußweg)
 Für mehr Infos eine E-Mail an:
info@dkpbrandenburg.de

Dem Elend entgegentreten

Gemeinden klagen gegen strukturelle Unterfinanzierung

Kommunalpolitische Kolumne von Vincent Czesla

Den Leserinnen und Lesern dieser Zeitung muss aktuell nicht erklärt werden, dass das Bundesverfassungsgericht hin und wieder gute Entscheidungen trifft. Wir wollen dabei nicht überschwänglich werden: Den peinlich-tumben Rechtsbruch des Bundeswahlausschusses zurückzuweisen war keine besondere Leistung des Gerichtes, sondern bestenfalls eine juristische Pflichtübung. Vor allem aber war es ein politischer Sieg für die kommunistische Bewegung und die internationale Solidarität. Das kalte Parteiverbot ist abgewehrt und das bisher wichtigste Verfahren des Jahres entschieden. Blicken wir heute also auf den Prozess, der das Zeug dazu hat, zur zweitwichtigsten Entscheidung zu führen – zumindest aus kommunalpolitischer Sicht.

Wieder geht es um eine offensichtliche Fehlentwicklung. Und wieder könnte mehr öffentlicher Druck nicht schaden. Doch der Reihe nach: Die Stadt Pirmasens und der Kreis Kaiserslautern haben eine Verfassungsbeschwerde eingereicht. Es geht um die Finanzausstattung der Kommunen und die Frage, ob die geübte Praxis der strukturellen Unterfinanzierung verfassungswidrig ist. Noch steht nicht fest, ob ein Verfahren eröffnet wird. Doch vor wenigen Tagen wurde bekannt, dass das Bundesverfassungsgericht zahlreiche Stellungnahmen von Bund, Ländern und kommunalen Spitzenverbänden eingefordert hat. Dieses Anhörungsverfahren, so schreibt die Fachzeitschrift „Der Neue Kämmerer“, rückt „die Finanzproblematik vieler

Kommunen in den Fokus und hinterfragt deren Situation erstmals auf Bundesebene im Spiegel des Grundgesetzes“.

Noch spannender wird der ganze Vorgang dadurch, dass Pirmasens und Kaiserslautern einschlägige Erfahrungen auf der juristischen Bühne vorweisen können. Erst im Dezember 2020 erreichten die überschuldeten Kommunen einen großen Erfolg vor dem Landesverfassungsgericht in Rheinland-Pfalz. Der Gerichtshof in Koblenz stellte damals die Verfassungswidrigkeit des kommunalen Finanzausgleichs fest. „Der Gesetzgeber“, urteilte das Gericht, „habe eine realitätsnahe Ermittlung der Kosten sowohl der Pflichtaufgaben der Selbstverwaltung als auch der den Kommunen übertragenen staatlichen Aufgaben vorzunehmen.“ Eine „Unterschreitung der aufgabenadäquaten kommunalen Finanzausstattung“ komme nur in „außergewöhnlichen Not-situationen in Betracht“. Darüber hinaus müsse „die Wahrnehmung (jedenfalls eines Mindestbestandes) selbstgewählter Aufgaben“ gewährleistet werden. Besonders rügte das Gericht, dass die Gemeindefinanzierung nur die „Einnahmementwicklung des Landes“ fortschreibe. Dabei sollten doch die kommunalen Bedarfe und der Abbau von (Alt-)Schulden im Mittelpunkt stehen.



Diese Praxis existiert bundesweit. Kommunen bekommen Aufgaben übertragen, während ihnen die finanziellen Mittel zur Umsetzung verweigert werden. Im Ergebnis steigen die Schulden und die Infrastruktur zerfällt. Zugleich müssen Sozial-, Jugend- und Kultureinrichtungen geschlossen werden. Unter diesen Bedingungen werden die Kommunalwahlen zur Farce – denn wer das Elend verwaltet, ist nicht länger von Belang. Ohne Handlungsfreiheit gibt es keine kommunale Selbstverwaltung. Aus dem Urteil in Rheinland-Pfalz geht hervor, dass die vermeintlichen „Sachzwänge“ in Wirklichkeit politisch gewollt sind. Es wird deutlich, dass keine „Notsituation“ besteht, die es (aus bürgerlicher Sicht) rechtfertigen würde, die Kommunen am ausgestreckten Arm verhungern zu lassen. Das Bundesverfassungsgericht könnte sich dem anschließen und den bundesweiten Blick auf die Gemeindefinanzierung vom Kopf auf die Füße stellen. Dass allein daraus eine neue Politik erwachsen würde, muss man nicht glauben. Doch die gerichtliche Feststellung des verfassungswidrigen Normalzustandes könnte neue Optionen im Kampf gegen den reaktionären Staatsumbau und für demokratische Reformen eröffnen.



Fotos: Klaus Hartmann

Massaker an Kurden

In Konya erschoss ein Faschist am Abend des 30. Juli eine siebenköpfige kurdische Familie. Yasar, Baris, Serpil, Serap, Ipek, Metin und Sibel Dedeogullari wurden tags darauf beigesetzt. Die Familie war bereits am 12. Mai von 60 Faschisten in ihrer Wohnung angegriffen und schwer verletzt worden. Das Massaker ist das jüngste einer Serie an Lynchmorden türkischer Faschisten an Kurden. Am 17. Juni wurde Deniz Poyraz in einem Büro der HDP in Izmir erschossen, am 21. Juli eine kurdische Familie in Konya angegriffen. Überfälle gab es zuletzt auch in Ankara und Afyon. Mithat Sancar, Kovorsitzender der HDP, verurteilte den antikurdischen Rassismus der herrschenden Politik, der auch medial verbreitet werde.

Neue Sanktionen

Zusätzlich zu den neuen Sanktionen der US-Regierung gegen Kuba (UZ vom 30. Juli) verhängte das Finanzministerium auf Weisung von US-Präsident Joseph Biden am Freitag vergangener Woche erneut Sanktionen gegen Kuba. Sie richten sich gegen Oscar Callejas und Eddy Sierra, Leiter und stellvertretender Leiter der Nationalen Revolutionspolizei. „Die willkürlichen Maßnahmen sollen zur Desinformation und Aggression beitragen, um die unmenschliche Blockade gegen Kuba zu rechtfertigen“, so Kubas Außenminister Bruno Rodríguez. Biden drohte mit weiteren Sanktionen und empfing exilkubanische Contras und rechte US-Politiker im Weißen Haus.

Bolsonaro droht

Der faschistische Präsident Brasiliens drohte am Sonntag in einer Videobotschaft an in Brasília versammelte Anhänger, die Präsidentschaftswahl 2022 nicht durchführen zu lassen. Seit 25 Jahren wird in Brasilien digital gewählt. Jair Bolsonaro behauptet, das System sei anfällig für Wahlbetrug. Beweise dafür legt er nicht vor. Der Vorsitzende des Obersten Wahlgerichts Brasiliens, Luiz Roberto Barroso, kommentierte Äußerungen Bolsonaros: „Die Aussage: ‚Wenn ich nicht gewinne, hat es Wahlbetrug gegeben‘, ist die Argumentation einer Person, die die Demokratie nicht akzeptiert.“ Bolsonaros Angst davor, die Wahl zu verlieren, dürfte daher rühren, dass der Gewerkschafter und ehemalige Präsident Inácio Lula da Silva zur Zeit in den Umfragen führt.

Journalist verurteilt

Der Wikileaks-Unterstützer und ehemalige britische Botschafter in Usbekistan, Craig Murray, muss nach der Ablehnung seines Berufungsantrags durch den Obersten Gerichtshof Britanniens für acht Monate in Haft. Im März hatte ein Gericht entschieden, dass ein Blogbeitrag Murrays über den ehemaligen schottischen Ersten Minister Alex Salmond Details enthielt, die von Lesern zusammengesetzt die Identifikation von Frauen ermöglichten, die Anschuldigungen gegen Salmond erhoben. Diese Anschuldigungen stellten sich als Falschbehauptungen heraus, Salmond wurde freigesprochen. Zum ersten Mal seit 70 Jahren komme in Britannien ein Angeklagter wegen „medialer Missachtung“ eines Gerichts ins Gefängnis, erklärte die „Craig Murray Justice Campaign“. Murray verpasst so die erste Anhörung im Berufungsverfahren um die Auslieferung von Julian Assange an die USA am 11. August. Im bisherigen Auslieferungsverfahren war Murray einer von wenigen Journalisten, die den Prozess im Gericht verfolgen durften. Unterdessen entzog ein Verwaltungsgericht in Quito Assange die ecuadorianische Staatsbürgerschaft wegen „verwaltungsrechtlicher Fehler“. Das wie auch die Verhinderung medialer Unterstützung schwächt die Position des Wikileaks-Gründers im laufenden Auslieferungsverfahren.

Aufbruch in Frankreich

Streiks und Proteste gegen „Gesundheitspass“ und Covid-Impfpflicht



Foto: gemeinfrei

Macrons Pläne zur Bekämpfung der Pandemie treffen in Frankreich auf Widerstand.

Auch nachdem das französische Parlament Präsident Emmanuel Macron's Gesetzentwurf zur Impfpflicht für bestimmte Berufsgruppen an einigen Stellen entschärft hatte, fanden am vergangenen Sonnabend in über 150 Städten Frankreichs Massenproteste statt. Nach Angaben des In-

nenministeriums gingen 200.000 Menschen auf die Straße, eine Woche zuvor waren es offiziell allein in Paris 160.000. Das Gesetz war am 26. Juli verabschiedet worden und tritt am 9. August in Kraft. Um dies zu verhindern, hat die Opposition beantragt, dass es am 5. August dem Verfassungsrat vorgelegt wird.

Alle gegen die Einheit

Syrien soll weiter gespalten werden

Angriffe auf türkische Soldaten, Vergeltungsangriffe der türkischen Luftwaffe auf „Terrorziele“ und provokative Feuerüberfälle der türkischen Besatzung und der Dschihadisten in Idlib auf Dörfer und Stellungen der syrischen Armee im Norden von Aleppo. Und noch immer sperrt die türkische Besatzung die Wasserversorgung für die Einwohner von Hasaka – das ist der Alltag im Norden Syriens.

Im Laufe des Krieges hat die türkische Armee immer weitere Gebiete im Norden Syriens besetzt, von Idlib bis Ras al-Ayn. Es gibt unzählige Stützpunkte der US-Armee, die zunehmend ausgebaut werden – die französische Armee ist mit Sondereinheiten präsent – russische Militärpolizei, kurdische Einheiten und syrische Armee drängen sich auf engem Raum. Daran gemessen ist die Situation weitgehend ruhig.

Doch entgegen der offiziellen Behauptung arbeiten die Türkei, Frankreich und die USA an der Aufspaltung Syriens. Die Türkei verfolgt schon lange eine Politik der Annexion. Ihr Innenminister Süleyman Soyly besuchte anlässlich des Opferfestes Eid al-Adha die türkisch besetzten Städte Azaz und Afrin.

Auch Frankreich versucht mit der Ausbildung von Einheiten der Demokratischen Kräfte Syriens (SDF) eine aktivere Rolle zu spielen. Und als die syrische Armee gegen Angriffe von Dschihadisten in Daraa vorging, erfolgte sogleich eine Erklärung des französischen Außenministeriums, das sich auf die Seite der Dschihadisten schlug – ganz ähnlich zu einer Erklärung der Dschihadisten in Idlib. Schließlich hatte der französische Präsident Emmanuel Macron für den 19. Juli eine Delegation des „Syrian

Democratic Council“ (SDC) in den Élysée-Palast eingeladen. Auch dies kein Schritt hin zur „Einheit Syriens“.

Die Türkei setzt neben ihren rein militärischen Aktionen immer wieder Wasser als Waffe ein, um ihre Ziele im Norden Syriens zu erreichen. Das Allouk-Wasserwerk, das die Region Hasaka mit Wasser versorgt, befindet sich in der Nähe der Stadt Ras al-Ayn unter Kontrolle der Türkei. Immer wieder wird die Stromversorgung unterbrochen. Reparaturversuche werden vom türkischen Militär und den verbündeten Dschihadisten verhindert. Über Wochen wurden bis zu einer Million Einwohner der Region von der Wasserversorgung abgeschnitten – Trinkwasser konnte lange Zeit nur notdürftig mit Tankwagen bereitgestellt werden.

Politische Unterstützung findet die türkische Besatzungspolitik bei Vertretern der „Syrian Opposition Coalition“ (SOC), einer Organisation, die einmal Teil der sogenannten „gemäßigten Opposition“ war. Sie rufen immer wieder zu weiteren Militärinterventionen der Türkei auf.

In der Provinz Idlib nehmen die bewaffneten Provokationen durch die Dschihadisten zu. Die russische Armee zählt täglich mehr als 30 Brüche des Waffenstillstands, der 2020 vereinbart wurde. Das islamistische Milizenbündnis Hai'at Tahrir asch-Scham, das Idlib – überwiegend im Einvernehmen mit der Türkei – kontrolliert, sieht sich für einen Kampf gegen die syrische Armee gerüstet. Doch ob es hier zu weitergehenden Kämpfen kommen wird, hängt davon ab, wie sich die Beziehungen zwischen der Türkei und Russland entwickeln werden.

Manfred Ziegler

Das Gesetz beinhaltet eine Corona-Impfpflicht für Gesundheits- und Pflegekräfte, Feuerwehrleute und andere Rettungskräfte ab dem 15. September. Wer sich der Impfung verweigert, wird zwangsweise unbezahlt beurlaubt. Beschäftigte und Besucher in Restaurants, Bars, Kinos oder Museen müssen von August an den sogenannten Gesundheitspass vorlegen, der einen negativen Covid-Test, eine vollständige Impfung oder eine Covid-Genesung nachweist. Die Einhaltung der Regeln durch die Besucher soll dabei von den Beschäftigten kontrolliert werden, diese wiederum von den Betreibern der Einrichtungen. Bei dem dritten Verstoß drohen Gefängnisstrafen von bis zu einem Jahr.

Nach wochenlangen Protesten, an denen auch zahlreiche „Gelbwesten“ teilnahmen, forderte nun auch der Gewerkschaftsverband CGT die Rücknahme des „undemokratischen“ und „autoritären“ Gesetzes, das angesichts einer Korrelation von Impfstatus und Einkommen „unsozial“ sei. Die Belegschaften mehrerer Krankenhäuser, unter anderem im Department Drôme mit 200 Ärzten und 1.500 Krankenpflegern, traten in den Streik und skandierten „Liberté!“ (Freiheit). Elsa Ruillere, Vertreterin der örtlichen Gewerkschaft CGT-GHPP, sagte gegenüber „Sputnik Frankreich“: „Wir sind gegen Impfpflicht und Impfwang. Es gibt keine Wahl zwischen Tests oder Impfung: Die Impfung ist obligatorisch. Damit sind wir nicht einverstanden. Wir wollen die Wahl haben wie der Rest der Welt, und wir wollen keine Zwangsimpfung.“ Auch in Lyon kündigten Beschäftigte im Gesundheitssektor einen Streik an, geleitet von der Gewerkschaft „SUD Santé Sociaux“. Ihre Forderungen umfassen einen Verzicht auf Entlassungen ungeimpfter Kollegen, die freie Wahl

der Impfstoffe, den Schutz der medizinischen Daten der Belegschaft, die Achtung der medizinischen Schweigepflicht beziehungsweise des Patienten-geheimnisses sowie mehr Gehalt.

Die kommunistische Organisation „Pôle de Renaissance Communiste en France“ (PRCF) legte in einer ausführlichen Stellungnahme Mitte Juli ihre Ablehnung des Gesetzes dar: „... der ‚liberale‘ Macron (führt) sowohl Zwangsimpfungen für das Gesundheitspersonal als auch obligatorische individuelle Gesundheitspässe für eine endlose Reihe von Aktivitäten ein, was faktisch darauf hinausläuft, einen ganzen Teil der Bevölkerung praktisch unter Hausarrest zu stellen oder ihn sogar vom sozialen, politischen und kulturellen Leben auszuschließen! (...) Unwirksam in impftechnischer Hinsicht, sind diese Diktate der Macronie ganz dazu angetan, die betroffenen Menschen zu demütigen und ein weiteres Ausscheiden von Pflegekräften nach sich zu ziehen, und das in einer Zeit, in der die Gesellschaft sie dringend braucht! Diese von dem aufgeklärten Despoten angekündigten brutalen und diktatorischen Maßnahmen sind nicht umsetzbar ohne eine zwanghafte und pedantische Polizeikontrolle der Bevölkerung. Sie werden das demokratische Leben im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen schwer belasten und den globalen Zugriff der Staatsmacht auf die Bürger nur noch verstärken und die Gehirne dahingehend konditionieren, immer mehr staatliche Zwänge zu akzeptieren.“

Ähnlichen Versuchen, auch in der Bundesrepublik eine Covid-Impfpflicht für bestimmte Beschäftigtengruppen einzuführen, erteilte ver.di bereits im Januar eine Absage: „Die Impfung muss freiwillig sein; eine Impfpflicht für bestimmte Berufsgruppen darf es nicht geben.“

Björn Schmidt

Wasserraub

Kiew schneidet die Krim von wichtigster Ressource ab

Auf der Halbinsel Krim herrscht im Sommer 2021 akute Wasserknappheit. Eine solche Situation ist historisch nicht ungewöhnlich, weswegen in der Sowjetunion in den 1960er-Jahren der Nord-Krim-Kanal gebaut und in den 1970er-Jahren weiter ausgebaut wurde – er versorgte die Bevölkerung und die Landwirtschaft der Krim mit Wasser aus dem Fluss Dnjepr. Bis zu 85 Prozent der nötigen Menge wurden über diesen Weg bereitgestellt. Seit 2014 hat dies die ukrainische Regierung jedoch unterbunden – zunächst nur provisorisch mit mobilen Sperren, schließlich errichtete man einen Staudamm aus Beton, der den Kanal gänzlich trockenlegte. Das notwendige Wasser kann seither nicht mehr in Richtung Krim fließen.

Hintergrund dieser menschenfeindlichen Maßnahme Kiews ist der Status der Krim. Nach dem US- und EU-geförderten, nationalistisch-faschistischen Maidan-Putsch in der Ukraine entschied sich die mehrheitlich russische Krim-Bevölkerung 2014 in einem Referendum, ihre Unabhängigkeit von der Ukraine zu erklären und schließlich der Russischen Föderation beizutreten. Seither ist die Halbinsel faktisch Teil des russischen Staatsgebiets, was man in Kiew natürlich nicht anerkennt – vielmehr will man sich das Territorium wieder einverleiben.

Dass man hierbei zur Methode der Kappung der Wasserversorgung greift, erscheint mehr als fragwürdig. Die Ukraine mag sich noch so sehr in einem veritablen politischen und teilmilitärischen Konflikt mit Russland sehen, doch die Zivilbevölkerung der Krim gezielt durch Unterversorgung mit Wasser, Dürre und Ernteauffälle leiden zu lassen ist unmenschlich und sogar abwegig, wenn die Ukrai-

ne diese Bevölkerung als ihre eigene beanspruchen möchte. Die durstigen Menschen auf der Krim werden angesichts solch eines Staatsterrorismus – man muss es wohl so nennen – sich wohl kaum davon überzeugen lassen, wieder in den Schoß Kiews zurückzukehren.

Auch im Lichte internationaler Beziehungen fällt die Blockade der Wasserversorgung für die Bevölkerung der Krim eher in den Bereich eines verbrecherischen, erpresserischen und schlimmstenfalls tödlichen Vorgehens. Natürlich ist ein Wasserraub dieser Art nicht zulässig, es ist geradezu schändlich, anderen Menschen das Trinkwasser abzuzugeln. Man kann nur hoffen, dass andere Staaten nicht auf ähnliche Ideen kommen – durchaus auch im Interesse der Ukraine. Denn der Dnjepr zum Beispiel ist kein rein ukrainischer Fluss: Er entspringt in Russland und fließt durch Weißrussland, bevor er die Ukraine erreicht.

In Moskau hat man schon seit 2014 damit gerechnet, dass man in Kiew auf allerlei rabiate Blockadeideen kommen würde. Daher wurde die Fertigstellung der Brücke von Kertsch forciert, die eine direkte Verbindung von der Krim zum russischen Festland ermöglicht – und tatsächlich sind auch in diesem Sommer auf der Strecke regelmäßig Wassertankwagen unterwegs, um die Versorgung der Halbinsel zu garantieren. Daneben investiert Russland in die Anlage neuer, tiefer Brunnen; für die Zukunft sind auch Meerwasserentsalzungsanlagen geplant. Die Ukraine wäre in humanistischer und politischer Hinsicht jedoch gut beraten, die Versorgungsblockade zu beenden, egal wie sich der staatliche Status der Krim entwickelt.

Zeitung der Arbeit, Österreich

Im Provokationsfieber

Der Westen setzt die Kriegsstrategie der USA gegen China rasch um

Im April erklärte der britische Verteidigungsminister Ben Wallace im Unterhaus: „Wir gehen nicht auf die andere Seite der Welt, um zu provozieren. Wir sind zuversichtlich, aber nicht konfrontativ.“ Das war selbstverständlich gelogen. Britannien hat es übernommen, ähnlich wie gegen Russland die Speerspitze des gesteigert aggressiven Kurses der Westmächte gegen China zu spielen. In der vergangenen Woche fuhr eine britische Trägerkampfgruppe rund um die hochmoderne, 2017 in Dienst gestellte „HMS Queen Elizabeth“ zu Seemannövern in das Südchinesische Meer ein. Die deutsche Monatszeitung für den öffentlichen Dienst „Behörden Spiegel“ zitierte auf ihrer Internetseite dazu das britische Verteidigungsministerium: Es handele sich um die „größte Konzentration von See- und Luftmacht, die sich seit einer Generation vom Vereinigten Königreich aus auf den Weg gemacht“ habe. An Bord des britischen Flugzeugträgers befinden sich demnach unter anderem zehn Tarnkappen-Kampfflugzeuge vom Typ Lockheed Martin F-35B „Lightning II“ des US-Marinekorps. Auch ein US-Zerstörer und eine niederländische Fregatte zählen zur Trägerkampfgruppe. Außerdem dabei: Der britische Zerstörer „Defender“, der am 23. Juni im Schwarzen Meer vor der Krim eine Durchfahrt durch Territorialgewässer

erzwingen wollte und von russischen Streitkräften mit Warnschüssen und Bombenabwürfen vertrieben wurde.

Der Verband um „HMS Queen Elizabeth“ soll sich im Herbst wieder auf den Rückweg machen, aber: Zwei britische Kriegsschiffe werden laut „Guardian“ vom 30. Juli dann „permanent der Region zugeordnet“ bleiben.

Nichts Besonderes, militärische Spielchen einer Mächtegrößenmacht? US-Verteidigungsminister Lloyd Austin sieht das offenbar anders. Er hielt am 27. Juli in Singapur eine Grundsatzrede, in der er eine strategische „Vision für das 21. Jahrhundert“ entwickelte. Ihr Kernpunkt: „integrierte Abschreckung“. In diesem Zusammenhang nannte er die Verlegung der britischen Seekampfgruppe „historisch“. Fast zur selben Zeit, in der sich Austin in Singapur, Vietnam und auf den Philippinen aufhielt, durchfuhr der US-Lenkstoffzerstörer „USS Benfold“ die Taiwan-Straße zwischen Süd- und Ostchinesischem Meer. Es war die siebte Passage eines US-Kriegsschiffes zwischen der Volksrepublik China und Taiwan in diesem Jahr. Gleichzeitig findet in diesen Wochen eine Vielzahl US-geführter, gegen China gerichteter Kriegsmanöver im Pazifik statt.

Diese Bündelung von Brandstifteraktionen verlangte nach einer verbalen



Annegret Kramp-Karrenbauer träumt vom Krieg – auch an Bord der „Bayern“.

Zusammenfassung. Die lieferte einen Tag nach Austins Rede in Singapur US-Präsident Joseph Biden in Washington vor der „Community“ der US-Geheimdienste mit einer Weltkriegsdrohung: „Ich denke, es ist mehr als wahrscheinlich, dass, wenn wir in einem Krieg enden werden – einem echten Krieg mit einer Großmacht –, es Folge eines Cyberangriffs von großer Tragweite ist, und die Wahrscheinlichkeit nimmt exponentiell zu.“ Gesagt, getan: Nur einen Tag darauf zog der philippinische

Präsident Rodrigo Duterte nach einem nächtlichen Gespräch mit Austin seine Aufkündigung des Militärabkommens mit den USA zurück. Das sogenannte Visiting Forces Agreement (VFA) sei wieder „in vollem Umfang in Kraft“, verkündete Austins Amtskollege Delfin Lorenzana auf einer gemeinsamen Pressekonferenz.

Vor dem Hintergrund dieser bewussten Eskalation nimmt sich die Fahrt der deutschen Fregatte „Bayern“ (Baujahr 1996) in den Indischen

und Pazifischen Ozean wie ein überflüssiges Beiwerk aus. Laut „Spiegel“ war eine deutsche Kanonenboot-Tour dorthin schon 2020 geplant, kam aber wegen Pandemie, Mangel an einsatzbereiten Kriegsschiffen, vor allem aber wegen Vorbehalten Angela Merkels nicht zustande. Sie habe für September 2020 in Leipzig einen EU-China-Gipfel geplant: „Ein deutsches Kriegsschiff, das zu diesem Zeitpunkt im Südchinesischen Meer kreuzen würde, schien ihr nicht opportun zu sein.“ Nun wird die „Bayern“, die jede Teilnahme an den britischen und US-Manövern vor China vermeiden soll, Ende Februar 2022 voraussichtlich erst nach dem Ende von Merkels Amtszeit zurückkehren. Die „Bayern“-Reise ist gewissermaßen die erste außen- und militärpolitische Aktion des deutschen Imperialismus der Nach-Merkel-Zeit. Diejenigen, die unbedingt an den Kriegsprovokationen der Verbündeten teilhaben wollen – im jetzigen Kabinett repräsentiert vor allem durch Außenminister Heiko Maas und Kriegsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer –, haben ihr Ziel erreicht. Entsprechend laut fiel der Rummel aller deutschen Kriegsmedien aus, als die „Bayern“ am Montag von Wilhelmshaven aus in See stach.

Arnold Schölzel

Aufarbeitung im Schongang

Spanisches Gesetz zur demokratischen Erinnerung ist kein großer Wurf



Foto: Foro por la memoria

„Für ein Gesetz des Andenkens, das der Straflosigkeit des Franquismus ein Ende setzt“ – Demonstration in Madrid gegen das neue Gesetz.

In Spanien hat das Mitte Juli vom Kabinett der sozialdemokratischen Regierung der PSOE und ihrem linken Koalitionsbündnis „Unidas Podemos“, zu dem auch die Kommunistische Partei Spaniens (PCE) gehört, beschlossene „Gesetz zur demokratischen Erinnerung“ für die erwartete Kontroverse gesorgt. Darin geht es um einen angemessenen Umgang mit Erbe und Auswirkungen der Franco-Diktatur. Deren Verbrechen waren nach dem Tod Francos 1975 und dem Übergang zur Demokratie de facto ungestraft geblieben.

Das neue, vom Parlament noch zu verabschiedende Vorhaben ersetzt das 2007 unter der letzten PSOE-Regierung beschlossene „Gesetz zur historischen Erinnerung“. Vielen Linken und Opfernverbänden geht das Gesetz nicht weit genug, da es die Täter juristisch verschont, weil man das Amnestiegesetz nicht außer Kraft gesetzt hat. Von rechts wird das Gesetz ebenfalls attackiert, allen voran durch die Volkspartei (PP) und die rechtsextreme VOX, die Diktaturverbrechen ohnehin meist abstreiten. Dass es überhaupt wieder eine bei Wahlen erfolgreiche Partei wie VOX in Spanien gibt, mag mit dem vorsichtigen Abrücken der PP von ihrer faschistischen Vergangenheit zusammenhängen. Einem Bodensatz von etwa 15 Prozent rechter Spanierinnen und Spanier geht das bereits zu weit. Ein Phänomen, das sich in Deutschland ähnlich mit dem Auf-

kommen der AfD im Zusammenhang mit der Öffnung der Merkel-CDU beobachten lässt.

Das Gesetz sieht nun die Illegitimität der zwischen 1939 und 1975 ergangenen Gerichtsurteile der Putschregierung vor. Auch werden die örtlichen Behörden dazu animiert, die Massen- und Sammelgräber der Opfer der Diktatur aufzufinden. Sie werden dazu aber nicht gezwungen, und Geld wird dafür auch nicht bereitgestellt. Im Gegenteil werden für Exhumierungen oft Gebühren erhoben. Manche Quellen sprechen von 140.000 Menschen, die immer noch nicht aus diesen Gräbern geborgen wurden. Der zentrale faschistische Gedenkstätte „Tal der Gefallenen“ werden 340.000 Euro jährlicher staatlicher Zuwendung entzogen, die dazugehörige Stiftung „Heilig Kreuz des Tals der Gefallenen“ von Benediktinermönchen wird aufgelöst. Diese wollen klagen, falls das Gesetz das Parlament passiert.

Im Gesetz ist von einem Doppelziel die Rede: Einerseits sollen die „demokratischen Etappen unserer Geschichte und aller Individuen und Bewegungen zur Kenntnis gebracht werden“, zum anderen soll „die Erinnerung an die Opfer von Krieg und franquistischer Diktatur über ein Kennenlernen der Wahrheit erhalten bleiben“, um eine Wiederholung „jeglicher Form von politischer Gewalt oder Totalitarismus“ zu verhindern. Wer genau

liest, erkennt also, dass Spanien sich nicht nur seine demokratische Verfassung (die in weiten Teilen sinngleich zum Grundgesetz von 1949 ist) bei Deutschland abgeschaut hat, sondern auch den Umgang mit rechter Diktatur: Gleichsetzung von faschistischen Massenverbrechen mit linken Revolutionsideen über die Verbreitung der Totalitarismuskonzepte. Es geht dann folgerichtig nicht um die Verhinderung faschistischer Erhebungen, wie sie Spanien auch nach Franco erlebt hat, sondern darum, „politische Gewalt“ zu verhindern: Und die kommt bekanntlich immer auch von links. Damit soll natürlich der Franco-Putsch relativiert werden, der in der Lesart der Rechten sowieso nur eine angemessene Reaktion auf Gewalt der Republikanhänger war. In ähnlicher Weise geht der konservative Geschichtsrevisionismus so weit, den deutschen Überfall auf die UdSSR als „Vorbeugungsmaßnahme“ darzustellen. Das hat sich dann auch in einer Resolution des EU-Parlaments niedergeschlagen, die der Sowjetunion eine Mitschuld am Zweiten Weltkrieg gibt. Von Fake News war anschließend nicht die Rede.

Im Kern ist der Widerspruch zwischen ein paar neuen, fortschrittlichen Elementen im Gesetz und der Unantastbarkeit der Täter, von denen allerdings nur noch wenige leben dürften, Ergebnis der Natur der 1978 erlassenen Verfassung. Diese stellt neben der Neuinstallation der Monarchie die „Versöhnung“ in den Vordergrund, was auf eine Ablehnung des Klassenkampfes hinausläuft – ein Vorwurf, der der heute mitregierenden PCE seit ihrem Eintreten für die 1978er Verfassung von links gern gemacht wird.

In Spanien steht eine öffnende Debatte über die Verbrechen der Diktatur während und nach dem Putsch 1936 und dem folgenden, mit deutscher und italienischer Militärhilfe letztlich erfolgreichen dreijährigen Krieg gegen die Demokratie noch aus. UN-Berichterstatte Pablo de Greiff monierte in seinem Bericht 2014, dass Spanien nie eine staatliche Politik der Wahrheitsfindung, der offiziellen Information oder Aufklärungsmechanismen gehabt habe. Das scheint sich mit dem in Rede stehenden Gesetz nicht grundsätzlich zu ändern.

Günter Pohl

Neuetikettierung

Angekündigtes Ende des US-Kampfeinsatzes im Irak

Nun also auch Joseph Biden. Nahezu jeder US-Präsident nach William Clinton hatte den Kampfeinsatz der US-Truppen in Irak für beendet erklärt – Barack Obama sogar zweimal. Ikonografisch, wenn man das in diesem Fall sagen darf, die Landung von George W. Bush auf dem Flugzeugträger „USS Abraham Lincoln“ mit der bombastischen Botschaft an die Welt „Mission accomplished“. Das war am 1. Mai 2003. Rund sechs Wochen nach dem Beginn der US-Invasion. Eigentlich hatte schon Bushs Vater, George H.W. Bush, am 6. März 1991 verkündet: „Die Aggression ist geschlagen, der Krieg ist zu Ende.“ Auch er hatte der Welt den Frieden versprochen – wenn der „Aggressor“ geschlagen sein würde.

30 Jahre später ist das Land, ist die Region vom Frieden weit entfernt. Die US-Militärmaschine hinterlässt eine breite, grauenhafte Spur der Zerstörung und des Chaos, wenn sie – wie von Biden angekündigt – tatsächlich ihre Kampfeinsätze beenden sollte. Wenn. Von einem Rückzug ist hier, anders als beim Krieg in Afghanistan, erst gar nicht die Rede.

Dass ausländische Truppen hier nicht sonderlich beliebt sind, musste schon die ehemalige Kolonialmacht Britannien erfahren, als sie 1948 ihr Vorkriegsprotectorat wiedererrichten wollte. Der Al-Wathbah-Aufstand, damals noch mit Unterstützung der Kommunistischen Partei, brachte das Vorhaben zu Fall. Nach der Ermordung des Kommandeurs der iranischen Quds-Einheiten, General Qasem Soleimani, am 2. Januar 2020 durch eine US-Drohne beschloss das irakische Parlament ganz offiziell, die US-Truppen rauszuwerfen. Selbstredend fordern auch die schiitischen Milizen wie die Mahdi-Armee oder Kataeb Hezbollah den Herauswurf der „Okkupationstruppen“ und verurteilen den „strategischen Dialog“ der Al-Kadhimi-Regierung mit der Biden-Regierung, der den Verbleib der US-Truppen im Land garantieren soll. Zehntausende Iraker demonstrierten gegen die US-Präsenz: „Get out America.“

Es geht heute im US-Krieg gegen die verschiedenen schiitischen Milizen eher um eine Art Umwidmung und „Irakisierung“. Die offizielle Darstellung spricht von einem Ausbildungs- und Trainingsauftrag, dem sich die

2.500 US-Boys and Girls demnächst widmen sollen. Nebenbei lässt sich vom Al-Asad-Stützpunkt der „Iran beobachten“, wie Donald Trump es ausdrückte. Einbezogen in diese „Ausbildungsmission“ sollen auch britische und türkische Einheiten werden. Von einer NATO-Komponente ist die Rede. Nicht berührt sind – wie in Afghanistan – die Einsätze der US-Söldnerarmeen vom Schlage Academi (ehemals Blackwater) sowie die US-Kampfdrohnen und US-Kampfflugzeuge. Menschen, vorrangig unbewaffnete Zivilisten, in allen Winkeln des Globus zusammenschießen und in Stücke bomben zu können, gehört gewissermaßen zu den unveräußerlichen Vorrechten der Menschenrechts- und Freiheitskämpfer in Washington. Die Generalemächtigung heißt in diesen Fällen natürlich: Kampf gegen IS und Al-Qaida.

Das US-Central Command (USCENTCOM) bezifferte im Jahr 2020 die Zahl der Söldner, „Contractors“ genannt, in seinem Kommandobereich mit 43.809. Davon seien 27.388 in Afghanistan, Irak und Syrien stationiert. Die Einsätze dieser Söldner, ihre Toten wie auch ihre Kriegsverbrechen, kommen – wie auch die der Drohnenkommandos – in der Öffentlichkeit praktisch nicht vor. Academi-Chef Erik Prince hatte bekanntlich 2018 Donald Trump vorgeschlagen, für 5 Milliarden US-Dollar den Afghanistan-Krieg komplett zu übernehmen. Diese Privatisierung sollte den „Fußabdruck“ des US-Militärs in der Region deutlich reduzieren.

Die nunmehr 30-jährige US-de-facto-Besatzung des Irak kann nicht ohne die US-Präsenz in den anderen Staaten der Region gesehen werden. Nach der Zerstörung der Sowjetunion sahen die US-Geostrategen die Chance, die Region des „Greater Middle East“ im Sinne einer dauerhaften US-Kontrolle neu zu „ordnen“. Dieses neokonservative Konzept der „kreativen Zerstörung“ ist gescheitert. Die Zerstörung ist gelungen, von einem kreativen Aufbau, von „Nationbuilding“ ist nichts zu sehen. Der stabilisierende Einfluss Russlands und Chinas ist dagegen deutlich gewachsen. „Greater Middle East“ befindet sich im Zustand der Abwicklung. Einer Abwicklung mit all den Widersprüchlichkeiten eines imperialen Rückzugsgefechts.

Klaus Wagener

Ehrung eines Friedenskämpfers

Willi Hoffmeister mit Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet



Der Antifaschist Willi Hoffmeister demonstriert für ein nazifreies Dortmund.

Am vergangenen Freitag hat Willi Hoffmeister, „Urgestein“ der Friedensbewegung, Ostermarschierer der ersten Stunde, Gewerkschafter, Antifaschist und Kommunist, das Bundesverdienstkreuz am Bande verliehen bekommen. Übergeben wurde die Auszeichnung von Dortmunds Erstem Bürgermeister Norbert Schilff (SPD), im Krankenhaus, wo Willi Hoffmeister zur Zeit behandelt werden muss. Jutta Reiter, Vorsitzende des DGB Dortmund Hellweg, überbrachte die Gratulation der Gewerkschaft.

Mit Willi Hoffmeister, dessen Name untrennbar mit der Friedensbewegung verbunden ist, ist ein überzeugter Gewerkschafter und Internationalist für seine politische Arbeit geehrt worden. Sein Leben ist geprägt durch den Zweiten Weltkrieg und die Nazibarbarei. 1933 in Oberbauerschaft im Landkreis Lübbecke in Nordrhein-Westfalen geboren, verbrachte Hoffmeister die ersten zwölf Jahre seines Lebens im Faschismus. Sein Lehrer war ein „absoluter Nazi“, wie sich Hoffmeister im vergangenen Jahr in einem Interview mit der Tageszeitung „junge Welt“ erinnerte. Neben Schlägen sei seine „Qualität“ das Auswendiglernenlassen von Sprüchen „seines Führers“ gewesen.

Willi, der Antifaschist

Den „ersten richtigen Schock durch den Wahnsinn des Krieges“ habe er als Schüler bei einer Fahrt durch das bombardierte Bielefeld bekommen. „Die Mär vom bolschewistischen Untermenschen wurde für mich ungläubwürdig mit dem Kennenlernen eines sowjetischen Kriegsgefangenen, der auf einem Bauernhof in der Nachbarschaft arbeiten musste und uns Kindern aus Weidenstöcken Flöten bastelte“, berichtete Hoffmeister.

Es waren seine Eltern, die dafür Sorge trugen, dass die Nazi-Propaganda bei ihm keine Chance hatte. „Das Vertrauen meiner Eltern in meine Ver-

schwiegenheit und die meines zwei Jahre jüngeren Bruders war so groß, dass wir oftmals des Nachts am ‚Volksempfänger‘ die Nachrichten von Radio London mithören durften. Besonders meine Mutter war für ihre Einstellung in der Nachbarschaft bekannt. Sie litt sehr darunter, dass ihr Bruder Franz seit 1934 als Kommunist im KZ eingekerkert war. Sie wunderte sich später darüber, dass die Nazis sie nicht geholt hatten“, so Hoffmeister. Als sein Onkel Franz ihm nach elf Jahren im KZ ans Herz gelegt habe, alles zu tun, dass es nie wieder zu derlei faschistischen Verbrechen käme, wurde „Nie wieder Krieg! Nie wieder Faschismus!“ zu seinem Leitmotiv.

Willi, der Friedenskämpfer

Es ist nahezu unmöglich, die politischen Aktivitäten Hoffmeisters vollumfänglich darzustellen. Eine seiner ersten war in den 1950er Jahren die Teilnahme am „Deutschlandtreffen der Jugend“, als gesamtdeutsches Treffen organisiert von der Freien Deutschen Jugend (FDJ) der DDR. „Allen westdeutschen Jugendlichen sollte eine Teilnahme verweigert werden. Um nach Berlin zu kommen, war von Westdeutschland aus die Einreise nur bei Nacht und Nebel über die grüne Grenze möglich. 30.000 haben es auf allen möglichen und unmöglichen Wegen letztendlich geschafft, nach Berlin zu gelangen. Mit insgesamt rund 700.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern erlebten auch wir vom 27. bis 30. Mai 1950 ereignisreiche Tage unter Gleichgesinnten“, berichtete Willi Hoffmeister.

Vom antikommunistischen Verfolgungsfuror der damaligen Zeit ließ er sich nicht beirren. „Wer Angst zeigt, hat schon verloren“, habe sein Vater ihm mit auf den Weg gegeben. „Das Verbot unserer Jugendorganisation, der FDJ, 1951 durch die Adenauer-Regierung weckte nicht nur in unserer Gruppe den Vorsatz: Jetzt erst recht!“ Trotzdem sei das politische Auftreten „unserer Jugendorganisation“ mit dem Verbot erschwert worden. Da er

nicht unorganisiert bleiben wollte, war ab 1954 die Kommunistische Partei Deutschlands, KPD, seine politische Heimat.

Willi, der Höschianer

Ab 1952 lebte Willi in Dortmund, der Stadt, der er bis heute treu blieb, und arbeitete als Stahlarbeiter bei den Hoesch-Werken. Nach einigen Gelegenheitsarbeiten – an Schreibern war damals kein Bedarf – und nach zwei Jahren harter Arbeit am Dortmunder Stadthafen bekam er 1954 einen Job in den Hoesch-Hüttenwerken auf der Westfalahütte als Stahlarbeiter, er-

innert er sich. Diesen Arbeitsplatz im Stahlwerk habe er erst 1978 nach seiner Wahl in den Betriebsrat eingetauscht, wo er dann freigestellt für die Vertretung des gesamten Sozialbereiches zuständig war.

Viele Kollegen auf der Westfalahütte, erinnert sich Willi Hoffmeister, „hatten die Nazijahre erlebt, Faschismus und Krieg überstanden und – im Gegensatz zu vielen anderen Bereichen – diese Zeit nicht einfach abgeschüttelt“. Das „Nie wieder!“ sei dort „hautnah und lebendig“ gewesen. „Allerdings mussten sie jetzt Adenauers Remilitarisierungspläne, die Rückkehr der alten Kanonenkönige sowie alter Nazis in Verwaltung und Regierung erleben. Dies hätten die Hoesch-Belegschaften mehrheitlich nie akzeptiert“. Mit einer Kampagne für ein soziales Betriebsgeschehen wurde ein Zeichen gesetzt. „Der sogenannte demokratische Sektor endete danach hier nie am Werkstor. Solche Erfolge zu erzielen war vor allem der Kampfbereitschaft der zu 100 Prozent in der IG Metall organisierten Belegschaft zu verdanken“, erinnert er sich.

Es war vor allem Adenauers Drang, Atomwaffen zu besitzen, der Hoffmeister im wahrsten Sinne des Wortes „in Bewegung“ hielt. „Die 1960 gestartete Ostermarschbewegung war eine großartige Möglichkeit für ein einheitliches Auftreten der Friedensbewegung an einem Wochenende. 1961 fand der erste Ostermarsch Ruhr von Duisburg nach Dortmund statt, quer durch das Ruhrgebiet. Ich bin ihm bis heute treu geblieben. Die ersten zehn Jahre als Mitdemonstrant. Ab 1971 als Mitvorbereiter und in den letzten Jahrzehnten als einer der Organisatoren des heutigen Ostermarschs Rhein-Ruhr“, so Hoffmeister, dem das Thema Frieden – vor allem mit Russland – noch immer die Herzensangelegenheit ist.

Willi, der Freund und Genosse

Viele gratulierten Willi Hoffmeister in den vergangenen Tagen zur Verleihung des Bundesverdienstkreuzes – verbunden mit Wünschen für bessere Gesundheit. „Selten hat jemand einen Orden so verdient, wie der Friedenskämpfer, Gewerkschafter und Kommunist Willi Hoffmeister. Ohne ihn sind die Ostermärsche im Rhein-Ruhrgebiet undenkbar. Er steht aber auch wie kein anderer für die Zusammenführung von Arbeiter- und Friedensbewegung, die den Friedenskampf in den 80er Jahren des letzten Jahrhunderts so mächtig gemacht hat, dass die Regierenden und die Herrschenden sie fürchten mussten. Es steht zu hoffen,

dass sich diejenigen, die Willi jetzt mit dem Bundesverdienstkreuz ehrt, daran erinnern mussten“, erklärte der DKP-Vorsitzende Patrik Köbele.

Lühr Henken, Sprecher des „Bundesausschuss Friedensratschlag“, schrieb: „Mit Willi Hoffmeister wurde ein engagierter Friedenskämpfer und Antifaschist mit dem Bundesverdienstkreuz geehrt. Willi ist ein Ostermarschierer der ersten Stunde. Er hat sein ganzes Leben lang für Frieden, Abrüstung und für soziale Gerechtigkeit sowie gegen alte und neue Nazis gekämpft und ist trotz vieler politischer Rückschritte nie verbittert oder zynisch geworden. Wir als Bundesausschuss Friedensratschlag sind stolz, Willi Hoffmeister in unseren Reihen zu haben und wünschen ihm eine schnelle Genesung.“

Auch Silvia Rölle, Landessprecherin der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA), in der Will Hoffmeister sich ebenfalls engagiert, reihte sich in den Kreis der Gratulanten ein. „Willi hat Vorbildcharakter. Sein lebenslanges und beharrliches Engagement für Frieden, Antifaschismus und soziale Gerechtigkeit sind zutiefst beeindruckend“, sagte sie auf UZ-Anfrage. Zugleich lobte sie Willis verständnisvolle, uneitle Art. „Willi will zusammenführen, nicht spalten und hat immer ein offenes Ohr für die Anliegen seiner Mitstreiterinnen, Mitstreiter und Bündnispartner.“

Glückwünsche kamen auch von weiteren seiner Weggefährten wie Willis langjährigem Freund und Mitstreiter beim Ostermarsch Rhein-Ruhr, dem Landesgeschäftsführer der DFG-VK, Felix Oekentorp. In verschiedenen antifaschistischen Gruppen wie der „Interventionistischen Linken



Der Friedenskämpfer Willi Hoffmeister bei einem Ostermarsch.

Düsseldorf – See Red!“ oder dem „Duisburger Netzwerk gegen Rechts“ ist Willi Hoffmeister ein angesehener Mitstreiter. So würdigte Mischa Aschmoneit ihn als „vertrauensvollen Bündnispartner“ mit dem man über Jahre hinweg gemeinsam gegen die Dortmunder Naziszene demonstriert habe und der weit über die Grenzen der traditionellen Friedensbewegung bekannt sei und geschätzt werde.

Wer Willi persönlich kennt, weiß, dass dies zutreffend ist. Allen politischen Rückschlägen zum Trotz ist er sich Zeit seines Lebens treu geblieben. Oder um es mit Bertolt Brecht zu sagen: „Die Schwachen kämpfen nicht. Die Stärkeren kämpfen vielleicht eine Stunde lang. Die noch stärker sind, kämpfen viele Jahre. Aber die Stärksten kämpfen ihr Leben lang. Diese sind unentbehrlich.“

Herzlichen Glückwunsch, lieber Willi, zu deiner Ehrung mit dem Bundesverdienstkreuz und vor allem eine wesentlich bessere Gesundheit, wünschen dir auch der Autor und die UZ-Redaktion.

Markus Bernhardt



Der Betriebsrat Willi Hoffmeister protestierte 1978 mit Kolleginnen und Kollegen gegen Aussperrung.

An den Anfang möchte ich den Dank stellen für die Solidarität, die die DKP im Zusammenhang mit dem versuchten „Kalten Verbot“ empfangen hat. Das war sowohl national als auch international überwältigend. Immer mehr griff die Erkenntnis um sich, dass es bei diesem Angriff gegen die DKP nicht nur um die DKP ging.

Nimmt man die Angriffe auf die Rote Hilfe, auf Attac und die VVN-BdA, auf die „junge Welt“ dazu, dann zeichnet sich eine Strategie der Herrschenden ab, die versucht Organisationen und Institutionen des Antifaschismus, des Fortschritts, der Linken und des Marxismus zu schädigen und zu erledigen, indem man sie diffamiert und ihnen die finanziellen Grundlagen ihrer Aktivitäten entzieht.

Das ist die Form. Was aber das Wesen? Ich bin mir sehr sicher, dass gerade in diesen Zeiten der kapitalistischen Krise und der Pandemie kluge Köpfe der Herrschenden einkalkulieren,

Patrik Köbele zum Angriff auf die DKP

Keine Entwarnung

ren, dass ihre Strategie der Integration der Arbeiterklasse und anderer nicht-monopolistischer Schichten brüchig ist. Derzeit gelingt es noch, die Widerspruchsverarbeitung in Richtung Irrationalismus zu kanalisieren, das muss nicht so bleiben. Damit es so bleibt, müssen die organisatorischen Kerne einer fortschrittlichen oder gar marxistischen Antwort auf die Widersprüche des Monopolkapitalismus mindestens geschwächt, besser zerstört werden.

Dieser Strategie ordnen sich offensichtlich mittlerweile auch staatliche Institutionen unter, bei denen man eher bürokratisches Hin und Her denn

zielgerichteten Klassenkampf erwartet hätte, wie der Bundeswahlleiter. Auch das gehört zu dem, was wir als „reaktionären Staatsumbau“ kennzeichnen. Und es ist Bestandteil einer zunehmenden Aggressivität des Imperialismus, auch des deutschen, nach Innen und Außen.

Wie ist da die positive Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts einzuordnen? Die Justiz hat in der bürgerlichen Form des kapitalistischen Klassenstaates immer eine Art Doppelcharakter. Einerseits soll sie im Rahmen des bestehenden Macht- und Eigentumsverhältnisse Auswüchse verhindern, die die Integration der

Beherrschten beschädigen können, und andererseits soll sie die bestehenden Macht- und Eigentumsverhältnisse mit den Mitteln der Justiz verteidigen. Damit bleibt sie Klassenjustiz und ist zugleich ein Feld des Klassenkampfes. Damit kann auch bürgerliches Recht als Waffe im Klassenkampf genutzt werden – in diesem Fall ist das gelungen. Auch hier ein Dank an alle Beteiligten, insbesondere an die Anwaltskanzlei von Eberhard Schultz und Kolleginnen und Kollegen.

August Bebel sagte: „Lobt dich der Gegner, dann ist das bedenklich; schimpft er, dann bist du in der Regel auf dem richtigen Weg.“

Natürlich müssen wir daran arbeiten dem Gegner das Einfallstor verspäteter Rechenschaftsberichte zu nehmen. Das wird nicht einfach, auch weil wir den organisationspolitischen Kurs auf die Stärkung der Grundorganisationen der Partei beibehalten müssen.

Wir müssen uns aber auch im Klaren darüber sein, dass die Angriffe gegen uns, gegen alles Fortschrittliche nicht ausbleiben, ja sogar zunehmen werden. Dagegen hilft Solidarität. Dagegen hilft Stärkung. Dieser Angriff darf als Beleg dafür genommen werden, dass die Herrschenden die DKP ernst nehmen. Deswegen sollten wir die DKP mindestens genauso ernst nehmen und um die Stärkung der Partei, ihrer Zeitung und der mit uns befreundeten SDAJ kämpfen. Wir sollten das mit derselben Berechtigung tun, mit der Bertolt Brecht über den Kommunismus spricht: „Er ist vernünftig, jeder versteht ihn. Er ist keine Tollheit, sondern das Ende der Tollheit. Er ist das Einfache, das schwer zu machen ist.“



Foto: FISUTV / wikimedia / CC BY 3.0

Was passiert mit Sportlern, die sich bei Olympia daneben benehmen, abends in der Kneipe sind statt im Bett, beim Doping erwischt werden, sich weigern, an bestimmten Wettkämpfen teilzunehmen oder in der Öffentlichkeit über ihren Trainerstab und das Olympische Komitee ihres Heimatlandes herziehen? Sie werden nach Hause geschickt. Meist ganz ohne Aufsehen, so richtig interessant sind solche Nachrichten meistens nur für Fans der jeweiligen Sportart. Wer den Sportteil der Zeitung meidet, bleibt von solchen Nachrichten verschont.

Außer natürlich, die Athletin kommt aus Belarus. Dann ist es natürlich kein „Nach-Hause-Schicken“, dann ist es eine „Entführung“. Mindestens. Kristina Timanowskaja wird „in fremdem Land gejagt“ („Die Zeit“) und steht angeblich nun in Tokio unter Polizeischutz. Polen gewährte ihr bereits humanitäres Asyl. Timanowskaja hatte sich geweigert, an der 4x400-Meter-Staffel teilzunehmen, ihre Strecke seien 100 und 200 Meter. Außerdem warf sie Belarus vor, nicht für genügend Doping-Tests im Vorfeld der Spiele gesorgt zu haben. Daraufhin schickte das belarussische Komitee sie nach Hause. Am Flughafen dann der Eklat: Timanowskaja behauptet, entführt zu werden, sie sei in Belarus in Gefahr. Warum dann ihr Ehemann Belarus unbehelligt in Richtung polnisches Exil verlassen konnte (auch er erhält dort ein Visum), bleibt wohl Geheimnis. MD

Klaus Wagener zum Rückzug der US-Truppen aus dem Irak

Der Anfang vom Ende

Es ist eine Art Beisetzung auf Raten. Das ambitionierte „Greater Middle East“-Projekt der US-Neokonservativen, der Versuch, die gesamte Region von Nordafrika bis Pakistan und von Somalia bis Kasachstan unter die Kontrolle des US-Imperiums zu bringen, ist längst gestorben. Der „Global War on Terror“ (GWOT), mit dem dieses Projekt vorangetrieben werden sollte, hat in keinem der betroffenen Länder zu einer stabilen pro-amerikanischen Lage geführt. Donald Trump hatte es auf den kurzen Nenner gebracht: „Wir haben 7 Billionen US-Dollar ausgegeben und keinen Tropfen Öl gesichert.“ Er hätte hinzufügen können: „Wir haben uns stattdessen die gesamte muslimische Welt zu Feinden gemacht. Und nicht nur sie.“

Dennoch geistert dieser Untote weiterhin durch die Großregion und verhindert, so gut er kann, eine konstruktive, prosperierende und zukunftsorientierte „Nach-GWOT-Ordnung“. In der Sache ist die von Joseph Biden nun verkündete Beendigung des Kampfeinsatzes im Irak kaum mehr als eine PR-Aktion. Der innenpolitische Druck auf Biden zum Rückzug ist begrenzt. Die aggressivste Kriegspartei im US-Kongress, die Demokraten, haben in beiden Kammern die Mehrheit. Und dennoch sig-

nalisiert diese Entscheidung, ebenso wie der verkündete Rückzug aus Afghanistan, eine wichtige Wegmarke zu einer eigenständigen Entwicklung des Nahen/Mittleren Ostens. Wie die Vietnamisierung des Vietnamkriegs signalisiert auch die Irakisierung des Irakkrieges den Anfang vom Ende.

Die US-amerikanische Geostrategie hat die Region längst abgeschrieben. Eine aktive Militärpräsenz an Russlands Westgrenze, im Nahen und Mittleren Osten und in den chinesischen Grenzgewässern ist für das Imperium nicht mehr erfolgreich zu leisten. Mit den Rückzugsbewegungen kommt das gesamte US-Militärgefüge in der Region in Bewegung. Die chinesische und russische Diplomatie bemüht sich intensiv, die Chancen, die in dieser Entwicklung liegen, zu nutzen. Ein wieder souveränes Afghanistan, ein Ende des Krieges in Irak und Syrien würden immense Möglichkeiten für eine kooperative, friedliche Entwicklung bedeuten. Nach mehr als einem Jahrhundert westlicher Vorkriegsherrschaft, Krieg, Zerstörung und einseitiger Entwicklung könnte eine Renaissance eines souveränen, prosperierenden Orients an den Knotenpunkten einer wieder belebten Seidenstraße als Vision neu entstehen.

Afrikas drittgrößtes Erdgasfeld

In Mosambik werden ausnahmsweise nicht deutsche, sondern französische Interessen verteidigt • Kolumne von Jörg Kronauer

Was ist los, wenn die deutschen Leitmedien einen neuen Militäreinsatz der EU nicht loben und preisen, sondern ihn kritisch betrachten, ja sogar gute Argumente gegen ihn vorbringen? Nun, ganz einfach: Dann geht es um eine Intervention, die einmal nicht den Interessen von Deutschlands herrschender Klasse entspricht, ihnen vielleicht sogar zuwiderläuft. Genau dies ist bei dem neuen EU-Einsatz in Mosambik der Fall, den die Union am 12. Juli beschlossen hat. Bei ihm handelt es sich um einen sogenannten Ausbildungseinsatz, ähnlich wie in Mali. Im Rahmen von EUTM Mozambique sollen bis zu 300 Militärs aus der EU Soldaten der mosambikanischen Streitkräfte trainieren, und zwar zunächst einmal für zwei Jahre. Die Führung übernimmt Portugal. Truppen stellen daneben vor allem Frankreich und Italien. Die Bundeswehr hält sich fern.

Anlass für den Einsatz ist ein blutiger Aufstand in Cabo Delgado, Mosambiks nordöstlichster Provinz an der Grenze zu Tansania. Die Provinz ist von der Regierung in Maputo, mehr als 2.000 Kilometer südlich unweit der Grenze zu Südafrika gelegen, lange sträflich vernachlässigt worden. Sie ist eine der ärmsten Regionen des ohnehin schwer darbedenden Landes. Eigentlich hätte sie durchaus Chan-

cen, ökonomisch Fortschritte zu erzielen: Im vergangenen Jahrzehnt sind im Landesinneren Rubin-Minen, vor der Küste wiederum satte Erdgaslagerstätten entdeckt worden. Mit beidem lässt sich viel Geld verdienen. Nur: Von dem Reichtum kommt kaum etwas bei der Bevölkerung an. Während auswärtige Konzerne sich in Deals mit Maputo den profitablen Zugriff auf die Rohstoffe gesichert haben – Gemfields (Großbritannien) auf die Rubine, Total (Frankreich), Eni (Italien) und CNPC (China) auf das Gas –, wurden hunderte Familien zwangsweise umgesiedelt, weil sie den Förderprojekten an der einen oder anderen Stelle im Weg waren.

Der Unmut ist breit. Gezündet hat er jedoch vor allem bei Teilen der

Leben gekostet; fast 800.000, knapp ein Drittel der Einwohner, sind vertrieben worden. Für die EU ausschlaggebend war allerdings, dass Ansar al Sunna am 24. März 2021 die Küstenstadt Palma überfiel, das Tor zu dem drittgrößten Erdgasfeld Afrikas, das Total ausbeuten will. Das Investitionsvolumen beläuft sich auf 17 Milliarden Euro.

Total sah sich nach dem Überfall gezwungen, die Förderaktivitäten einzustellen. Das aber hat die französische Regierung veranlasst, den Druck bezüglich militärischer Schritte in Mosambik zu erhöhen. Portugal war wegen seiner Sonderinteressen als ehemalige Kolonialmacht ohnehin daran interessiert – Deutschland jedoch nicht. Schließlich mischt Wintershall bei der Erdgasförderung in Mosambik nicht mit. Berlin kann dem Einsatz auch deshalb nichts abgewinnen, weil die Soldaten aus der EU, die dort intervenieren, anderswo fehlen, wo deutsche Interessen betroffen sind. Und so zitiert nicht nur die „Tagesschau“, sondern sogar „Die Welt“ zwei Vertreterinnen von „Brot für die Welt“, die warnen, eine militärische Intervention werde „die Probleme nicht lösen“ und die Lage der Bevölkerung „noch weiter verschlechtern“. Damit haben sie vollkommen Recht. Nur: Weder in der „Tagesschau“ noch bei Springer kommen sie, wenn es um Einsätze im Interesse der herrschenden Klasse Deutschlands geht, mit ihrer zutreffenden Kritik zu Wort. Kritisiert werden dort ausschließlich Einsätze, die Berlin nicht wünscht.



Muslime, die gut die Hälfte der Bevölkerung von Cabo Delgado ausmachen. Jahrelang hatten kenianische Dschihadisten sich bemüht, an der Küste hinunter bis nach Mosambik hinein zu agitieren. Ihr Bestreben hatte letzten Endes Erfolg: Nach zunehmenden Übergriffen junger mosambikanischer Dschihadisten startete am 5. Oktober 2017 eine Organisation, die zumeist Ansar al Sunna, zuweilen aber auch Al Shabab genannt wird, mit einem Überfall auf die Küstenstadt Mocimboa da Praia den bewaffneten Aufstand. Dieser hat inzwischen rund 3.000 Menschen das

Werner Sarbok zur Entsendung der „Bayern“

Ordnung des Kapitals

Kaiser Wilhelm II. verabschiedete am 27. Juli 1900 in Bremerhaven das deutsche Ostasiatische Expeditionskorps zur Niederschlagung des Boxeraufstandes im Kaiserreich China mit seiner berüchtigten „Hunnenrede“. Im Boxeraufstand wehrten sich Chinesen gegen ihre Ausplünderung durch den internationalen Imperialismus.

Reichskanzler Graf von Bülow formulierte in der Reichstagsdebatte zur Militäraktion, „dass China Zeit erhalte, sich in die neue Ordnung der Dinge, in die allmähliche und friedliche Aufnahme der europäischen Kultur, hineinzuleben und dass wir Zeit erhalten, unsere Position in China auszubauen, zu entwickeln und zu kräftigen.“

An diese Traditionen knüpfte Anegret Kramp-Karrenbauer 121 Jahre später nahtlos an, als sie die Fregatte „Bayern“ in Richtung Indopazifik verabschiedete: „Es ist gut, über unsere Werte zu reden, noch besser ist es, konkret etwas dafür zu tun. Heute läuft die Fregate aus – ein Zeichen für Stabilität, Wohlstand und eine regelbasierte, multilaterale Ordnung. Wir wollen, dass bestehendes Recht respektiert wird, Seewege uneingeschränkt befahrbar sind, offene Gesellschaften geschützt werden und dass Handel zu fairen Regeln

erfolgt.“ Das Nahtlose ergibt sich daraus, dass die Interessen der imperialistischen Staaten gleich geblieben sind.

Lenin verwies darauf, dass die Kapitalisten die Welt nicht etwa aus besonderer Bosheit unter sich aufteilen, sondern weil die erreichte Stufe der Konzentration sie zwingt, diesen Weg zu beschreiten, um Profite zu erzielen. Das könne friedlich oder auch militärisch erfolgen.

Der Charakter des Imperialismus ist gleich geblieben. Seine zur Schau getragene Aggressivität ist nach den Erfahrungen der Menschen im 1. und 2. Weltkrieg nicht mehr mehrheitsfähig, darum bedarf es heute einiges Schwurbelns, um Kriege und militärische Drohgebärden in der Öffentlichkeit zu verkaufen.

Ob das erfolgreich sein kann, scheint nach der unlängst beendeten Verteidigung der deutschen Sicherheit am Hindukusch noch fraglicher. Und auch das Versprechen des chinesischen Staats- und Parteichefs Xi Jinping aus Anlass der Feierlichkeiten zum 100. Gründungstag der Kommunistischen Partei Chinas ist ein ernstes: „Das chinesische Volk wird keiner ausländischen Macht jemals erlauben, uns zu drangsalieren, zu unterdrücken oder zu versklaven.“

Tolle Technik in den falschen Händen

Quantencomputer im Dienst von Kapital und Kriegsvorbereitung • Von Stefan Kühner

„Heute starten wir die Mission Quantencomputer Made in Germany“, erklärte Anja Karliczek, Ministerin für Bildung und Forschung, kürzlich voll Stolz vor der Presse und gab zwei Milliarden Euro für die Entwicklung dieser Systeme frei. 1,1 Milliarden Euro kommen aus ihrem eigenen Ressort und 878 Millionen Euro stammen aus dem Bundeswirtschaftsministerium. Diese Steuergelder kommen obendrauf auf die Milliarden, die in den letzten Jahren von der Bundesregierung für die Unterstützung der Digitalisierung, insbesondere von Technologien wie der „Künstlichen Intelligenz“, bereitgestellt wurden.

Was soll hier gefördert werden? Quantencomputer sind eine neue Generation von Rechnern, die bisherige Hochleistungscomputer an Schnelligkeit übertreffen. Das Online-Magazin für Digitaltechnik „t3n“ berichtete über Rechengeschwindigkeiten, die an Utopien grenzen. In der Ausgabe vom 9. Dezember 2020 hieß es: „Im Herbst des vergangenen Jahres hatte Google den Prototypen eines Quantencomputers vorgestellt. Das System Sycamore mit 53 Qubit soll eine Aufgabe in rund 200 Sekunden gelöst haben, für die einer der leistungsstärksten aktuellen Supercomputer 10.000 Jahre gebraucht hätte. Jetzt wollen chinesische Forscher einen Quantencomputer entwickelt haben, der noch einmal zehn Milliarden Mal so schnell wie Googles Sycamore sein soll.“ Was daran Marketing ist und was Realität, lässt sich derzeit nur schwer überprüfen. Tatsache ist, dass mit der Einführung der Algorithmen für „Künstliche Intelligenz“ Rechenleistungen erforderlich sind, die selbst in den riesigen Rechnerfarmen von Google, Amazon, Facebook, Apple und Microsoft in den USA oder in Hattersheim bei Frankfurt, wo der weltweit viertgrößte dieser Rechner steht, nicht mehr bereitgestellt werden können.

Wer braucht Quantencomputer?

Doch wer braucht dermaßen leistungsfähige Computer? Die Frage ist schnell beantwortet: zunächst einmal das Kapital. An erster Stelle steht das Finanzkapital, um seine Aktivitäten wie Cum-Ex, Sekundenhandel, Optionsgeschäfte und Wetten beziehungsweise Spekulationen auf das Scheitern von Unternehmen und Staaten noch effizienter betreiben zu können. Ebenso notwendig sind die Supercomputer für die IT-Monopole, um ihre riesigen Datenmengen auszuwerten und die Werbe- und Konsumkampagnen noch zielgenauer auszurichten. Die als Realwirtschaft bezeichnete deutsche Vorzeigewirtschaft im Maschinen- und Anlagenbau sowie die Automobilindustrie lechzen ebenfalls nach solchen superschnellen Rechnern. Wer automatisches Fahren als „die Zukunft der individuellen Mobilität“ verwirklichen will, braucht riesige Rechenleistungen über das Internet für die Steuerung der Ströme der

Autos. Um diese Fahrzeuge zu steuern, sind unter anderem superschnelle Sensoren erforderlich. Zu den Firmen, die besonders auf die Quantentechnologie setzen, gehört zum Beispiel das in Waldkirch ansässige mittelständische Unternehmen Sick, das zusammen mit einer Tochter des weltbekannten Maschinenbauers Trumpf aus Ditzingen einen Quantenoptik-Sensor für die deutsche Industrie entwickeln will.

Die militärische Bedeutung des Quantencomputers

Untrennbar verbunden mit der Ausrüstung ist die Digitalisierung der Kriegführung, insbesondere in den USA und der EU. Alles, was im zivilen Bereich erforscht wird, wird auch militärisch genutzt. Das wird in aller Öffentlichkeit zugegeben. Im Abschlussbericht der Enquetekommission des Bundestags über „Künstliche Intelligenz und Ethik“ vom Dezember 2020 findet sich folgende Feststellung: Bei der militärisch nutzbaren Forschung habe „sich ein Paradigmenwechsel ergeben in der Hinsicht, dass lange Zeit das Militär technologische Entwicklungen im Bereich KI mit eigenen Mitteln und Einrichtungen angestoßen hat. Wegen der Technologieführerschaft bei KI im zivilen Bereich ist man bei der Entwicklung autonomer Systeme aber dazu übergegangen, zivile Produkte für militärische Zwecke umzubauen, weil dies kostengünstiger und schneller ist als die Entwicklung eigener Technologien.“ Die Bundesregierung will autonome Waffensysteme. Das augenfälligste Beispiel ist das 100 Milliarden Euro teure Projekt FCAS (Future Combat Air System) – ein Kriegsflugzeug, das von einem Schwarm autonomer bewaffneter Drohnen begleitet wird. Die Drohnen koordinieren automatisch ihre Angriffe – und wenn sie einmal den „Marschbefehl“ bekommen haben, kann sie kein Mensch mehr aufhalten. Dafür ist die superschnelle IT notwendig. Das zweite große Anwendungsgebiet der Quantentechnologie widmet sich der Ver- und Entschlüsselung. Auch über diesen Aspekt künftiger Kriegführung wird durchaus öffentlich berichtet – so hieß es am 17. April 2021 im Wissensmagazin des MDR, die Quantenrechner könn-

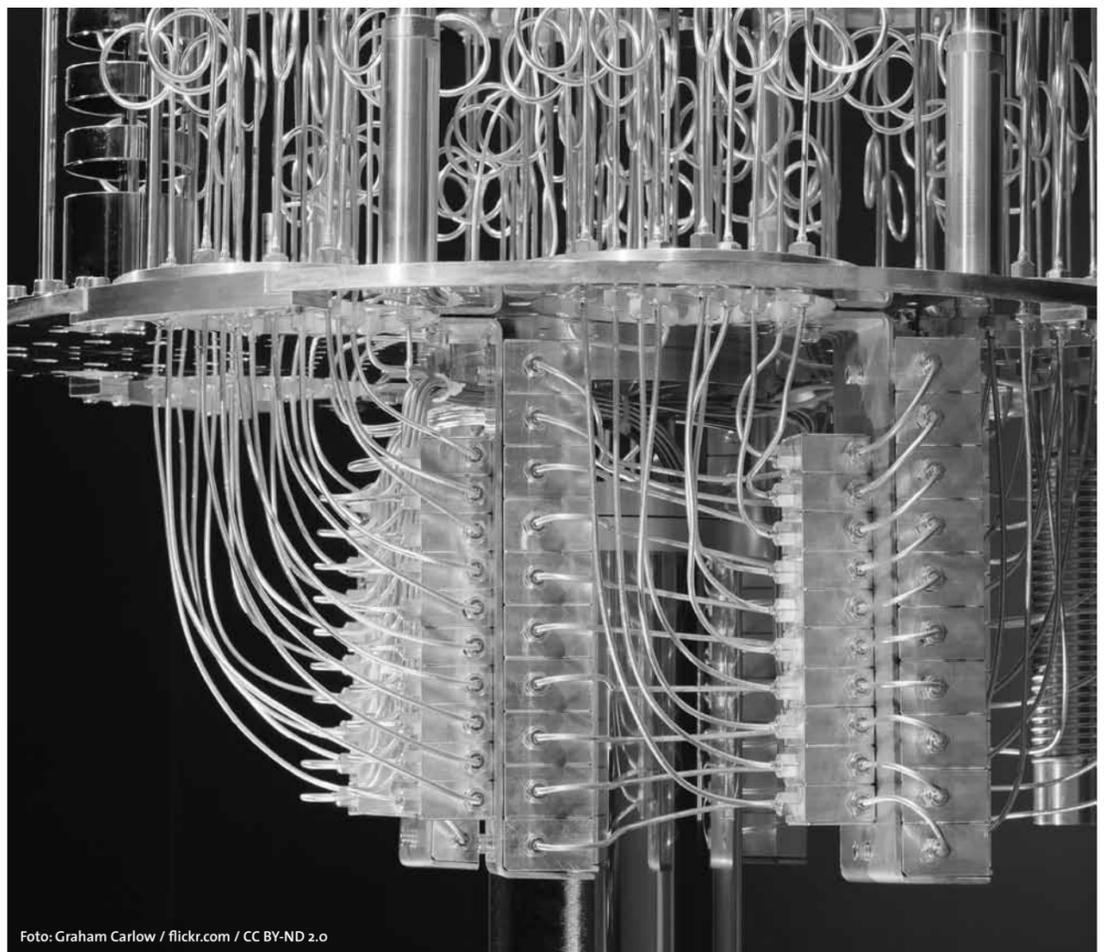


Foto: Graham Carlow / flickr.com / CC BY-ND 2.0

Requisite aus „Raumpatrouille Orion“ oder modernste Technik? Bild auf das Innere eines IBM-Quantencomputers. Zu sehen ist vor allem die Kühlung – sie ist von großer Bedeutung, da die Technik nur bei extrem niedrigen Temperaturen funktioniert.

„in der Kryptografie auch aktuelle Verschlüsselungsmethoden knacken oder neue Methoden möglich machen, was ein Grund dafür ist, warum man sich unter anderem bei Militär und Nachrichtendiensten für die Technologie interessiert.“

Warum die Bundesregierung Milliarden ausgibt

Diese Frage wird ebenfalls in aller Öffentlichkeit beantwortet. Es geht darum sicherzustellen, dass sich Deutschland „im Digitalzeitalter behaupten und in der Welt selbstbewusst für unsere Werte und Interessen eintreten kann“, wie es Michael Roth aus dem Außenministerium im Oktober 2020 in einem Artikel der „FAZ“ formulierte. Ziel und Zweck des „selbstbewussten Auftretens“ werden klar benannt: „Europa muss sich entscheiden. Aber eben nicht zwischen Amerika und China, sondern für einen eigenen, einen europäischen Weg.“ Der „Quantencomputer Made in Germany“ ist Teil des Großmachtstrebens des deutschen Im-

perialismus – wobei die Kriegsoption inbegriffen ist.

Dass Deutschland bei diesen Techniken zurückhängt, wie es von Industrieverbänden und der Mainstream-Presse kolportiert wird, trifft übrigens nicht zu: Am 15. Juni 2021 wurde, wie es in Pressemeldungen hieß, in Ehningen (Baden-Württemberg) „der bislang leistungsstärkste Quantencompu-

ter auf europäischem Boden enthüllt (...) Das von der Fraunhofer-Gesellschaft und dem US-Unternehmen IBM betriebene System ‚IBM Quantum System One‘ wurde erstmals der Öffentlichkeit vorgestellt. Bundeskanzlerin Angela Merkel bezeichnete den Quantenrechner als ‚glänzendes Aushängeschild‘ für den IT-Standort Deutschland.“

Ein bisschen Technik und Physik

Die Computer, die wir heute kennen, basieren auf der digitalen Technik des binären Bit. Es kann den Wert Null oder Eins annehmen – Zwischenwerte gibt es nicht. Wird ein Bit „gelesen“, ändert sich sein Wert nicht, und wenn ein benachbartes Bit gelesen oder geschrieben wird, ändert sich an dem Wert des Bits ebenfalls nichts. Dies macht die Stabilität und Sicherheit der Bits und Bytes aus. Ein Quantenbit oder Qubit kennt auch Werte zwischen Null und Eins. Die Änderung eines Quantenbits kann in Lichtgeschwindigkeit andere Quantenbits ebenfalls verändern. Damit werden Systeme auf Basis der Quantenbit-Technik um ein Vielfaches schneller als „klassische“ Computer. Im Hintergrund stehen Forschungsergebnisse aus der Quantenphysik. Ein Stichwort hierfür ist die sogenannte Superposition, in der sich Teilchen wie Wellen verhalten. Ein weiterer Aspekt ist die physikalische Erkenntnis, dass man Ort und Impuls eines Teilchens nicht gleichzeitig genau kennen kann (Heisenbergsche Unschärferelation).

Gewissen in Aufruhr

Wie ein Wehrmachtsoberst den Befehl verweigerte, Antifaschist wurde und in die Fänge der CIA geriet

Angesichts der Dutzendware im deutschen Fernsehen, bei der die Verblödung der Zuschauer höchste Priorität hat, lässt man die Fernbedienung lieber links liegen. Nutzen sollte man sie aber für die an dieser Stelle von der UZ empfohlenen fünf spannenden und informativen Filmabende.

Auf YouTube ist die DEFA-Serie „Gewissen in Aufruhr“ zu sehen, die für den Deutschen Fernsehfunk der Deutschen Demokratischen Republik produziert wurde. Die fünfteilige Serie wurde vor 60 Jahren vom 5. bis zum 14. September 1961 gezeigt. Sie basiert auf Rudolf Petershagens gleichnamigem Buch, in dem er seinen ungewöhnlichen Lebensweg beschreibt, der ihn unter anderem als Oberst der faschistischen Wehrmacht nach Stalingrad führte.

Was macht die Handlung der Serie so überaus fesselnd und informativ? Es war die Nacht vom 29. auf den 30. April 1945, als sich in Mecklenburg deutsche Parlamentäre auf den Weg zum Kom-

mando der Roten Armee begaben, um die kampfbare Übergabe der Universitätsstadt Greifswald anzubieten. Entgegen der Befehle Hitlers sollte damit die Stadt vor der Zerstörung gerettet und vor allem auch der Tod zehntausender Einwohner und dort weilender Flüchtlinge verhindert werden.

Eine entscheidende Rolle bei der kampflosen Übergabe spielte auf deutscher Seite Oberst Rudolf Petershagen (1901 bis 1969), der seit einiger Zeit Kampfkommandant von Greifswald war. Schon als Kämpfer vor Stalingrad hatten ihn, den Ritterkreuzträger, erste Zweifel an der Weiterführung des Krieges befallen. „Die Frage des Gehorsams quälte mich seit langem“, blickte Petershagen später in seinen Erinnerungen zurück. „Mir war klar: Gehorsam ist in jeder Armee nötig. Aber irgendwann und irgendwo gibt es Grenzen: Der Soldat ist nach dem Militärstrafgesetzbuch nicht verpflichtet, einen Befehl auszuführen, der ein Verbrechen von

ihm verlangt. Was ist aber ein Verbrechen? Wenn nun gar das Ganze, der Krieg Hitlers, ein Verbrechen ist? Was dann? Darf man ihn bei klarer Erkenntnis seines verbrecherischen Charakters noch weiter mitmachen?“ Mit diesen Überlegungen sei sein Gewissen in Aufruhr geraten, berichtete der Oberst. Petershagens Zweifel nahmen zu. Und so wurde mithilfe einiger ziviler Verantwortlicher aus Stadt und Universität und vor allem auch durch die Bedachtsamkeit der Roten Armee Greifswald von der Zerstörung verschont.

Petershagens antifaschistische Überzeugung festigte sich in der folgenden sowjetischen Kriegsgefangenschaft. Nach seiner Rückkehr nach Greifswald im Jahre 1948 nutzte er seine Kontakte zu alten Kameraden, die in den Westzonen weilten, um diese für den Kampf um die Einheit Deutschlands und gegen die Wiederaufrüstung zu gewinnen. Bei einem privaten Besuch in München geriet

Petershagen jedoch in die Fänge des amerikanischen Geheimdienstes, wurde vor ein amerikanisches Militärgericht gestellt und unter fadenscheinigen Gründen zu zweimal sechs Jahren Zuchthaus verurteilt. Hier erlebte er die bevorzugte Behandlung deutscher Kriegsverbrecher, die nach und nach in das Leben in der Bundesrepublik integriert wurden. Hätte er sich losgesagt von der Deutschen Demokratischen Republik, hätten die Amerikaner ihm und seiner Frau Angelika im Westen eine Villa eingerichtet und für ihren Lebensunterhalt gesorgt. Petershagen blieb standhaft und wurde nach drei Jahren Haft freigelassen im Austausch gegen einen Häftling der DDR.

„Buch und Film fanden im In- und Ausland ein begeistertes Echo“, berichtete später Angelika Petershagen in einer eigenen Autobiografie. „Einige ehemalige Standesgenossen in der Bundesrepublik fühlten sich bis ins Mark getroffen durch die bitteren

Wahrheiten, die enthüllt wurden. Ihre wütenden Angriffe blieben jedoch wirkungslos, da das Buch Tatsachen schilderte und sie keine einzige Lüge nachweisen konnten.“

Zu der großen Wirkung des Buches habe der gleichnamige Fernsehfilm beigetragen, teilt die „Geschichte der deutschen Literatur“ mit. Allerdings erforderte das Medium Film gegenüber dem Roman eine andere Konzeption. „Das Szenarium hatte unter Mitarbeit Petershagens Hans Oliva-Hagen geschrieben“, heißt es weiter. „Leichte Änderungen im Figurenensemble, Ausweitung wichtiger Begebenheiten, organisches Einfügen dokumentarischer Filmstreifen sowie Objektivierung des zentralen Helden bündeln die Aussagen.“

Und zum Schluss noch ein Hinweis für alle UZ-Leser: In der Rolle des Oberst Petershagen, der im Film Ebershagen heißt, ist der legendäre Erwin Geschonneck zu bewundern.

Paul Sielaff

Für eine Kulturpolitik im Interesse der arbeitenden Menschen

Kulturkommission der DKP legt Grundlegendokument vor

Im Wahlprogramm der DKP zur anstehenden Bundestagswahl findet sich auch ein Abschnitt zu „Kunst und Kultur“ und den Forderungen der Partei zur Kulturpolitik aus kommunistischer Sicht. Die vor knapp zwei Jahren neu berufene Kulturkommission des PV der DKP begrüßt die Aufnahme dieses Abschnitts in das Wahlprogramm und hat sich auf ihren letzten Beratungen intensiv damit beschäftigt. In der Kommission sind Genossinnen und Genossen aktiv, die in verschiedenen Bereichen der Kulturwirtschaft tätig sind. Ein Ergebnis dieser Beratungen ist der im Folgenden abgedruckte Text, der den kurzen Abschnitt im Wahlprogramm konkretisiert und erweitert, damit die Leserinnen und Leser der UZ und besonders die Mitglieder der Partei in ihrem Wahlkampf und darüber hinaus ein – so hoffen wir – handfestes Material in den kulturpolitischen Auseinandersetzungen in Händen halten.

Für alle wurde seit Ausbruch der Pandemie und den restriktiven Maßnahmen der Herrschenden deutlich, welchen Stellenwert sie Kunst und Kultur einräumen: nämlich überhaupt keinen! Die Regierenden waren und sind weiterhin der Meinung, auf „Kultur kann vorübergehend verzichtet werden“. Das kulturelle Leben im Lande wurde rigoros auf Eis gelegt, Jugend-, Bürger- und Vereinshäuser, die öffentlichen Bibliotheken, Kinos, Theater, Museen, Konzerthäuser und Kleinkunsthäuser wurden geschlossen. Die wenigen großen „Leuchttürme“ der Kulturszene versuchten, mit Online-Formaten zumindest Lebenszeichen von sich zu geben, ausübende Künstlerinnen und Künstler, die eine Bühne brauchen, die Ausstellungsräume brauchen, die ihr Lesepublikum brauchen, wurden kaltgestellt. Die erst mit reichlicher Verspätung angebotenen „Hilfen“, verbunden mit heftigem bürokratischem Aufwand, waren nicht nur unzureichend, sondern machten deutlich, dass Kunst und Kultur höchstens als schmückendes Beiwerk des gesellschaftlichen Lebens angesehen werden.

★ Wir fordern:

Eine garantierte, langfristige Unterstützung für Institutionen und Einrichtungen, die den Auftrag der kulturellen Bildung ernst nehmen, die die aktive Teilnahme und Selbstbetätigung der Menschen, besonders der arbeitenden Menschen und ihrer Kinder, fördern. Die Mittel müssen in der Höhe und in ihrem Zeitraum so ausgestaltet sein, dass nicht nur die Schäden der Rest-

riktionen aufgefangen werden können, sondern dass langfristig die Arbeit dieser Einrichtungen gesichert ist.

★ Wir fordern:

Kein Gießkannenprinzip! Es sollte endlich der Maßstab angelegt werden: Das Wie und Was jeglicher Förderung muss sich ausrichten an der Frage: Was kommt den arbeitenden Menschen und ihren Ansprüchen und Bedürfnissen an Aufklärung, an Einsicht in ihre Verhältnisse, an Möglichkeiten zur Veränderung ihrer Lebenssituation entgegen? Zumindest der Maßstab, dass nur gefördert wird im Bereich von Kunst und Kultur, was sich in Inhalt und Formen gegen rassistische, fremdenfeindliche und sexistische Bestrebungen wendet, muss von allen staatlichen und von ihnen abgeleiteten Behörden angelegt werden.

★ Wir fordern:

Die Künstlerinnen und Künstler, die als „Solo-Selbstständige“ oder mit gelegentlichen Gastspielverträgen oder ohne eigene Werkstätten ihre Arbeit herstellen und zeigen können, müssen mit staatlich garantierten Leistungen

rechnen können, die ihnen ihre Arbeit ermöglichen und sichern. Auch hier gilt: Weder Menschen, die ihre „Kunst“ oder ihre Produktionen in den Dienst ideologisch verwerflicher Vorstellungen stellen wie Ausgrenzung, wie Rassismus, wie Ablehnung divers lebender Menschen, noch die, die „Beton in die Köpfe gießen wollen“, dürfen Förderung und Hilfen erfahren.

★ Wir fordern:

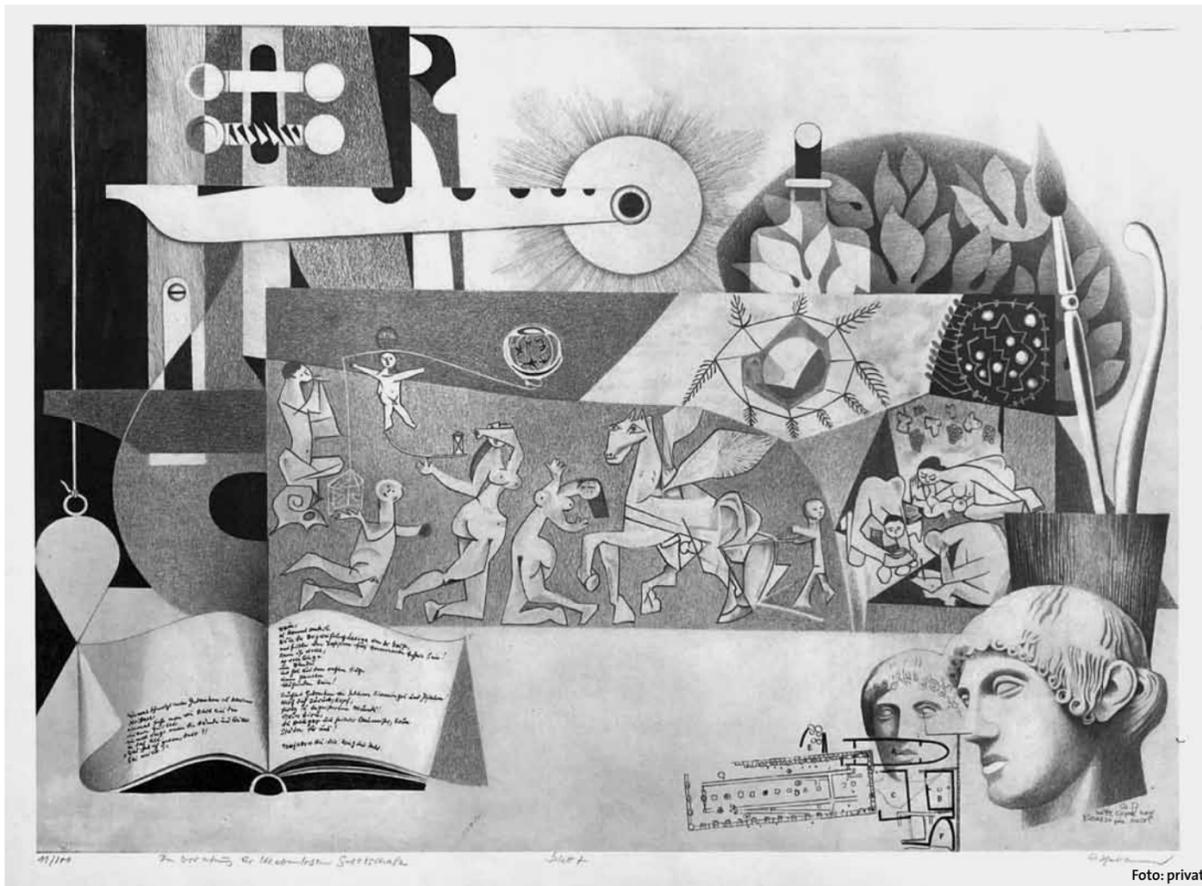
Die Vergaberichtlinien und Ausschreibungsmodalitäten müssen transparent und mit genügend Vorlauf öffentlich werden. Die Zusammensetzung von

Kuratoren, Jurys und staatlichen Entscheidungsgremien darf nicht mehr dem Proporz der herrschenden Parteien geschuldet werden, sondern die demokratische Willens- und Entscheidungsbildung durch Gewerkschaften, durch Selbstorganisationen der Kulturwirtschaft, durch sachkundige Bürgerinnen und Bürger muss gewährleistet sein.

Die DKP ist der Auffassung, dass Kunst und Kultur sowohl Mittel des Ausdrucks der dargestellten Wirklichkeit sind und gleichzeitig Ausdruck der sinnlichen Selbstkonstitution des Menschen. Deshalb sind Kunst und Kultur die einzigartige Synthese von Rationalität und

Emotion, von Gefühl und Vernunft. Unsere Auffassung ist, dass das ganze Leben der Menschen, die Totalität aller ihrer wirklichen und möglichen Zusammenhänge, Grundlage und Mittelpunkt einer den arbeitenden Menschen verpflichteten Kulturpolitik sein muss. Für diese Auffassungen und Forderungen kämpfen wir, möglichst gemeinsam mit vielen Künstlerinnen und Künstlern, mit möglichst vielen in der Kulturwirtschaft Beschäftigten, mit möglichst vielen Bürgerinnen und Bürgern in unserem Land.

Gemeinsam wollen wir die Frage stellen: „Kultur ist, wie wir leben – welches Leben wollen wir?“



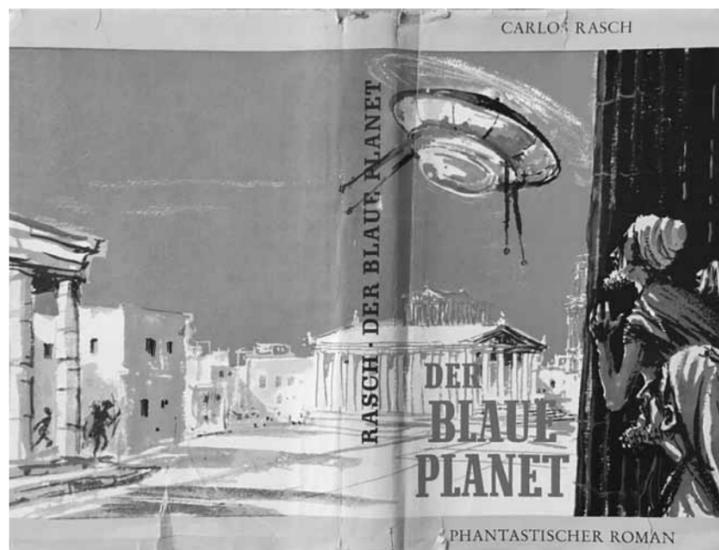
Carlo Schellemann: Die Vorahnung der klassenlosen Gesellschaft

„Interplanetarer Revolutionsexport“

Utopische Literatur in der DDR (3)

In den 60er Jahren etablierte sich die utopische Literatur in der Kulturlandschaft der DDR. Jährlich erschienen nun fünf bis sechs Bücher dieses Genres, darunter auch satirische Darstellungen (zum Beispiel Gerhard Branstners „Die Reise zum Stern der Beschwingten“, 1968, und Curt Letsches „Verleumdung eines Sterns“, 1968). Daneben wurde etwa die gleiche Zahl – vor allem aus dem Russischen – übersetzter Bücher verlegt, zudem „Klassiker“, das heißt, Erzählungen und Romane von Jules Verne und anderen. Ende der 60er Jahre erschien im Verlag Volk und Welt in der „Spektrum“-Reihe der Band „Raumschiff ahoi“ mit Erzählungen US-amerikanischer SF-Autoren, darunter Heinlein und Simak.

Viele der Bücher erschienen in den Verlagen Das Neue Berlin, Neues Leben – der mit seiner „Kompass“-Reihe (seit 1959) und der Buchreihe „Spannend erzählt“ (seit 1953) unterschiedliche Möglichkeiten bot, mit utopischen Geschichten und Romanen vor allem ein junges Publikum zu erreichen – sowie Kultur und Fortschritt. Manche Romane spielten in naher Zukunft auf der Erde. In den Weltraumabenteuern ging es nicht nur um fremde Planeten und Außerirdische, sondern zum Beispiel auch um Bewährungssituationen von irdischen Raumschiffbesatzungen in „Erdnähe“ (zum Beispiel „Asteroidejäger“ von Carlos Rasch, 1961). Mit der irdischen Vergangenheit, ge-



„Der blaue Planet“ von Carlos Rasch erschien 1963 in der Gelben Reihe des Verlags Neues Leben.

nauer: der Zeit der Sumerer, und außerirdischen Besuchern beschäftigten sich Günther Krupkat („Als die Götter starben“, 1963) und Carlos Rasch („Der blaue Planet“, 1963). 1966 erschien die Fortsetzung des Romans „Titanus“ von Eberhard del'Antonio „Die Heimkehr der Vorfahren“. Darin kehrt die Expedition zum „Titanus“ nach 300 Jahren zur Erde zurück. Die Rückkehrer treffen auf der Erde auf eine hoch entwickelte kommunistische Gesellschaft,

deren Beschreibung leider, wie Rainer Simon (Essay „Die Science-Fiction-Literatur der DDR. Ein Überblick“, 2019) richtig schreibt, jedoch an einer „für Idealgemeinschaften typischen Konfliktarmut“ leidet.

Gesellschaftlicher Optimismus prägte in jener Zeit viele SF-Erzählungen und -Bücher (auch) von DDR-Autorinnen und -Autoren: Zum einen wegen der Erfolge der sowjetischen Raumfahrt und andererseits weil vie-

le, für die es zum Sozialismus keine Alternative gab, um Frieden, soziale Sicherheit und Fortschritt für alle Menschen zu sichern, hofften, dass die sozialistischen Länder die kapitalistischen in naher Zukunft in wissenschaftlich-technischer wie ökonomischer Hinsicht überholen würden und ihr Vorbild Schule machen würde. Die Entwicklungen auf Kuba, die Befreiungsbewegungen auf dem afrikanischen Kontinent u.a. machten Mut. Optimistisch stimmte aber wohl auch, dass in der DDR in einer Reihe von Bereichen – nach der Grenzschließung am 13. August 1961 – deutliche Fortschritte erreicht wurden.

Anfang der 60er Jahre erschien von Richard Groß der Roman „Der Mann aus dem anderen Jahrtausend“ (1961), ein Jahr später Lothar Weises „Das Geheimnis des Transpluto“. Beide Romane sind von diesem Optimismus geprägt: Der Held in „Der Mann aus dem anderen Jahrtausend“ ist Sidney Ernest Mordgen, Sohn von General Mordgen, Anführer einer größeren US-amerikanischen Raumflotte, die sich 1990 zu einem Planeten im System der Sonne Epsilon-Eridanus flüchtete. Beim Start blieb eine der Hibernationskammern mit zurück. 200 Jahre später, auf der Erde hat sich inzwischen eine kommunistische Gesellschaft entwickelt, wird die Kammer entdeckt. Darin ein junger Mann im Alter von 26 Jahren, aus dem vergangenen Jahrtausend stammend.

Der muss sich nun in der neuen Welt zurechtfinden. Ihm wird Misstrauen, aber auch zunehmend Vertrauen entgegengebracht. Eine große Expedition macht sich zum Epsilon-Eridanus auf und stellt dort fest, dass die Nachkommen der US-Flüchtlinge auf einem Planeten ein Unterdrückungssystem errichtet haben und die menschenähnlichen Ureinwohner unterjochen. Der junge Mordgen stellt sich auf die Seite der Ureinwohner und unterstützt wie seine Gefährten deren Revolution ...

Lothar Weise beschäftigt sich dagegen mit dem „Geheimnis des Transpluto“, auf dem sich zwei Gesellschaftssysteme unversöhnlich gegenüberstehen. Auch hier siegt der gesellschaftliche Fortschritt. Für Rainer Simon ging es hier wie in del'Antonio's „Titanus“ und einigen anderen Veröffentlichungen jener Zeit in erster Linie um „interplanetaren Revolutionsexport“. Ist das tatsächlich zutreffend? Einerseits war es sicher so, dass die Autoren „irdische Erfahrungen“ und auch Hoffnungen sowie Wünsche auf den Weltraum übertrugen. Aber ähnlich wie in Alexej Tolstois „Aelita“ (Moskau/Petrograd 1923, Berlin 1957) ging es in den Büchern von Groß und Weise um bereits bestehende Auseinandersetzungen, in denen die Erdenmenschen jedoch Partei ergreifen. Jedoch: Im Unterschied zu den erwähnten SF-Romanen der DDR-Autoren siegt die Revolution in „Aelita“ nicht ...

Nina Hager

„Tagesschau“ leistete Beihilfe

Die ARD vertuscht planmäßigen Angriff auf Kommunistische Partei – und auch dessen Abwehr durch das Bundesverfassungsgericht • Von Friedhelm Klinkhammer und Volker Bräutigam

Mit üblen Tricks haben Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble und Bundeswahlleiter Georg Thiel versucht, die Deutsche Kommunistische Partei von der Bundestagswahl im September auszuschließen und sie als Partei zu exekutieren. Erst das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe stoppte das Intrigenspiel. „ARD-aktuell“ befand erwartungsgemäß, an der Affäre sei nichts Besonderes. In ihren Fernsehnachrichten brachte sie kein Wort darüber. In ihrer Internet-Nische „tagesschau.de“ bot die Redaktion neben den Kurzmeldungen „DKP wird nicht zur Bundestagswahl zugelassen“ und, zwei Wochen später, „DKP darf doch bei der Bundestagswahl antreten“ nur jeweils eine kurze Zusatznachricht. Alle Berichte wie üblich im billigen, oberflächlichen Stil, mit dem unsere unter- und desinformierte Gesellschaft mittlerweile abgespeist wird.

Kommunisten: Dauerobjekt deutscher Feindbildpflege

Zugegeben: Die DKP ist eine kleine Partei, gut organisiert, aber relativ einflusslos. Trotzdem wollten die von Schäuble dirigierte Bundestagsverwaltung und der von Thiel präsidierte Bundeswahlausschuss ihr den Status als politische Partei aberkennen, sie damit von der nächsten Bundestagswahl ausschließen und von der Bildfläche verschwinden lassen. Vorgeschobene Begründung: Die Partei habe in den letzten sechs Jahren keine gesetzlich vorgeschriebenen Rechenschaftsberichte vorgelegt. Eine Falschbehauptung, wie sich vor Gericht herausstellen sollte.

Kommunisten sind Traditions- und Dauerobjekt deutscher innenpolitischer Feindbildpflege. Schäuble und Thiel leisteten einen weiteren Beitrag dazu und der öffentlich-rechtliche Rundfunk, voran die „Tagesschau“, gewährte Beihilfe, wie man es anders nicht mehr kennt.

Der Versuch, eine politische Partei zu zerschlagen, berührt den Zentralkern eines demokratischen Staates. Dass unsere Spitzenjournalisten das verheimlichten (oder nicht einmal begreifen?) und als Vertreter der „Vierten Gewalt“ kaum reagierten, beweist, welch großen Schaden die politische Kultur unseres Gemeinwesens bereits erlitten hat.

Kommunistenhass und Geschichtsklitterung gehören zur DNA der deutschen Nachkriegs-Geschichtsschreibung. Sie sind Substanzen unserer politischen Giftkochen und journalistischen Hetzer. Das offizielle Deutschland reklamiert heute für sich eine entschieden antinazistische Einstellung. Glaubwürdig ist das nicht die Spur, wie schon ein Blick auf unsere Außenpolitik und die schamlose Berliner Unterstützung der Ukro-Nazis in Kiew zeigt. Innenpolitisch spricht der Umgang mit den Kommunisten seine eigene undemokratische Sprache. Sie werden trotz ihrer historischen und aktuellen Verdienste im Widerstand gegen Faschismus und Krieg aus dem öffentlichen Bewusstsein herausgehalten und vom Verfassungsschutz ausspioniert. Die Erinnerung an die beispielhaften Erfolge der frühen DDR, die unmittelbar nach ihrer Gründung systematisch Nazi-Verbrechen aufklärte und verfolgte, wurde vollends aus dem kollektiven Gedächtnis getilgt.

Zweifelhaftes Gremium: Bundeswahlausschuss

Vor diesem Hintergrund mutet es wie ein Treppenwitz der Weltgeschichte an, dass nun politisches Spitzenpersonal, ausgerechnet zum 80. Jahrestag des deutschen Überfalls auf die Sowjetunion, der DKP den Rest geben wollte. Bürokratische Tricks und verwaltungsrechtliche Mätzchen sollten zum Ziel führen.



Foto: Hans-Dieter Hey / r-mediabase.eu

Teilnehmerin der Soli-Kundgebung für die DKP am 28. Juli fragt nach Zukunft von Bundeswahlleiter Georg Thiel.

Austragungsort der Intrige war die Sitzung des Bundeswahlausschusses am 8. und 9. Juli in Berlin. Dem erlauchten Elferat gehören acht Beisitzer an, die der Vorsitzende – zugleich Präsident des Statistischen Bundesamtes – auf Vorschlag der im Bundestag etablierten Parteien beruft. Zwei weitere Mitglieder sind Richter am Bundesverwaltungsgericht.

Die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, OSZE, hat bereits im Jahr 2009 erhebliche Zweifel an der rechtsstaatlich gebotenen Unabhängigkeit dieses Gremiums angemeldet. Der Ausschuss entscheide weder nach gesetzlich definierten Kriterien noch seien Interessenkonflikte ausgeschlossen, weil seine Mitglieder aufgrund ihrer Parteizugehörigkeit über die Zulassung ihrer Konkurrenten befinden dürfen. Durchschlagende Konsequenzen zogen unsere deutschen Vorleute daraus nicht.

Auf „tagesschau.de“ hieß es nun, formal wohl zutreffend, aber an der Realität vorbei: „Der Ausschuss prüft nur, ob die Bewerber für die Wahl die vorgeschriebenen Formalien einhalten. Eine inhaltliche Bewertung insbesondere der Programmatik der Parteien darf er nicht vornehmen.“ Eine typische ARD-Plattitüde, ohne Unterscheidung von Soll und Ist. Unsere Qualitätsjournalisten verdrängen, wie oft das Bundesverfassungsgericht schon mit seinen Entscheidungen rechtswidrige Akte der Polit-Eliten hat blockieren oder korrigieren müssen. „ARD-aktuell“ verlor kein kritisches Wort über den politischen Skandal, dass der Bundestagspräsident und der Bundeswahlleiter aufgrund willkürlich interpretierter Formvorschriften des Parteiengesetzes versuchten, eine seit Jahrzehnten aktive Partei im kalten Handstreich „plattzumachen“.

Thiel und Schäuble Hand in Hand

In der Beratung am 8. Juli behauptete Bundeswahlleiter Thiel, die DKP habe keinen Anspruch, sich an der Bundestagswahl zu beteiligen. Sie habe entgegen dem Parteiengesetz die vorgeschriebenen Rechenschaftsberichte verspätet eingereicht. Laut Bundestagsverwaltung habe sie deshalb ihre Eigenschaft als Partei verloren. Auf den warnenden Einwand des Bundesverwaltungsrichters Langner, auch verspätet eingereichte Berichte seien doch Berichte, reagierte Thiel, indem er den Ball an den in der Sitzung anwesenden Vertreter Schäubles weiterspielte. Der behauptete daraufhin mit breiter Brust, die Vorschriften des Parteiengesetzes ließen keinen Raum, die DKP noch als politische Partei anzuerkennen: Verspätet eingereichte Berichte seien wie nicht eingereichte Berichte zu behandeln.

Ein stärkeres Indiz, dass es sich dabei um ein abgekartetes Spiel zwischen Thiel und Schäubles Verwaltungsapparat handelte, ist schwerlich vorstellbar.

Belege dafür, dass Schäuble und Thiel die DKP in voller Absicht hatten auflaufen lassen wollen, gibt es zuhauf. Der DKP-Vorstand hatte am 5. September vorigen Jahres beim Bundeswahlleiter ausdrücklich nachgefragt, ob man die Anforderungen gemäß Paragraph 23 Parteiengesetz zur Rechenschaftslegung erfülle. Am 8. September ließ Thiel wissen, er könne diese Frage nicht beantworten, das sei Aufgabe des Präsidenten des Deutschen Bundestags (Wolfgang Schäuble). Noch gleichentags schrieb der DKP-Vorstand daraufhin die Bundestagsverwaltung mit gleicher Fragestellung an. Eine Auskunft erhielt er jedoch auch hier nicht.

Tatsächlich hatte Thiel vor der Wahlausschusssitzung bei Schäuble

nachgefragt, ob Rechenschaftsberichte der DKP vorlägen und die Mitteilung bekommen, dass es zwar Berichte gebe, die seien aber sämtlich verspätet eingegangen. Daraus bastelten die Schäuble-Bürokraten für den Wahlleiter den Vorschlag, der DKP die Parteieigenschaft abzusprechen. Gegenüber dem Bundesverfassungsgericht behauptete Thiel, er sei ja nicht verpflichtet gewesen, die DKP hierüber in Kenntnis zu setzen.

Die Schlussfolgerung drängt sich auf, dass Schäuble und Thiel eine fiese Intrige zwecks Ausschaltung der DKP spannen. Dem DKP-Vorstand kann man andererseits den Vorwurf nicht ersparen, dass er seinen politischen Feinden mit bemerkenswerter Blauäugigkeit auf den Leim ging, indem er annahm, sein Wahlzulassungsantrag werde sachgerecht behandelt.

„Die Linke“ gehörte zu den Abnickern

Dass die Beisitzer dem Bundeswahlleiter Thiel während der Ausschusssitzung weitgehend das Feld überließen und nahezu alles einstimmig abnickten, was er ihnen aufschob, lässt tief in die antidemokratischen Abgründe der Berliner Politik blicken. Dass nur ein einziges Mitglied gegen den Ausschluss der DKP und gegen die Aberkennung ihrer Parteieigenschaft votierte – ausgerechnet ein Grüner (!) – zeigt, wie weit die Entmündigung des parlamentarischen Fußvolks bereits fortgeschritten ist. Die Linkspartei wird im September von vielen Wählern die Quittung dafür bekommen, dass ihre Vertreterin im Bundeswahlausschuss ebenfalls gegen die DKP stimmte. Der billige Versuch der PdL-Führung, „unglückliches Fehlverhalten einer Ersatzdelegierten“ vorzuschützen, beeindruckt keineswegs.

Da wir nun schon mal bei den Personalien sind, lohnt sich ein Blick in die Vergangenheit der beiden Haupttäter. Sofort fällt er dann auch auf die Schwarzgeldaffäre der CDU. Ihretwegen verlor der damalige Partei- und Fraktionsvorsitzende Schäuble vor 21 Jahren seine Posten und sein Renommee als seriöser Politiker. Er konnte/wollte den Verbleib einer Parteispende von 100.000 DM nicht erklären, die ihm ein bekannter Waffenschieber im CDU-Hauptquartier bar in die Hand gedrückt hatte. Dass ausgerechnet dieser Schäuble Finanzminister und schließlich sogar Bundestagspräsident werden konnte, ist ein besonderes „Qualitätsmerkmal“ des Berliner Politikbetriebes. Dass er sich nun auch noch zum Tugend-Scharfrichter über die DKP aufschwang und die Kommunistenpartei wegen einer vergleichsweise läppischen Verfehlung kaputtzumachen wollte, ist nicht mal mehr Realsatire, sondern bloß noch ein schlechter Witz.

Mittäter Georg Thiel kann ebenso wenig mit blütenreiner Weste punkten. Bundesweit bekannt wurde er als Vorgesetzter mit hässlichen Führungseigenschaften. Ein THW-Mitarbeiter hat sich vor mehreren Jahren in seiner Münchner Dienststelle erhängt. Im Abschiedsbrief gab er seinem Chef die Schuld. Thiel habe ein „menschverachtendes Arbeitsklima gezielt gefördert“, hieß es damals in Zeitungsberichten.

Wolfgang Schäuble, seinerzeit Innenminister und Thiels politischer

Dienstherr, nahm seinen Mann jedoch in Schutz: „Der tragische Freitod eines Mitarbeiters im THW-Landesverband Bayern am 12. März hat uns alle tief bestürzt. ... Die Sachverhaltsaufklärung durch das Innenministerium hat ergeben, dass Herr Dr. Thiel keine Verantwortung für den Freitod trägt und Vorwürfe in diesem Zusammenhang haltlos sind.“

Der somit Freigesprochene wurde allerdings wegbefördert, „auf eigenen Wunsch“. Schäuble ließ verlauten, er habe der Bitte um Versetzung entsprochen, um weiteren Schaden vom THW abzuwenden. Vom THW-Chef über eine Zwischenstation zum Präsidenten des Statistischen Bundesamtes: So sehen politische Reinwaschgänge aus.

Der Vorwurf, Thiel lasse es an Führungsqualitäten mangeln, blieb dennoch an ihm haften und fand neue Bestätigung. „Zeit Online“ zitiert Klagen der Mitarbeiterschaft: Thiel führe das Bundesamt für Statistik mit einem System aus Angst und Druck. Es kam knüppeldicke: menschenverachtender Führungsstil, Steuerverschwendung, Vetternwirtschaft. Wundert sich nun noch jemand darüber, dass dieser Muster-Bürokrat Beihilfe zur versuchten Zerstörung der DKP leistete?

Noch gibt es Richter in Deutschland

Der Machtmissbrauch an der Spitze unserer Republik verlässt sich auf das Schweigen beziehungsweise Versagen der „ARD-aktuell“ als kontrollierender Wächter der Demokratie. Der Verzicht auf kritische Distanz und purer Verlautbarungsjournalismus im Sinne der Regierenden fördern die unverschämten Auftritte der Politdarsteller und ihrer Ministerialbürokratie. Wäre da nicht die Justiz – die Dritte Macht im Staat neben Parlament und Regierung –, sähe es hierzulande noch weit finsterer aus. Im vorliegenden Fall verhinderte sie den Exitus der DKP. Noch gibt es Richter in Deutschland!

„ARD-aktuell“ hätte zumindest auf ihren diskreten Internetseiten ausreichend Platz gehabt, Schäubles und Thiels Anschlag auf die DKP als dreiste Verletzung demokratischer Prinzipien darzustellen und über diesen Skandal umfassend zu informieren. Eine Kurzmeldung in der 20-Uhr-„Tagesschau“ mit Verweis auf ausführliche Berichte im Internet wäre das Mindeste gewesen. Dazu hätte es allerdings größerer analytischer Fähigkeiten, eines breiteren politischen Bewusstseins und eines stärkeren journalistischen Rückgrats bedurft, als die Hauptabteilung „ARD-aktuell“ wieder mal demonstriert.

Die Redaktion sonnt sich eben lieber im Wohlwollen der Berliner Machthaber. Sie gibt deshalb deren Verschwörungstheorien über russische Fake News und angeblich drohende Cyber-Attacken auf die Bundestagswahl vorbehaltlos als Nachrichten weiter und denkt nicht mal im Traum daran, den böswilligen Schmarren infrage zu stellen. Die bedingungslose journalistische Anpasserei schützt vor internem Ärger. Christine Strobl, Schäubles Tochter und Ehefrau des baden-württembergischen Innenministers Thomas Strobl, wurde kürzlich zur „ARD“-Programmdirektorin ernannt. Seitdem ist der informelle Weg vom Bundestagspräsidenten zur „Tagesschau“-Redaktion noch erheblich kürzer geworden.

Der hier abgedruckte Text von Friedhelm Klinkhammer und Volker Bräutigam ist eine gekürzte Fassung. Ungekürzt und versehen mit Nachweisen und Anmerkungen unter: blog.unsere-zeit.de und publikumskonferenz.de/blog
Friedhelm Klinkhammer, Jahrgang 1944, Jurist. 1975 bis 2008 Mitarbeiter des NDR, zeitweise Vorsitzender des NDR-Gesamtpersonalrats und des ver.di-Betriebsverbandes sowie Referent einer Funkhausdirektorin.
Volker Bräutigam, Jahrgang 1941, Redakteur. 1975 bis 1996 Mitarbeiter des NDR, zunächst in der Tagesschau, von 1992 an in der Kulturredaktion für N3. Danach Lehrauftrag an der Fu-Jen-Universität in Taipeh.
 Die Beiträge von Friedhelm Klinkhammer und Volker Bräutigam gegen die „mediale Massenverblödung“ gibt es unter publikumskonferenz.de/blog

Ohne die Mauer hätte es Krieg gegeben

Das Grundsatzwerk von Heinz Keßler und Fritz Strelitz ist neu erschienen

Zum 60. Jahrestag der Sicherung der Staatsgrenzen der DDR, besser bekannt als Mauerbau, gibt es nur wenige Veröffentlichungen, die sich unvoreingenommen des Themas annehmen. Generaloberst a. D. Fritz Strelitz legt in der Edition Ost eine überarbeitete Auflage seines Buchs „Ohne die Mauer hätte es Krieg gegeben“ vor. Strelitz, Jahrgang 1926, von 1979 bis 1989 Stellvertreter des Oberkommandierenden der Streitkräfte des Warschauer Vertrages, Stellvertretender Minister für Nationale Verteidigung, ist Insider. Sein Ko-Autor, Armeegeneral a. D. Heinz Keßler (1920 bis 2017), konnte ebenfalls aus erster Hand berichten. Der gelernte Maschinenschlosser war von 1956 bis 1985 Stellvertretender Verteidigungsminister, danach Verteidigungsminister bis 1989.

Wir veröffentlichen mit freundlicher Genehmigung des Verlages hier Auszüge aus dem Vorwort und aus zwei Kapiteln.

Kriege beginnen immer mit Lügen. Mit dem angeblichen Überfall Polens auf den deutschen Sender Gleiwitz wurde der Einmarsch der Wehrmacht im östlichen Nachbarland begründet. Der Krieg der USA gegen das sozialistische Vietnam wurde mit der Lüge legitimiert, im Golf von Tonkin sei ein US-Kriegsschiff von nordvietnamesischen Booten angegriffen worden. Der erste Krieg gegen den Irak begann mit der Brutkasten-Story in Kuwait, die eine PR-Agentur für zehn Millionen Dollar erfunden hatte, der zweite mit der vorgeblichen Existenz von Massenvernichtungswaffen, die dann aber nicht gefunden wurden. 1999 schickten zwei deutsche Bundesminister, ein Grüner und ein Sozialdemokrat, deutsche Soldaten erstmals nach 1945 wieder in den Kampf. Der von ihnen halluzinierte „Hufeisen-Plan“ der serbisch-jugoslawischen Führung zur ethnischen „Säuberung“ des Kosovo hat aber nie existiert. Der Krieg gegen Libyen wurde begründet mit der Lüge, Staatschef Al-Gaddafi bombardiere das eigene Volk. Seither herrscht Bürgerkrieg im Land.

Die Kriegsrhetorik lebt

Die Erkenntnis, dass im Krieg die Wahrheit das erste Opfer sei, ist bereits zweieinhalbtausend Jahre alt – sie formulierte damals der griechische Dichter Aischylos, heißt es. Doch in der Gegenwart vernebelt die politische Lüge die Hirne von Milliarden Menschen. Mit Hilfe digitaler Technik werden nicht nur Wichtiges und Sinnvolles in Sekunden global verbreitet, sondern auch ungeheuerliche Unwahrheiten in die Welt gesetzt.

Russland bedroht seine Nachbarn, heißt es beispielsweise, weshalb NATO-Panzer – darunter auch deutsche – ins Baltikum verlegt wurden. Die Behauptung, dass Russland auf seinem Territorium Truppen konzentriert und im Schwarzen Meer Manöver durchführe, weshalb Gegenmaßnahmen ergriffen werden müssten, erinnert mich fatal an 1941. „Heute“, behauptete damals Hitler, „stehen rund 150 russische Divisionen an unserer Grenze.“ Damit seien die Abmachungen des Freundschaftsvertrages mit Deutschland gebrochen und „in erbärmlicher Weise“ verraten. Das Schicksal Europas sei nunmehr in die Hand der deutschen Soldaten gelegt ... Mit dieser infamen Behauptung wurde vor achtzig Jahren die Legende vom Präventivkrieg geboren. Sie ist, wie wir mit Entsetzen täglich sehen und hören, nicht gestorben. Die Kriegsrhetorik lebt.

Vorbeugend – zur Verteidigung der Menschenrechte und der freien Schifffahrt – schicken die NATO-Staaten USA, Großbritannien und Frankreich Flugzeugträger und Kriegsschiffe ins Südchinesische Meer. Auch eine deutsche Fregatte soll im Indo-Pazifik der chinesischen Aggression die Stirn bieten. Komisch, weshalb sich da der Gedanke an die Mission des deutschen Kanonenboots „Panther“ aufdrängt, als der deutsche Kaiser dieses und zwei weitere Kriegsschiffe zur Wahrung nationaler Interessen nach Agadir an der marokkanischen Küste schickte. Der SPD-Bundesverteidigungsminister Peter Struck erklärte 2002 traditionsbewusst, als man in Afghanistan einrückte: „Die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland wird auch am Hindukushtal verteidigt.“

Seit dem Erscheinen der 1. Auflage dieses Buches, in dem über die erfolgreiche Verhinderung eines Krieges 1961 berichtet wird, sind inzwischen zehn Jahre vergangen.

In dem verflossenen Jahrzehnt ist sehr viel geschehen, der Frieden aber nicht sicherer geworden. Die Hochrüstung und die Rüstungsexporte haben ein nie gekanntes Niveau erreicht, Rüstungskontrollverträge wurden annulliert, ausgesetzt oder nicht verlängert. Auf fünf Kontinenten – Australien und Antarktika ausgenommen – toben Dutzende Kriege und bewaffnete Konflikte. Diese wiederum verursachen Not und Elend und treiben Millionen Menschen in die Flucht. Und die Völkerwanderung verschärft die sozialen Probleme in anderen Staaten und gefährdet dort den inneren Frieden.

Ein Funke genügt

Am gefährlichsten für den Weltfrieden ist jedoch die aggressive Konfrontationspolitik der NATO und deren Führungsmacht, die gegen ihren Niedergang kämpft. (...) Doch seit die Dominanz der USA zunehmend infrage gestellt wird, insbesondere durch den Aufstieg der Volksrepublik China, spricht Washington seinen Anspruch diplomatisch unverhüllt aus und verleiht ihm Nachdruck. (...)

Das alles vergiftet nicht nur die internationalen Beziehungen, sondern erhöht dramatisch die Gefahr eines großen Krieges. Wir sollten nicht vergessen, dass die Weltwirtschaftskrise, die 1929 ihren Anfang in den USA nahm, nicht mit dem New Deal von Präsident Franklin D. Roosevelt, sondern durch den Zweiten Weltkrieg beendet wurde.

Unser Buch zeigt, wie in einer angespannten Sicherheitslage die Politik es vermochte, einen Konflikt zu entschärfen. Damals wie auch heute genügt ein Funke, das Pulverfass zur Explosion zu bringen. Vor sechzig Jahren gelang es, diesen Funken gemeinsam auszutreten, woran auch der junge US-Präsident John F. Kennedy insofern beteiligt war, als er Moskau zugestand, gemäß seiner Sicherheitsinteressen auf seinem Territorium, in seinem Einflussgebiet ungehindert zu agieren, sofern davon nicht die Interessen der USA betroffen sein würden. Die Sicherheitspolitik und das Sicherheitsverständnis Moskaus haben sich seither nicht geändert. Die der Vereinigten Staaten von Amerika hingegen schon.

Keßler, Freund und Genosse

An der vorliegenden Dokumentation hat Heinz Keßler mitgewirkt. Der Armeegeneral war als Verteidigungsminister der DDR mein Chef, mein Genosse und auch mein Freund. Gemeinsam haben wir im Sommer 2011 dieses Buch in Berlin vorgestellt. Das Echo war, wie erwartet, geteilt. „Zwei Betonköpfe“ („Neue Zürcher Zeitung“, 28. Juli 2011) hätten einen „verbalen Schmutzwall zwischen zwei Buchdeckel“ errichtet („Frankfurter Allgemeine Zeitung“, 9. Mai 2011) und angeblich die „Schüsse auf Flüchtlinge schönigt“ („Die Welt“, 12. Mai 2011). „Selbstzweifel oder gar Selbstkritik“ („Der Tagesspiegel“, 11. August 2011) seien „den alten Genossen“ unbekannt, befand der Journalist.

Dem Hohn, der Ignoranz, der ideologischen Verblendung und der persönlichen Schmäbung standen weit-



Eine Hausgemeinschaft in Bitterfeld begrüßt die Grenzsicherung der DDR vom 16. August offensiv.

aus mehr anerkennende Bekundungen entgegen, die bis heute andauern. Sie fanden ihren Ausdruck auch in der großen Zahl jener, die Heinz das letzte Geleit gaben. Er verstarb am 2. Mai 2017 im Alter von 97 Jahren. So erinnert denn diese Neuauflage nicht nur an ein wichtiges Ereignis der europäischen Nachkriegsgeschichte, sondern auch an einen Soldaten, der wenige Tage nach dem Überfall Hitlerdeutschlands auf die Sowjetunion aus der Wehrmacht desertierte und zur Roten Armee überlief. „In der DDR wurde mein Vater Offizier, weil er den Krieg hasste“, sagte sein Sohn in der Trauerrede. Heinz Keßler sorgte mit dafür, dass die Nationale Volksarmee die einzige deutsche Armee ist, die nie in einen Krieg zog.

Das alles sollte man im Hinterkopf haben, wenn man dieses Buch liest und die Geschichtsdrehungen zur Kenntnis nehmen muss, die um den 13. August 2021 ganz gewiss in den deutschen Medien verbreitet werden. „Jede Kriegführung gründet auf Täuschung“, soll schon vor zweieinhalbtausend Jahren der chinesische Militärstrateg Sunzi formuliert haben. Das gilt auch für den Informations- und Propagandakrieg, in dem wir uns gegenwärtig befinden.

Der Umgang mit dem 13. August 1961 ist heute ritualisiert, die Haltung zur Mauer fixiert. Hier wird sichtbar, was Napoleon in den Satz gekleidet hat, dass die Geschichte die Summe der Lügen sei, auf die sich die Herrschenden nach dreißig Jahren geeinigt hätten. Das trifft zu. Keine im Bundestag vertretene Partei sieht es heute anders, als in den Medien und in den Schulbüchern seit Jahr und Tag mitgeteilt wird.

Die Linkspartei wirft sich an jenem Datum pflichtschuldig ihr Büßergewand über, trägt ihren Kranz in die Bernauer Straße und lässt sich dafür beschimpfen. Beschämt erklärte sie selbstanklagend beispielsweise 2001, als sie noch PDS hieß: „Die Berliner Mauer war ein Ergebnis der Blockkonfrontation im Kalten Krieg. Die Opfer dieses Grenzregimes sind jedoch mit dem Verweis auf internationale Rahmenbedingungen und Sicherheitskonzepte keinesfalls zu rechtfertigen. Menschliches Leid verlangt Respekt und Nachdenklichkeit. [...] Mit den Maßnahmen zum 13. August wollte die Partei- und Staatsführung in einer Art Befreiungsschlag mit nicht mehr beherrschbaren Schwierigkeiten fertig werden. Was als Sieg gefeiert wurde, war in Wahrheit eine schwere Niederlage in der Systemauseinandersetzung auf deutschem Boden. [...] Nicht zum Schutz gegen einen angeblich drohenden Einmarsch der Bun-

deswehr, sondern gegen den Exodus der eigenen Bürger wurde ein Wall gebraucht. Chruschtschow gegenüber leistete Ulbricht den Offenbarungseid: Bei weiterhin offener Grenze ist der ‚Zusammenbruch unvermeidlich‘. Doch stand eine Selbstaufgabe der DDR nicht zur Debatte und schon gar nicht zur Disposition deutscher Politiker, denn die DDR war ‚der westliche Vorposten des sozialistischen Lagers‘, wie Anastas Mikojan, der Vorsitzende des Obersten Sowjets der UdSSR, feststellte.“

Diese Grenze wurde gesichert, damit Frieden blieb. Der Frieden hielt 28 Jahre, so lange sie stand. 1993 beteiligten sich erstmals deutsche Soldaten im Rahmen der „Operation Deny Flight“ an der Überwachung des Flugverbotes über Ex-Jugoslawien, im Sommer mussten 1.800 Bundeswehrosoldaten nach Bosnien-Herzegowina, 1999 bombardierte die NATO mit deutscher Beteiligung Jugoslawien.

Was war die Alternative?

Was wäre die Alternative gewesen, wenn man die Sache 1961 hätte laufen lassen?

Unter Hinweis auf die seit 1949 angeordnete „Befreiung“ und um die instabilen Verhältnisse hätte die Bundesrepublik mit Staatsdienern einrücken können. Das wäre, da ja der Westen die Deutsche Demokratische Republik nicht anerkannte, nicht einmal Anlass gewesen, die UNO anzurufen, schließlich handelte es sich um keine Aggression, sondern um eine innerdeutsche Angelegenheit, etwa so, als wäre die Polizei Bayerns mal eben kurz in Hessen eingerückt.

Aber: Im Verständnis des Ostens war die DDR a) Völkerrechtssubjekt, b) Mitgliedsstaat des Warschauer Vertrages, in welchem der Angriff auf einen Bundesgenossen wie ein Angriff auf alle verstanden wurde (was im Übrigen auch für die NATO galt), und c) nicht zu vergessen: Das war mal sowjetische Besatzungszone. Und da es seit Ende des Weltkrieges und der Besetzung des niedergerungenen Feindes noch immer keinen Friedensvertrag gab, galten in diesem Territorium die Regeln von Potsdam fort. Kurzum: Die Sowjetunion und ihre Verbündeten hätten zurückschlagen müssen!

All diese Momente wurden erst im September 1990 ausgeräumt, als in Moskau der 2+4-Vertrag, der „Vertrag über die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland“, zwischen den einstigen Siegermächten und den beiden deutschen Staaten geschlossen wurde. Ohne diesen De-facto-Friedensvertrag hätte es keine deutsche Einheit gegeben. (...)

Es gibt eine Perspektive

Damit war zugleich der Versuch einer antikapitalistischen Alternative in Deutschland aus der Welt, die DDR war Geschichte. Aber mit ihr keineswegs die Vorstellung von einer anderen als der kapitalistischen Welt. Denn mit diesem Staat DDR ist ja nicht die Idee untergegangen, sondern ein bestimmtes Modell, dass den dauerhaften Angriffen des Imperialismus erlag. Und dieser Gegner zog doch nicht gegen den Sozialismus zu Felde, weil er dort den Menschen- und Freiheitsrechten, der Demokratie und was es an hohlen Phrasen sonst noch gab, zum Durchbruch verhelfen wollte, sondern weil es, wie schon immer in der Geschichte, ausschließlich um Territorien, Rohstoffe, Absatzmärkte, kurz um Profit ging. Dafür wurden Kriege geführt, darum ging es auch 1961. Der Krieg wurde seinerzeit verhindert. Weil „die deutsche Arbeiterklasse heute nicht mehr wehrlos ist, sondern über Panzer und Geschütze und alles, was zur Verteidigung notwendig ist, verfügt“, wie Ulbricht am 18. August 1961 selbstbewusst und mit allem Recht erklärte.

Heute ist die „deutsche Arbeiterklasse“ wehrlos. Sie hat weder einen Staat noch ein Bündnis. Aber sie hat eine Perspektive. Sofern sie sich ihrer Erfahrungen bewusst wird und sich diese nicht ausreden lässt.



Heinz Keßler, Fritz Strelitz
Ohne die Mauer hätte es Krieg gegeben – Zeitzeugen und Dokumente geben Auskunft
 240 Seiten, 12,5 x 21 cm, broschiert, aktualisierte Neuausgabe mit Abbildungen, edition ost, Eulenspiegel Verlagsgesellschaft, 15 Euro, zu beziehen über uzshop.de

Helga Möbius

14. 1. 1941 – 27. 7. 2021

Gärtnerinnenlehre, Junge Aktion, Zigarettenfabrikarbeiterin, BuschHexe, Sozialpädagogikausbildung, Alleinerzieherin, Taxizentrale, Wohngruppenleiterin, Mütterlehrerin, SchülerInnenhelferin, Ehefrau, Hafengruppenaktivistin, Baubrigadistin, CubaZeltBeschickerin, Pflegerin, großzügige Spenderin, MTZ-Besorgerin, Konfitüren-, Grünkohl- und Schlenklichörzubereiterin, Wohltäterin – dies alles Stationen auf Helgas Weg durch die Jahrzehnte.

Manchmal schonungslos gegenüber sich und anderen. Bis zuletzt Nachbarschaftsbotin unseres „Eimsbüttler Rot“. So werden wir sie in Erinnerung behalten.

**DKP Wohngebietsgruppe HH-West-Eimsbüttel
DKP Bezirksvorstand Hamburg**

Helfer für Festa do Avante

gesucht

Es werden noch Helfer für den DKP-Auftritt beim portugiesischen Pressefest (3. bis 5. 9.) bei Lissabon gesucht. Anreise muss selbst organisiert werden, vor Ort gibt es für die Tage einen günstigen Zeltplatz (begrenzt) und die Eintrittskarte für das Fest.



Wir bitten um Rückmeldung bis 10. 8. 2021

Nähere Infos bei Anja (rosa1918@posteo.de)

Ruhe, Erholung, Sport und jede Menge Natur das ganze Jahr über
2 FeWo im Südschwarzwald ca. 60 oder 75m²
2 oder 3 Zi. KDB, Terrasse großzügig ausgestattet



Weitere Infos und Buchung: www.todtmoos.lommes.eu



Carlis Bienenhonig
500g für 6 €, 250g für 3,50 €
+ Porto, ab 12 Gläser portofrei.
Anfragen bei: Imkerei Trauth,
Tel.: 02241 973111
E-Mail: camatra@web.de



Entschleunigung Ruhe & Natur satt im Müritznationalpark
3 FeWo für je 2-3 Personen, ganzjährig in Kratzburg-Granzin.
Tel.: 039822/299488
joergtrinogga@web.de
www.trinogga.de

Urlaub im Lotsenhaus an der Ostsee

(14 km von Stralsund)
3 komfortable Fe.-Wo.

Erich und Michaela Bartels
Näheres: Tel. 03831 – 459 366
www.ferien-im-lotsenhaus.de

Wo Ferien noch Ferien sind - auf dem Hollerhof -

• Rundum Natur pur – viel Ruhe • Kittners Bibliothek von etwa 10 000 Büchern • 3 komfortable Ferienwohnungen (63 bis 93 qm) für 2-5 Personen
Tel: +43 (0)3476 20525
E-Mail: hollerhof@hollerhof.at
www.hollerhof.at

Toskana, nah am Meer

www.toskana-biohof.de | 0039. 0566. 81478
Ökohof im Olivenhain, weiter Blick, Stille; große helle Zimmer, viele gute Bücher, Haus oder Häuschen; Kinderparadies.

Mercedes-Benz 280 SL

W113 Pagode, Baujahr 1968, EZ 09/1968, 78.660 km, Hubraum 2.778 ccm, Leistung 125 kW (170 PS), Benzin, Weiß, Leder, Schwarz, Datenkarte, Hardtop, Windschott, Zugelassen (H-Kennzeichen). Preis: 41.000 Euro

Kontakt: drmedtrautmann@gmail.com oder 15783123918.

Samstag, 7. August, 13:00 bis 20:00
UZ-Shop | Antiquariat
Merchandise | Grill & Kuchen
Hoffnungstraße 18 | Essen



Büchermarkt

nd DIE WOCHE

Belastbar, bescheiden, kerngesund
Die Pandemie macht Tabaker für Firmen attraktiver. Und was gut ist, ist auch schlecht für die Klimabilanz.

9 Ausgaben 9 Euro Jetzt testen!

An 9 Samstagen die Wochenendzeitung bequem frei Haus

- Hintergründe, politische und wirtschaftliche Analysen, Interviews, Reportagen und Features
- Mikroskop: 8 Seiten zu Wissen und Wissenschaft
- Wochenendminiabo endet automatisch

Jetzt bestellen!
dasnd.de/ndwoche

MARX FÜR ALLE!

3 Monate Tageszeitung junge Welt für 62 €.

Endet automatisch. Jetzt bestellen unter:
jungewelt.de/marx-abo | 030/53 63 55 80

Éric Stemmelen
Operation Macron
224 Seiten, 19 €, ISBN 978-3-946946-15-1

Jenny Farrell
Revolutionäre Romantik Die Oden des John Keats
128 Seiten, 17 €, ISBN 978-3-946946-13-7

mangroven ERLAG
Goethestraße 77, 34119 Kassel
info@mangroven-verlag.de
www.mangroven-verlag.de
shop.mangroven-verlag.de

Gasthof Heimes

1591 – 1685 – 1759 – 1841
★★★ Superior
57392 Schmallenberg-Grafschaft
Tel.: 02972 97800
mail@gasthof-heimes.de | www.gasthof-heimes.de

KLS SANIEREN!

Liebe Genossinnen, liebe Genossen, es gibt noch sehr viel zu tun. Auch handwerklich weniger erfahrene Menschen werden dringend gebraucht, beispielsweise zum Räumen, Putzen, Organisieren, Einkaufen, Kochen. Jede und jeder ist willkommen.

Hier die nächsten Subbotniktermine:
10. – 20.8. 2021 | 14. – 24.9. 2021
12. – 22.10. 2021 | 2. – 12.11. 2021

Kontakt: Heike Warschun
KLS-Organisation Karl-Liebknecht-Schule der DKP,
Am Stadtpark 68 | 51373 Leverkusen
kls@dkp.de | Tel.: 0157 5605 5841
Jede Spende ist ein wichtiger Beitrag zum Erhalt der KLS: Bankverbindung Karl-Liebknecht-Schule der DKP
Sparkasse Leverkusen | BIC WELADEDLLEV
IBAN DE39 3755 1440 0101 0050 64

Das Allerneueste aus dem UZ-Shop

Kaffebecher Lenin
„Er rührte an den Schlaf der Welt mit Worten, die Blitze waren.“
Logo gegenüber Henkel, Farbe weiß Motiv rot und schwarz, Keramik, Inhalt ca. 300 ml
€ 7,90

T-Shirt Rosa & Karl
Logo Brustdruck groß, Farbe weiß, Motiv rot und schwarz, Label: earth positiv, 100 % Biobaumwolle, Größen S - 4 XL
€ 17,90

uzshop.de
Mail: shopunsere-zeit.de
Telefon: 0201 17788925



Foto: DKP Recklinghausen

Detlev Beyer-Peters, Direktkandidat der DKP in Marl, hängt die ersten Plakate.



Foto: DKP Kassel

Kundgebung in Kassel nach der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts.

Während die einen noch Sekt trinken und sich über den Sieg der DKP vor dem Bundesverfassungsgericht freuen, haben die anderen angefangen, Wahlplakate aufzuhängen. Einig sind sich beide: **Jetzt durchstarten in den Bundestagswahlkampf!**

Der Angriff auf die DKP war nicht ohne. Zu Recht weisen die Genossinnen und Genossen aus Kassel mit ihrem Transparent darauf hin, dass der Demokratieabbau mit dem positiven Urteil aus Karlsruhe und dem Erhalt des Parteistatus nicht gestoppt ist. Im Gegenteil. Für die Kommunisten in diesem Land handelt es sich um einen Warnschuss, der sie zu größerer Wachsamkeit verpflichtet. Im Fall der DKP – wie schon zuvor bei den Angriffen auf VVN-BdA und „junge welt“ – ist die Solidarität praktisch geworden. Es gilt daran anzuknüpfen und den Kampf um demokratische Rechte gemeinsam zu verstärken. Zugleich hat „die Umsturzpartei“ („Bild“) durch den Angriff und seine Abwehr erhöhte Aufmerksamkeit bekommen, die sie nutzen wird. Bereits jetzt kann die DKP eine Reihe neuer Mitglieder in ihren Reihen begrüßen. Viele fragen nach Kontakt und Material und unterstützen den Wahlkampf unter dem Stichwort „Jetzt erst recht“ materiell. Das ist gut so, denn zum Schutz vor Repression gehört neben möglichst großer Öffentlichkeit und möglichst breiter Solidarität auch eine starke Organisation. **WR**



Foto: DKP Dortmund

Anstoßen am Infostand in Dortmund nach dem Sieg vor Gericht.



Foto: Rudj Denner / r-medjabase.eu

Kundgebung vor dem Roten Rathaus in Berlin am 28. Juli.

Systemfrage ungelöst
Zu „Multimilliardärs-Clique“;
UZ vom 16. Juli

Was interessiert die Arbeiterklasse an den Raketenprotzern jenseits des Sonnensystems? Zuletzt werden sie zu allem noch als Helden verherrlicht. Die Systemfrage ist damit, die Multimilliardärs „aus dem Sonnensystem zu befördern“; leider nicht gelöst.

Helmut Woda, Karlsruhe

Enrico Berlinguer nicht vergessen
Zu „Freundschaft siegt“;
UZ vom 30. Juli

Dem Artikel von Max Meurer ist es zu verdanken, dass von diesem Film Kenntnis genommen werden konnte. Ein sehr interessantes zeitgeschichtliches Zeugnis, dessen Anliegen auch heute im Jahre 2021 vielleicht aktueller denn je ist. Vor allem auch angesichts der Tatsache, dass der US-Präsident am 28. Juli vor hohen US-Militärs von einem möglichen „echten Krieg“ gegen China oder/und Russland gesprochen hat. Eine kleine Bemerkung noch zum

Schluss: Neben der Erwähnung von Nazim Hikmet, Wilhelm Pieck, Max Reimann und anderen wäre meiner Meinung nach auch das Auftreten des damaligen WBDJ-Vorsitzenden Enrico Berlinguer, der zum Abschluss den Schwur der Jugend, den Frieden zu verteidigen, vorgetragen hat, nennenswert gewesen.

Klaus Leger, Mutterstadt

Unverständnis
Zu „Traumrendite bei Daimler“;
UZ vom 30. Juli

Jedesmal, wenn ich solche Artikel lese, in denen es um Personalabbau und „Arbeitsverdichtung“ geht, kommt bei mir das gleiche Unverständnis auf. Volker Pispers drückte das vor vielen Jahren so aus: „Ich werde nie verstehen, wieso 80 Prozent der Menschen entgegen ihrer eigenen Interessen wählen.“ Warum wählen so Betroffene nicht die DKP oder wenigstens „Die Linke“? Alleine meine Gelenkigkeit hindert mich daran, mir in den Arsch zu beißen.

Hans Reinhardt, Glashütten

Termine@unsere-zeit.de

SA ★ 7. AUGUST

Essen: Büchermarkt der DKP: Antiquariat, UZ-Shop, Essen und Trinken, Haus der DKP, Hoffnungstraße 18, 13 bis 20 Uhr

SA ★ 14. AUGUST

Elmshorn: Wasserturmfest der DKP mit Kai Degenhardt, Reinhold-Jürgensen-Zentrum, Jahnstraße 2a, 14:30 bis 20 Uhr

Strausberg: „Druschba!“ – Friedens-Sommerfest der DKP Brandenburg, mit Hartmut König (Oktoberclub), Isabel Neuenfeldt (am Akkordeon) und dem Deutsch-Russischen Chor „Iwuschka“ (Eberswalde), russische Spezialitäten zu fairen Preisen, Mehrgenerationenhaus Strausberg, Wirtschaftsweg 70

MI ★ 18. AUGUST

Erfurt: Gedenken zum 77. Jahrestag der Ermordung Ernst Thälmanns, Hof des Krematoriums des ehemaligen KZ Buchenwald, 17 Uhr

Rostock: Gedenken zum 77. Jahrestag der Ermordung Ernst Thälmanns, Thälmannstraße 4, 18 Uhr

SA ★ 21. AUGUST

Berlin: „Kein Abwälzen der Krisenlasten auf uns! Einig gegen Rechts!“, Kundgebung zum 77. Jahrestag der Ermordung Ernst Thälmanns vor dem Thälmann-Denkmal, Greifswalder Straße, 14 Uhr, www.etg-ziegenhals.de

Waldkappel-Burghofen: „Mit den Roten im Grünen feiern“, Sommerfest der DKP Nordhessen, an der Grillhütte Waldkappel-Burghofen, ab 16 Uhr

SO ★ 22. AUGUST

Ziegenhals bei Königs Wusterhausen: „Kein Abwälzen der Krisenlasten auf uns! Einig gegen Rechts!“, Kundgebung zum 77. Jahrestag der Ermordung Ernst Thälmanns am Gedenkstein vor dem Gelände der abgerissenen Ernst-Thälmann-Gedenkstätte, Seestraße 27, 11.30 Uhr, www.etg-ziegenhals.de

SA ★ 28. AUGUST

Berlin: „Für Frieden, Arbeit, Solidarität – DKP wählen!“, Sommerfest der DKP Berlin, unter anderem mit The Pokes und dem russischen Trio Scho, Weberwiese, 15.30 bis 20 Uhr

Dortmund: Kulturfest der DKP mit den Filmen „Optimistische Tragödie“ (DDR) und „Iwans Kindheit“ (UdSSR) und einer Einführung von Olaf Brühl, Biercafé West, Lange Straße 26, 11 Uhr

SO ★ 5. SEPTEMBER

Büchel: Menschenkette gegen Atomwaffen – vom Industriegebiet Büchel zum Haupttor des Atomwaffenlagers, veranstaltet von der Kampagne „atomwaffenfrei.jetzt“, 12 bis 16 Uhr, Informationen zu Anreise und Abfahrorten von Bussen nach Büchel unter: atomwaffenfrei.de

SA ★ 11. SEPTEMBER

Berlin: Bundesweite Mietendemo „Wohnen für alle! Gemeinsam gegen hohe Mieten und Verdrängung“, Alexanderplatz, 13 Uhr

SA ★ 18. SEPTEMBER

Online: „Philosophie und Weltbegründung: Dialektischer Monismus oder dialektischer Materialismus?“, mit Andreas Arndt, Jörg Zimmer, Richard Sorg, Eva Bockenheimer, Haziran Zeller, Marc Püschel, Symposium der Gesellschaft für dialektische Philosophie, in Kooperation mit dem Gesprächskreis akdiamat Hamburg und der Marx-Engels-Stiftung, Anmeldung unter: post@akdiamat.de, 10.30 bis 17 Uhr

Impressum

UZ – unsere zeit | Sozialistische Wochenzeitung | Zeitung der DKP
Herausgeber: Parteivorstand der DKP | Erscheint wöchentlich | ISSN 0943–4216

Redaktion:
Wera Richter – Chefredakteurin, V.i.S.d.P. (wr@unsere-zeit.de)
Björn Blach (bb@unsere-zeit.de) | Melina Deymann (md@unsere-zeit.de)
Christoph Hentschel (ch@unsere-zeit.de) | Manfred Idler (mid@unsere-zeit.de)
Lars Mörking (lm@unsere-zeit.de) | Werner Sarbok (wsk@unsere-zeit.de)
Thomas Brenner (tb@unsere-zeit.de)
Tel.: 0201 177889-90 | E-Mail: redaktion@unsere-zeit.de

Aboservice:
Carol Schröder (abo@unsere-zeit.de, Tel.: 0201 177889-15, Fax: 0201 177889-28)

Anzeigenservice:
Tabea Becker (anzeigen@unsere-zeit.de, Tel.: 0201 177889-20)
Ben Richter (info@unsere-zeit.de, Tel.: 0201 177889-23)
Anzeigenschluss: Jeweils Montag, 12.00 Uhr

Verlag: CommPress Verlag GmbH | **Druck:** Union Druckerei Berlin GmbH
Geschäftsführer: August Ballin (vertrieb@unsere-zeit.de, Tel.: 0911 8019991)
Klaus Leger (verlag@unsere-zeit.de, Tel.: 0201 177889-16)

Anschrift Redaktion und Verlag: Hoffnungstraße 18, 45127 Essen
Bankverbindung: Postbank Köln, BIC: PBNKDEFF | IBAN: DE34 3701 0050 0417 0995 07

Für unverlangt eingesandte Manuskripte kann keine Haftung übernommen werden.

Internet: www.unsere-zeit.de | facebook.com/UnsereZeit.UZ | twitter.com/UnsereZeit_UZ

Spendenkonto DKP-Parteivorstand
GLS-Bank | BIC: GENODEM1GLS | IBAN: DE63 4306 0967 4002 4875 01

UZ abonnieren – Prämie sichern!

(Prämie „Halstuch Frieden“, Farbe: blau / Motiv: weiß, 100% Baumwolle, Größe: 51 x 51 cm)

Ich möchte die UZ – für mindestens ein Jahr – abonnieren:

Abo-Art / Preise pro Monat	ermäßigtes Abo	Normalabo	Förderabo
Wochenzeitung-Abo Nur Print-Ausgabe	<input type="checkbox"/> 7,00 €	<input type="checkbox"/> 14,00 €	<input type="checkbox"/> 21,00 €
Online-Abo Nur Online-Ausgabe	<input type="checkbox"/> 5,00 €	<input type="checkbox"/> 10,00 €	<input type="checkbox"/> 15,00 €
Kombi-Abo Print- und Online-Ausgabe	<input type="checkbox"/> 8,00 €	<input type="checkbox"/> 16,00 €	<input type="checkbox"/> 24,00 €

Abopreise nach Selbsteinschätzung: Kein Nachweis erforderlich, aber seid solidarisch.

Name Vorname

Straße, Hausnr. PLZ, Ort

Telefon E-Mail (ohne E-Mail Adresse ist kein Online-Abo möglich)

Datum Unterschrift

Ich erteile eine Einzugsermächtigung / SEPA-Lastschriftmandat

Geldinstitut IBAN

Einsenden an: CommPress Verlag GmbH | Hoffnungstr. 18 | 45127 Essen | E-Mail: info@unsere-zeit.de



Alle Preise inkl. MwSt. im Inland, Auslandspreise auf Anfrage. Mir ist bekannt, dass ich das Abo binnen 14 Tagen schriftlich beim CommPress Verlag widerrufen kann.

Alle Abos verlängern sich automatisch um ein Jahr, wenn sie nicht spätestens sechs Wochen vor Ablauf gekündigt werden.

Ich möchte mein UZ-Abo jeweils für folgenden Zeitraum bezahlen:

- monatlich
- je Quartal
- halbjährlich
- jährlich

Lieferung der Wochenzeitung im Umschlag (Streifband): plus 24,00 € pro Jahr

Alter Schwede

Von Frikandellosigkeit und der CDU

Urlaub I. Abfahrt nach Holland. Die Tochter erzählt mir die circa 82 Stationen ihrer letzten drei Monate, wir reden über Politik und das Leben und fragen uns kurz vor Köln, wo wir eigentlich hinfahren. In die Niederlande jedenfalls nicht. Nach drei bis fünf Kehrtwenden um jeweils 180 Grad scheint sich die Lage zu bessern: Wir sind jetzt nur 40 Kilometer weiter vom Ziel entfernt als vor der Abfahrt. Mist. In Holland selber dann einem heftigen Unfall direkt vor uns um Haaresbreite entkommen, bei der Vollbremsung fällt eine gerollte Zigarette genau in

fantastische Dünen und einen tollen Strand. Und wenn man sich einen Kilometer an selbigem entlang schleppt, auch kaum noch störende Menschen. Erster Tag, dezenter Sonnenschein, Badebuxen an und rein in die Fluten. Wassertemperatur allerdings: Alter Schwede.

Parteiverbot. Ich hatte es großspurig geschrieben: „Wir gewinnen. Mein Wort drauf!“ Allerdings habe ich fast gar nichts dazu beigetragen, zwei Urlaubstage gerade mal. Das waren Genossinnen und Genossen, die Tag und Nacht an der Abwendung des Verbo-

Regen, Bomben, Ermittlung

Adrian McKintys Belfast-Krimis

Kaum ist man einmal im Urlaub, meint der Layout-Kollege Karl aus der Spalte nebenan, dass er jetzt die Bücher empfiehlt. Piff. Ich schreib ja auch nicht über die Tomaten auf meiner Fensterbank. Mit seiner Empfehlung aus der vergangenen Woche hat er allerdings recht. Wie auch nicht, schließlich hat er die ersten drei Bände zum Geburtstag bekommen. Von wem? Genau.

Adrian McKintys Serie über Sean Duffy, den „katholischen Bullen“, wie der erste Band auf Deutsch heißt, hat es in sich. Was Kollege Karl als „atmosphärisch dicht“ bezeichnet, ist ein gelungenes Bild von Belfast in den 1980er Jahren. Im ersten Band ist es 1981, die Stadt ertrinkt im Regen, die Hungerstreiker sterben im Gefängnis, die loyalistischen Paras triumphieren, die Demonstrationen nach dem Tod von Bobby Sands am 5. Mai 1981 werden gewaltsam durch Polizei und britisches Militär niedergeschlagen, am Trauerzug für Bobby Sands nehmen mehr als 100.000 Menschen teil.

Und Sean Duffy? Ist mit seinen Kollegen von der RUC im Einsatz gegen sogenannte „Aufstände“. Als einer der wenigen Katholiken im Norden Irlands, die sich der Bullerei angeschlossenen haben (die Royal Ulster Constabulary, RUC, war bis zum Karfreitagsabkommen von 1998 die brutalste und unbeliebteste Polizeieinheit Europas – und die mit der höchsten Sterblichkeitsrate), wird er von allen Seiten des Konflikts angefeindet: Republikanern, Loyalisten, Polizeikollegen. Dann wird in Carrickfergus, dem Vorort Belfasts, in dem Duffy lebt und arbeitet, eine Leiche gefunden. Mit abgeschnittener Hand. Doch es fehlen die 30 Silberlinge, die bei einer solchen Bestrafung von Verrätern normalerweise am Tatort hinterlassen werden. Und so stürzt sich Duffy mit seinen Kollegen McCrabban und Lawson in Ermittlungen, bei denen nichts so ist, wie es zunächst scheint.

So geht es dann munter durch die (bisher) acht Bände: Im 1982 spielenden „Die Sirenen von Belfast“ steht die neugebaute DeLorean-Fabrik im Zentrum der Ermittlungen um einen Torso, der ohne die dazugehörigen Körperteile in einem Müllcontainer gefunden wurde. Und ja, das Auto, mit dem man zurück in die Zukunft reisen kann, wurde in Belfast gebaut. Allerdings nicht lange. 1983 brechen in „Die verlorenen



Gesucht für Mord und Folter an Gefangenen: Thatcher wird bis heute in Irland gehasst. Aus gutem Grund.

Schwestern“ 38 IRA-Gefangene aus dem berühmten Hochsicherheitsgefängnis Maze aus. Einer von ihnen ist Dermot McCann, der IRA-Kommandant von Derry und ein Schulfreund Duffys. Und genau die Person, bei der er nach dem Bloody Sunday 1972 um die Aufnahme in die IRA gebeten hatte. Um ihn zu finden, muss er den Tod von McCanns Schwägerin aufklären – und die Ermittlungen führen Duffy zu den Ereignissen rund um ein gewisses Hotel in Brighton ...

„Atmosphärisch dicht“ trifft es. Duffy verbringt die Nächte mit Wodka Gimlet vor seiner Plattensammlung, die Minuten vor dem Einsteigen in seinen BMW auf den Knien auf der Suche nach Quecksilberbomben, die Fallbesprechungen mit McCrabban und Lawson im Pub. Es regnet, wenn das Glück richtig auf Duffys Seite ist, schneit es auch mal. Die Bände sind politisch alles andere als korrekt und genau dadurch zeichnen sie ein treffendes Bild vom Belfast der 1980er Jahre. Es gibt keine Gewinner.

Wer die Chance hat, sollte die Bücher im englischen Original lesen. Nicht nur trifft der in Carrickfergus geborene McKinty die Sprache Belfasts auf den Punkt, Slang inklusive, es entgehen einem im Original auch nicht die wunderbaren Titel, sämtlich Tom-Waits-Zitate von „In the cold, cold ground“ über „I hear the sirens in the streets“ bis „Police at the station and they don't look friendly“.

„Formidable“, Karl hat recht. Und die perfekte Lektüre für verregnete Sommertage.

Melina Deymann

Adrian McKinty
Sean-Duffy-Reihe
1: **Der katholische Bulle**
Suhrkamp Verlag, 10 Euro
2: **Die Sirenen von Belfast**
Suhrkamp Verlag, 9,99 Euro
3: **Die verlorenen Schwestern**
Suhrkamp Verlag, 9,99 Euro
Die fünf weiteren Titel sind ebenfalls auf Deutsch bei Suhrkamp erschienen.



Rote Fahnen sieht man besser – auch am Strand von Petten

die Getränkedose – die Wahrscheinlichkeit für diese Aktion dürfte jenseits eines Hauptgewinns im Lotto liegen. Ich jedenfalls nehme einen ordentlichen Schluck auf den Schreck und bespucke anschließend das Lenkrad. Der Urlaub beginnt einzigartig. Alter Schwede.

Technik. WLAN ist so eine Sache. Auf dem Handy: Murx. Auf des Kindes Tablet: Murx. Auf dem Laptop: Oh, geht! Ich lese: „CDU will in Thüringen mit Stimmen der AfD an die Macht. Werte-Unions-Chef Otte ist das egal – es handle sich um einen durch und durch demokratischen Vorgang.“ „Die führenden Industrie- und Schwellenländer sind für 80 Prozent aller globalen Emissionen verantwortlich. Die G20-Länder lehnen jetzt schärfere Klimaziele ab.“ „In der Corona-Krise hat sich der Hunger in der Welt ausgebreitet. Ein kürzlich von den Vereinten Nationen vorgestellter Bericht besagt folgendes: Bis zu 811 Millionen Menschen sind unterernährt.“ Ich mache den Laptop direkt wieder aus, öffne ein lindernes Grolsch und denke: Scheiße.

Urlaub II. Nordholland an sich ist prima. Okay, hier in Petten gibt es keinen Fahrradverleih, keinen Schnaps und keine Frikandelbude. Vor allem Letzteres ist urlaubstechnisch natürlich schwer grenzlastig. Dafür gibt es aber

tes gearbeitet haben. Und für uns alle gewonnen haben. Einfach nur: Danke!

Urlaub III. Irgendwie haben die Holländer da etwas falsch verstanden. Es heißt „Hundstage“ und nicht „Beidem-Wetter-schick-ich-noch-nicht-einmal-den-Hund-raus-Tage“. Will sagen: Statt der heißesten Jahreszeit ist es durchgehend 20 Grad und es regnet Katzen, Albatrosse und kleinere Elchkühe. Klimawandel? Karma? Pech? Alles zusammen? Alter Schwede.

Politik. Mein neues Lieblingshassmännchen, Philipp Amthor, CDU, „soll einem Bericht zufolge in eine Zahlung von Tiktok an die Junge Union verwickelt gewesen sein. Die Videoplattform will ihren Ruf verbessern.“ Die Videoplattform Tiktok will ihren Ruf verbessern mit einer Zahlung an die Junge Union? Haben die gekiff?! Alter Schwede.

Urlaub IV: Das Kind hört Musik: „Wir sind Punk, wir sind frei. Du bist bei der Polizei.“ Ich grinse beim Duschen. Schön.

Naturphänomen. In Nordholland wurden ein weißer Wal und eine kleine Kegelrobbe dabei beobachtet, wie sie gemeinsam ins Meer sprangen. Die Hotelpreise steigen bereits, erste Reisebusse aus Japan werden erwartet. Wir reisen jetzt besser ab. Alter Schwede ...

Karl Rehnagel

Frist ist Frist, aber Partei ist Partei

Sonderausgabe des UZ-Podcasts zum Erfolg vor dem Verfassungsgericht

„Frist ist Frist“ meckerte der Bundeswahlleiter Georg Thiel auf der Sitzung des Bundesausschusses, als er der DKP den Parteistatus entzog – bis auf den Vertreter der Grünen folgte ihm der Ausschuss willig.

Die DKP wählte den Weg nach Karlsruhe, um sich gegen den Beschluss zu wehren – und gewann auf ganzer Linie. Das Bundesverfassungsgericht hat die Rechtsauffassung Thiels, verspätet abgegebene Rechenschaftsberichte seien nicht abgegebene Berichte, zurückgewiesen. Die DKP behält ihren Status als politische Partei und kann zur Bundestagswahl im September antreten.

Über das Urteil und die Aktivitäten im Wahlkampf sprach die Redaktion des UZ-Podcasts mit Patrik Köbele, dem Vorsitzenden der DKP, und Rechtsanwalt Eberhard Schultz, der die DKP vor dem Bundesverfassungsgericht vertreten hat.

Eine Sonderfolge des UZ-Podcast zu einem politischen Verfahren, das mit einer ganz unpolitischen Begründung begonnen hat. UZ

Den Podcast findet man auf allen gängigen Plattformen.



Die Genossin Juliette aus dem Schwarzwald hat dieses Bild als kleines Dankeschön für die vielfältige Solidarität, die die DKP erfahren hat, gestaltet.

		
B.B. King „King of the blues“ 4 CD-Box, 49,00 Euro	Bo Diddley „The Chess Box“ 2 CD-Box, 21,00 Euro	The Doors „The complete Studio Recordings“ 7 CD-Box, 89,00 Euro
		
Jimi Hendrix „The Jimi Hendrix Experience“ 4 CD-Box, 29,00 Euro	The Byrds „Columbia Legacy“ 4 CD-Box, 49,00 Euro	Johann Sebastian Bach „Gesamtwerk“ 160 CD-Box, 89,00 Euro

Hunderte antiquarische Bücher im Shop:
uzshop.de

Antiquarischer Büchermarkt:
Samstag, 7. August, 13.00 – 20.00 Uhr, Hoffnungstraße 18, Essen